



„Es ist ein täglicher Kampf.“



15 PORTRÄTS VON LSBTI-MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN AUS VIER KONTINENTEN

„Es ist ein täglicher Kampf.“

15 Porträts von
LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen
aus vier Kontinenten

Schriftenreihe der Hirschfeld-Eddy-Stiftung – **BAND 6**
Köln/Berlin Dezember 2021

ISSN 1865-6056

IMPRESSUM

Hirschfeld-Eddy-Stiftung
Postfach 103414, 50474 Köln
www.hirschfeld-eddy-stiftung.de
info@hirschfeld-eddy-stiftung.de

Auflage: 2.000

V.i.S.d.P.: Klaus Jetz
Redaktion: Sarah Kohrt, Klaus Jetz
Lektorat: Juliane Steinbrecher
Layout: Marion Brandes designbrandes.de
Grafikquelle: GNU Wikipedia / wikimedia.org

Bildnachweis:

Foto S. 9 Thomas Köhler, Foto S. 16 Mikhail Pyshkin,
Foto S. 20 Anthony Soto, Foto S. 24 Women´s Leadership Centre,
Foto S. 27 Dedy Andrianto, Foto S. 30 bekesjstudio (Bekes J),
Foto S. 46 Mawjoudin / Melek Abderrahmen,
Foto S. 66 LSVD-Archiv, Foto S. 70 cynthiamatonhodze
Fotos S. 34, 38, 42, 63 Caro Kadatz (LSVD/HES)
Fotos S. 51, 55, 60 privat

WELTKARTE _____	6	ALI BOUSSEMI – TUNESIEN _____	46
LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen aus aller Welt		„Die Rechte von LGBTQI+ verteidigen, damit sie offen in einer Gesellschaft leben können, die ihre Würde respektiert und anerkennt.“	
GRUSSWORT _____	8	von Ingrid Wenzl	
von Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz		JULIUS KAGGWA – UGANDA _____	51
EINLEITUNG _____	10	„Inter* Körper werden missbraucht, untersucht, getestet und ‚korrigiert‘.“	
von Sarah Kohrt und Klaus Jetz, Hirschfeld-Eddy-Stiftung		von Caroline Ausserer	
MIKHAIL TUMASOV – RUSSLAND _____	16	MONICA TABENGWA – BOTSWANA _____	55
„Mein größter Wunsch? In Freiheit und ohne Furcht leben.“		„Der Kampf gegen die traditionelle Frauenrolle hat mich zur Aktivistin gemacht.“	
von Andreas Schmiedecker		von Caroline Ausserer	
MAURI BALANTA JARAMILLO – KOLUMBIEN _____	20	ANDRIY MAYMULAKHIN – UKRAINE _____	60
„Ich möchte noch viel mehr Menschen inspirieren, zusammen zu träumen und eine bessere Welt zu schaffen.“		„Ich wusste, dass ich in diesem Leben würde kämpfen müssen – für meine Nonkonformität, für meine persönlichen und politischen Freiheiten.“	
von Ingrid Wenzl		von Inga Pylypchuk	
IRENE GAROËS – NAMIBIA _____	24	FRANK MUGISHA – UGANDA _____	63
Ihr größter Wunsch: „Eine feministische Welt“		Seine Sichtbarkeit ist seine Sicherheit – „Ich habe keine Angst mehr.“	
von Caroline Ausserer und Liz Frank		von Caroline Ausserer	
DÉDÉ OETOMO – INDONESIA _____	27	JOSÉ IGNACIO LÓPEZ – NICARAGUA _____	66
„Ein Leben, in dem wir wir selbst sein können, ohne negative Konsequenzen.“		„Weil sich Respekt und Menschenwürde am Ende unweigerlich durchsetzen.“	
von Christina Weise		von Klaus Jetz	
CESNABMIHILO DOROTHY NUHU-AKEN’OVA – NIGERIA _____	30	TASH DOWELL – SIMBABWE _____	70
„Mein Traum: Präsidentin von Nigeria.“		„Ich möchte in meinem Leben noch handfeste Veränderungen in Simbabwe erleben.“	
von Bärbel Röben		von Cornelia Sperling	
LILITH RAZA – PAKISTAN/DEUTSCHLAND _____	34	DER FRAGEBOGEN _____	74
„Alle geflüchteten Personen haben das Recht auf eine Chance, ihr Potenzial zu entfalten.“		HINTERGRUNDINFORMATIONEN _____	75
von Martina Backes		DIE HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG _____	78
JEAN ELIE GASANA – RUANDA _____	38		
„Es fehlt uns an Schutz und Respekt für unsere Grundrechte.“			
von Klaus Jetz			
DRAGANA TODOROVIC – SERBIEN _____	42		
„Ich kämpfe für die Freiheit meiner Community, für die uneingeschränkte Gleichberechtigung, ohne Kompromisse ...“			
von Inga Jahn			

LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen aus aller Welt



José Ignacio López
NICARAGUA



M. Balanta Jaramillo
KOLUMBIEN



Dragana Todorovic
SERBIEN



Ali Bousselmi
TUNESIEN



C. D. Nuhu-Aken'ova
NIGERIA



Frank Mugisha
UGANDA



Julius Kagwa
UGANDA



Jean Elie Gasana
RUANDA



Monica Tabengwa
BOTSWANA



A. Maymulakhin
UKRAINE



Irene Garoës
NAMIBIA



Tash Dowell
SIMBABWE



Lilith Raza
PAKISTAN /
DEUTSCHLAND



Dédé Oetomo
INDONESIEN



Mikhail Tumasov
RUSSLAND

Grußwort

Immer noch und immer wieder erfahren Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) in sehr vielen Ländern Ausgrenzung, Feindseligkeit und Gewalt. Unsere Welt braucht daher mutige Menschen, die sich für die Rechte von LSBTI engagieren; braucht Menschen, die gegen Diskriminierung kämpfen, selbst wenn sie sich dadurch in Gefahr bringen. Solch mutige Menschen werden Ihnen in diesem Band vorgestellt.

Sie halten ein beeindruckendes Zeugnis der weltweiten Arbeit für die Menschenrechte von LSBTI in den Händen: 15 Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten aus verschiedenen Ländern berichten über ihre Erfahrungen, ihre Aktivitäten und Arbeitsweisen, ihre Ziele und Programme. Eindrucksvoll schildern sie die Situation in ihrer Heimat. Sie geben uns einen bewegenden und sehr persönlichen Einblick in ihre Arbeit.

Durch die Zusammenstellung der verschiedenen Porträts von Aktivistinnen und Aktivisten aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa wird deutlich, wie unterschiedlich die Verhältnisse für LSBTI weltweit sind und wie sich die Menschenrechtsarbeit danach ausrichtet. Auch stehen die Porträtierten für die Vielfalt der LSBTI-Community.

Liebe Leserinnen und Leser, ich lade Sie dazu ein, in diese verschiedenen Lebenswelten einzutauchen und diese wichtige Arbeit beim Lesen mitzuerleben: die Mühen und auch Gefahren, die kleinen und auch die großen Erfolge.

Da ist zum Beispiel Monica Tabengwa, eine Menschenrechtsaktivistin aus Botswana. Sie engagiert sich für Frauenrechte und gründete die Organisation LEGABIBO, die sich für die Rechte der LSBTI stark macht. Die studierte Juristin setzte sich auch als Rechtsanwältin für LSBTI ein und kämpfte für die Entkriminalisierung von Homosexualität in ihrem Land. Außerdem wirkte sie an den Yogyakarta-Prinzipien mit, die die Menschenrechte spezifisch auf die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität anwenden. Derzeit lebt Monica Tabengwa in Südafrika und arbeitet für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Sie möchte den Kampf gegen die Diskriminierung von LSBTI in die Breite der Gesellschaft tragen. Dabei setzt sie auf Bildung, auf sexuelle Aufklärung und auf Vorbilder, die den Mut haben, sich zu outen.

Ein weiteres eindrucksvolles Beispiel ist die Arbeit von Dédé Oetomo aus Indonesien. Als homosexueller Mann mit multikultureller Familiengeschichte musste er in Indonesien selbst mehrfache Ausgrenzung erleben. Er studierte und ging in die USA, um zu promovieren. Zurück in der Heimat gründete er Indonesiens erste Organisation für Schwulenrechte. Seither setzt er sich – trotz Verfolgung und Repressalien – dafür ein, dass in seiner Heimat alle Menschen frei leben können. Er steht damit für eine neue Generation in Indonesien. Wichtig für ihn wie für viele andere Aktivistinnen und Aktivisten ist die Unterstützung durch Verbündete aus anderen Ländern, Kulturen und Religionen.

Ich finde es großartig, dass der vorliegende Band die mutige Arbeit und die bewegende Geschichte von Menschen wie Monica Tabengwa und Dédé Oetomo würdigt, die sich unermüdlich für eine diskriminierungsfreiere Welt einsetzen. Dafür danke ich sehr herzlich der Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Sie ist die Herausgeberin dieses wichtigen Werks. Und ich freue mich, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu dessen Gelingen beitragen konnte: Gerne fördern wir die wertvolle Projektarbeit der Stiftung.

Dieser Arbeit ist es zu verdanken, dass Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten wie Dédé Oetomo oder Monica Tabengwa einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden. Ich hoffe, dass sie mit ihrem Anliegen bei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, Gehör finden. Und ich bin mir sicher: Wir können viel von ihnen lernen. Der vorliegende Band bündelt die vielfältigen Erfahrungen und Informationen aus vielen verschiedenen Ländern. Das ist von unschätzbarem Wert für die Entwicklungszusammenarbeit, die Menschenrechtspolitik und für alle, die sich in Menschenrechts- und LSBTI-Organisationen engagieren.

Aus den Porträts in diesem Band wird einmal mehr deutlich: Der weltweite Weg zu echter Gleichstellung ist noch weit. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung die Rechte von LSBTI zu einem Leitbild der Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit macht. Ein entsprechendes Konzept haben wir kürzlich beschlossen. Es ist ein Meilenstein für die Menschenrechtsarbeit. Damit unterstützen wir die Menschenrechtsorganisationen, die der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität – lokal, regional, überregional oder international – entgegenreten.

Liebe Leserinnen und Leser, überall auf der Welt engagieren sich mutige Aktivistinnen und Aktivisten für die Menschenrechte von LSBTI. Es ist oftmals ein einsamer und gefährlicher Kampf, den sie führen. Einige von ihnen können wir in diesem Band kennenlernen. Durch ihr besonderes Engagement leisten sie überall auf der Welt einen wichtigen Beitrag für eine gerechtere Gesellschaft.



© Bundesregierung / BMJV / Thomas Köhler

CHRISTINE LAMBRECHT
Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz

Einleitung

Inklusion von LSBTI in die internationale Menschenrechtsarbeit

Im März 2021 wurde das „LSBTI-Inklusionskonzept der Bundesregierung für die Auswärtige Politik und Entwicklungszusammenarbeit“ verabschiedet.¹ Das gemeinsam vom Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellte Konzept setzt die langjährige Forderung von LSVD, Hirschfeld-Eddy-Stiftung und des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Yogyakarta-Allianz um.² Die Bundesregierung verpflichtet sich darin, den Schutz der Menschenrechte von LSBTI zum integralen Bestandteil der Auswärtigen Politik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu machen. Dort heißt es unter anderem: „Die Bundesregierung will die Arbeit der Zivilgesellschaft und bedrängte Menschenrechtsverteidiger*innen unterstützen.“

LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen

LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen stehen im Fokus des Projekts „Menschenrechtsverteidiger*innen: Aufklärung, Inklusion und intersektionale Praxis“, das die Hirschfeld-Eddy-Stiftung von Januar bis Dezember 2021 durchgeführt hat. LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen setzen sich dafür ein, dass allen Menschen ihre Menschenrechte gewährt werden, und zwar unabhängig von der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, dem Geschlechtsausdruck oder der Geschlechtsmerkmale. Die Bezeichnung Menschenrechtsverteidiger*innen geht auf die Definition des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte zurück und meint alle Personen, die sich allein oder in einer Gruppe für Menschenrechte einsetzen und diese verteidigen, schützen und fördern.

Intersektionalität³ spielt eine Rolle im Aktivismus des globalen Südens und Ostens

Intersektionalität ist heute zentral für alle, die sich mit Diskriminierungsformen beschäftigen. Es geht einerseits um Mehrfachdiskriminierung aber auch darüber hinaus um die Überschneidungen von Identitäten und Diskriminierungsmechanismen. Wir fragen

¹ <https://blog.lsvd.de/endlich-ist-es-da-lsbt-inklusionskonzept-der-bundesregierung-fuer-die-auswaertige-politik-und-entwicklungszusammenarbeit-veroeffentlicht/>

² <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/vernetzung/yogyakarta-allianz>

³ Es war Kimberlé Williams Crenshaw, eine afroamerikanische Rechtswissenschaftlerin, die den Begriff „intersektional“ prägte. Sie wollte damit die besondere Diskriminierungssituation Schwarzer Frauen erfassen, die sowohl aufgrund des Geschlechts als auch rassistisch ausgegrenzt werden. Intersektionalität als inzwischen weltweit für Theorie und Praxis genutztes Konzept nimmt zur Verortung von Personen oder Gruppen Bezug auf das Bild der Keuzung (engl. intersection) als Schnittpunkt von Unterdrückungsmechanismen.

Aktivist*innen, was Intersektionalität für sie bedeutet und wo sich ihr Aktivismus mit anderen Bewegungen überschneidet. Rassismus hat eine Ursache in der Kolonialgeschichte, Homophobie und Transphobie in ehemals kolonisierten Ländern haben ihre Ursache oft auch in der Kolonialgeschichte, denn die Kriminalisierung homosexueller Handlungen wurde meist mit den Strafgesetzbüchern der Kolonialmächte eingeführt. Auch normative Geschlechterrollen und das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit haben häufig einen kolonialen Ursprung. Das Projekt zeigt, dass Kooperation und themenübergreifende Arbeit den LSBTI-Aktivismus weltweit prägen: mit der Frauenbewegung, Umweltbewegung, Arbeiter*innenbewegung und postkolonialen Bewegungen. Alle Veranstaltungen, Videos, Podcasts, Workshops und Publikationen aus dem Projekt sind im Blog und auf der Website dokumentiert, ein Großteil auch in englischer Sprache. Links und Hintergrundinformationen dazu finden sich im Anhang des vorliegenden Bandes.

Menschenrechtsverletzungen an LSBTI weltweit

In vielen Ländern werden die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen (LSBTI) mit Füßen getreten. Von Standesamt bis Steinigung reichen die Angebote, die die Staaten dieser Welt für sie bereithalten. In über 70 Ländern ist die gleichgeschlechtliche Liebe noch immer strafbar, in einigen Staaten droht die Todesstrafe. Vielerorts sind staatliche Behörden an der Unterdrückung von LSBTI beteiligt, verweigern ihnen jeglichen Schutz vor Anfeindungen und Gewalt. Sie versuchen, LSBTI in die gesellschaftliche Unsichtbarkeit zu zwingen und ihnen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf freie Entfaltung der Persönlichkeit abzusprechen.

In Bezug auf die rechtliche Situation von LSBTI lassen sich einige Blockbildungen ausmachen. Einen homogenen homosexuellen- und trans*feindlichen Block bilden die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas. Ebenso die ehemaligen britischen Kolonien mit mehrheitlich homophobem Strafrecht, das meist aus der Kolonialzeit übernommen wurde. In Asien sind es rund 20 Staaten, die LSBTI strafrechtlich verfolgen. Auch von den ehemals französischen Kolonien haben nur einige ihr Strafrecht entrümpelt und die gleichgeschlechtliche Liebe entkriminalisiert. In kontinentaler Hinsicht stellt Afrika mit anti-homosexuellen Strafgesetzen in über 30 Staaten eine Ausnahme dar. Dennoch gibt es auch rund 20 Staaten ohne LSBTI-feindliches Strafrecht. Die gesellschaftliche Ausgrenzung von LSBTI in Subsahara-Afrika ist haarsträubend: Immer wieder kommt es zu Hassverbrechen, wie sogenannten korrigierenden Vergewaltigungen an lesbischen Frauen.⁴

Lateinamerika kennt keine LSBTI-feindlichen Strafgesetze mehr, immer mehr Staaten öffnen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, und es gibt Gesetze zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität oder ein Diskriminierungsverbot in der

⁴ Der Begriff „corrective rape“, deutsch „korrigierende Vergewaltigung“, beschreibt ein Hassverbrechen, bei dem lesbische Frauen und andere weibliche Personen aufgrund ihrer angenommenen homo- oder bisexuellen Orientierung oder ihrer Trans*- oder nicht-binären Geschlechtsidentität vergewaltigt werden. Die Taten sollen Heterosexualität und Geschlechtskonformität mit Gewalt erzwingen.

Verfassung. Doch auch hier machen sich in vielen Ländern homosexuellen- und trans*feindliche Hasskriminalität und Hetze breit – Gewalttaten gegen LSBTI in Brasilien, Honduras oder Nicaragua, auch seitens der Polizeikräfte oder paramilitärischer Gruppen, nehmen zu.

Corona-Pandemie verschärft die Situation

Verschärft wird die Situation von LSBTI durch die Corona-Pandemie. LSBTI gehören zu den besonders vulnerablen Gruppen, die von Covid-19 besonders betroffen sind. Dies hat etwa der Unabhängige Experte der UN zum Schutz vor Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in Berichten und Verlautbarungen festgestellt, in denen er die Auswirkungen der Pandemie auf LSBTI und deren Organisationen ausführlich beschreibt. Die Themen reichen von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung über Stigmatisierung und Gewalt bis hin zu staatlichen Maßnahmen, die auf die Verfolgung von LSBTI abzielen. Dies berichten auch unsere Partner*innen aus Afrika, Osteuropa oder Lateinamerika.⁵

Seit der Pandemie nehmen Homophobie und Trans*-Feindlichkeit etwa in Uganda zu, weil manche Vertreter*innen aus Politik und Religion LSBTI zu Sündenböcken und für den Ausbruch der Pandemie verantwortlich machen. Die Kolleg*innen in Russland hingegen suchen verstärkt nach Sponsor*innen, zumal Geberorganisationen aus dem Ausland von den russischen Behörden als unerwünscht eingestuft werden. Verschärft wird die Situation von LSBTI etwa in Nicaragua durch Jobverlust, Obdachlosigkeit, Stigmatisierung und Hasspredigten religiöser Eiferer sowie Gewalterfahrungen durch repressive Aktionen der sandinistischen Regierung. Auch in Tunesien befindet sich die LSBTI-Community seit dem Ausbruch von Covid-19 in einer kritischen Situation, da viele LSBTI-Student*innen zuvor die meiste Zeit des Jahres fern von feindlich eingestellten Elternhäusern und unabhängig von ihren Familien lebten, nunmehr aber gezwungen sind, in eine LSBTI-feindliche Umgebung zurückzukehren.

Die Arbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Seit 2007 unterstützt die Hirschfeld-Eddy-Stiftung (HES) den weltweiten Kampf für die Stärkung und Achtung der Menschenrechte von LSBTI. Wir arbeiten eng mit Menschenrechtsverteidiger*innen in verschiedenen Weltregionen zusammen. Unser Ziel sind nachhaltige Veränderungen. Deshalb sensibilisieren wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen Zivilgesellschaft, Medien und demokratische politische Kräfte im In- und Ausland für das Thema LSBTI und Menschenrechte. Wir sind international bestens vernetzt und suchen die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen durch verschiedene Angebote und Veranstaltungsformate wie Konferenzen, Fachtagungen, Fortbildungen, Abendveranstaltungen oder Vernetzungstreffen. Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit klären wir über die weltweite Situation von LSBTI auf.

Die durch langjährige Projektarbeit gewonnenen Erfahrungen und Kontakte nutzen wir, um im Inland Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema LSBTI und Menschenrechte durchzuführen. Mit Publikationen und Veranstaltungen machen wir auf Verfolgung, Gewalt und Staatswillkür aufmerksam und sorgen dafür, dass der Kampf für die Menschenrechte in den Medien und der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. LSBTI-Rechte sind Menschenrechte und deren Stärkung ist kein Minderheitenthema; sie gehen alle an, nicht nur die LSBTI-Community. Die Realität, wie mit LSBTI in einer Gesellschaft umgegangen wird, welchen Schutz sie genießen oder welchen Repressalien sie sich ausgesetzt sehen, ist immer auch ein Prüfstein für den Freiheits- und Reifegrad eines Gemeinwesens.

Porträts von Menschenrechtsverteidiger*innen

Wir freuen uns, mit der vorliegenden Publikation 15 empathische Porträts beeindruckender LSBTI-Aktivist*innen vorlegen zu können. Als Grundlage entwickelten wir einen Fragebogen, den wir an ausgewählte Kooperationspartner*innen und LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen aus dem Globalen Süden, Lateinamerika und Osteuropa geschickt haben. Der Fragebogen kreist um die Themen persönliche Erfahrungen, Lebensläufe, Aktivismus, Organisationen und Zielsetzungen, Arbeitsweise, Herausforderungen und Erfolge, Strategien und Bedarfe (siehe Anhang). Wir baten um schriftliche Beantwortung, boten aber auch eine Onlinebefragung an. Das Interesse und die Resonanz waren sehr groß. Die beeindruckenden Antworten, die wir erhielten, wurden journalistisch aufbereitet. Herausgekommen sind die vorliegenden eindringlichen und aussagekräftigen Beiträge.

Hier kommen Aktivist*innen aus 14 unterschiedlichen Ländern zu Wort. Sie kommen aus Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika, stehen für die Vielfalt der LSBTI-Community und haben interessante Geschichten zu erzählen; über ihre Aktivitäten und Arbeitsweisen, ihre Organisationen, Ziele und Programme, auch über bisweilen sehr persönliche Erfahrungen. Sie alle leisten beeindruckende Arbeit vor Ort für die LSBTI-Community, sind überzeugend in ihren Erfolgen und mithin Vorbilder für andere. Sie zeigen, dass LSBTI-Aktivismus überall auf der Welt stattfindet, auch unter schwierigen Bedingungen, dass hervorragende Arbeit geleistet wird, die unsere Unterstützung verdient.

Mit dieser Publikation wollen wir den Austausch und das gegenseitige voneinander Lernen fördern sowie facettenreiche Lebensrealitäten und hervorragende Menschenrechts- und Akzeptanzarbeit dokumentieren. Darüber hinaus geht es uns um die Vernetzung der Kolleg*innen aus dem Globalen Süden und Osteuropa mit Multiplikator*innen der hiesigen Zivilgesellschaft, mit Medienschaffenden, Politiker*innen oder Vertreter*innen aus Pädagogik, Gesellschafts- und Rechtswissenschaft. Weitere Ziele, die wir mit den Porträts verfolgen, kreisen um menschenrechtspolitisches Empowerment für hiesige Multiplikator*innen durch Vermittlung von Regenbogenkompetenz, Vertiefung der Kenntnisse in den Bereichen Förderung und Schutz der Menschenrechte, Ursachen von Menschenrechtsverletzungen, Entwicklung von (erprobten) Handlungsstrategien für die Stärkung der Menschenrechte.

⁵ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infocentrum/corona-und-lgbti>

Unterstützung ist dringend nötig

Wir hoffen, dass die vorliegenden Testimonials Multiplikator*innen der Mehrheitsgesellschaft für Fragen und Probleme des Umgangs mit sexuellen Minderheiten und deren Integration sensibilisieren, dass sie einen Beitrag leisten zur Aufklärung, Akzeptanzsteigerung und Enttabuisierung von Homosexualität, Trans*- und Intergeschlechtlichkeit. In diesem Sinne wünschen wir uns eine größtmögliche Verbreitung und Wirkung dieser Porträts, damit sie einen Beitrag leisten zum nachhaltigen Abbau von Gewalt und Diskriminierung und zur notwendigen Inklusion von LSBTI in der internationalen Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit.

SARAH KOHRT UND KLAUS JETZ
Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Hinweis zu Begriffen und zum Akronym LGBTI

LGBTI* (*englisch*) steht für **Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex**.

LSBTI* (*deutsch*) steht für **lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, transgender, non binär und inter*geschlechtlich**.



Das Sternchen (Asterisk) ist ein Platzhalter, der symbolisieren soll, dass es nicht nur die genannten sexuellen und geschlechtlichen Identitäten und Körper gibt, sondern eine große Vielzahl. Das Kürzel vereint eine Personengruppe, die überall auf der Welt allein aufgrund dieser Merkmale Diskriminierung, Verfolgung, Stigma und Gewalt ausgesetzt ist.



Die Bezeichnungen für gleichgeschlechtlich lebende und liebende Menschen variieren weltweit stark. Ebenso für Menschen, die sich nicht dem bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht zuordnen können oder wollen. Gleichzeitig sind die Kürzel LSBTI, LSBTTIQ* oder LGBTIQ+ weltweit verbreitet und in der Bewegung selbst entstanden. Das Kürzel steht als Akronym für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen.

Sternchen oder Pluszeichen sollen symbolisch auch in der Aufzählung nicht genannte Identitäten und Körper berücksichtigen und umfassen. In dieser Publikation haben wir die von den Protagonist*innen verwendete und bevorzugte Benennung übernommen und für die deutsche Übersetzung so getreu wie möglich erhalten.



Mikhail Tumasov

RUSSLAND

„Mein größter Wunsch?
In Freiheit und ohne
Furcht leben.“

Mikhail (Misha) Tumasov (46) ist ein Menschenrechts- und LGBTIQ+-Aktivist aus Russland. Sein Traum war es, Priester zu werden, aber als schwuler Mann war er gezwungen, andere Wege zu gehen. Heute arbeitet er unter anderem für das Russian LGBT Network.

Wenn man Tumasov danach fragt, was er an seiner Heimat besonders mag und was nicht, muss er kurz überlegen: „Das ist eine sehr leichte und gleichzeitig sehr schwere Frage – ich mag die Momente, wo ich mich gut fühle und Menschen treffe. Und gleichzeitig sind es manchmal die gleichen Momente, aufgrund derer ich mich traurig und allein fühle.“

Eine Antwort, die wohl die meisten gut nachvollziehen können – die aber auch einen Einblick in die widersprüchliche Situation von LGBTIQ+ in der Russischen Föderation gibt: Im flächenmäßig größten Staat der Welt, den unterschiedliche ethnische, sprachliche und religiöse Gruppen ihre Heimat nennen, gibt es einerseits aufgrund der schieren Größe und Vielfalt der Menschen viele Möglichkeiten, individuelle Existenzen zu leben und sich zu Gruppen zusammenzufinden. Andererseits treffen (staatlich geförderte) Desinformation und Propaganda, eine nahezu totalitäre politische Landschaft und wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem abseits der großen Städte, marginalisierte Gruppen besonders hart.

Misha kommt aus Astrachan, einer Stadt im Süden Russlands, am Wolgadelta, nahe der kasachischen Grenze und beinahe am Kaukasus. Sein Weg hin zum LGBTIQ+-Aktivisten ist von der Suche nach Gemeinschaft, Repräsentation und dem Glauben an gegenseitiges Verständnis und Kommunikation geprägt. „Ich bin in einer typisch sowjetischen Familie aufgewachsen“, erzählt der 1975 geborene Misha, „Mutter, Vater, Bruder, und natürlich waren wir alle Atheisten. Aber meine spirituelle Reise begann bereits mit 14 Jahren“. Er beginnt, sich in der lokalen Kirche zu engagieren und entscheidet sich schließlich, in Moskau und Sankt Petersburg das katholische Seminar zu besuchen. Doch er merkt früh, dass seine, wie er damals dachte „sündhafte Natur“, auch durch Bibelstudien nicht weggehen

will. Er bricht das Studium ab, will Englischlehrer werden. Doch erst nach einem Suizidversuch beginnt er, seinen Selbsthass abzubauen und findet schließlich in Moskau eine Gruppe von LGBTIQ+-freundlichen Gläubigen, die ihm helfen, sich selbst als religiösen Menschen und schwulen Mann zu akzeptieren. Dies führt dazu, dass er 2011 in Samara, einer anderen Stadt in seiner Heimatregion, die LGBT-Organisation Avers gründet, die erste in dieser Region. Einige Jahre später kehrt er wieder nach Sankt Petersburg zurück und beginnt, sich beim Russian LGBT Network (lgbtnet.org) zu engagieren.

Staatlich geförderte LGBT-Feindlichkeit in Russland

Mishas Weg durch unterschiedliche Regionen und Institutionen ist nicht ungewöhnlich für Russland. Auf der Suche nach einer selbstbestimmten und freien Lebensweise, können Organisationen zwar für Zusammengehörigkeit und Sichtbarkeit sorgen, stehen aber auch vermehrt im Visier eines zunehmend LGBTIQ+-feindlichen Regimes. Es gibt zwar keine konkreten Gesetze, die Homosexualität kriminalisieren, und grundsätzlich können die meisten Menschen in ihrem Privatleben tun und lassen, was sie wollen. Gleichzeitig wird die öffentliche Meinungsäußerung stark eingeschränkt, die Repräsentation von positivem LGBTIQ+-Leben in der Öffentlichkeit praktisch unmöglich gemacht und die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen (um nur zwei gefährdete Gruppen zu nennen) stark eingeschränkt.

So ist seit 2013 ein „Anti-LGBT-Propaganda-Gesetz“ in Kraft, das sich auf dem Papier gegen „Propaganda nicht-traditioneller Beziehungen gegenüber Minderjährigen“ einsetzt. Auch wenn es deswegen kaum zu Verurteilungen kommt, steckt der Teufel im Detail – da äußerst vage formuliert ist, worin „Propaganda“ genau besteht, lässt sich auch die bloße Sichtbarkeit von LGBTIQ+ im öffentlichen Raum als strafrechtlich relevant interpretieren. Dadurch wird der öffentliche Diskurs eingeschränkt, der Selbstzensur Vorschub geleistet und vor allem ein Klima geschaffen, das LGBTIQ+ immer in die Nähe des Strafbaren rückt.

Die Gründe für dieses Gesetz und die LGBTIQ+-Feindlichkeit, die sich unter anderem im Anstieg an LGBTIQ+-phoben Straftaten (mit einer sehr hohen Dunkelziffer) niederschlägt, sind vielfältig – zu nennen sind unter anderem die Präsenz der (meist russisch-orthodoxen) Kirche und ihre Verknüpfung mit dem Regime sowie eine gleichgeschaltete Medienlandschaft.

Die Debatte um LGBTIQ+-Rechte ist somit direkt mit der Frage nach Rechtsstaatlichkeit, staatlicher Zensur und Medienfreiheit verknüpft. In letzter Zeit geht der russische Staat deutlich härter gegen, aus Kreml-Sicht, „unerwünschte Organisationen“ oder „ausländische Agenten“ vor. Erstere müssen praktisch alle Tätigkeiten in Russland beenden. Dies trifft vor allem Fonds und NGOs (vor Kurzem auch eine Reihe deutscher Organisationen, wie etwa der Deutsch-Russische Austausch e.V. oder das Zentrum Liberale Moderne), aber im Juli 2021 auch erstmals ein unabhängiges Medium (die Investigativ-Plattform „Projekt“). „Ausländische Agenten“ können zwar weiterhin tätig sein, müssen aber alle Publikationen dementsprechend kennzeichnen, sich quasi als „foreign agents“ zu erkennen geben, sowie alle ihre Einkünfte offenlegen – neben einer Vielzahl an Medien (wie etwa Meduza.io/en) und NGOs (auch im LGBTIQ+-Bereich) kann dies auch Einzelpersonen (oft Journalist*innen

und Aktivist*innen) treffen. Und seit November 2021 stehen nun auch Mishas Organisation, das Russian LGBT Network, und dessen Mitbegründer, der Aktivist Igor Kochetkov, auf dieser Liste.

Alle genannten Medien und Organisationen haben gemeinsam, dass sie sich auch für die Rechte von LGBTIQ+-Personen oder zumindest für eine objektive Berichterstattung einsetzen. Aus Sicht des Kremls ein willkommener Anlass, kritische Stimmen gegenüber der eigenen Politik und positive Berichterstattung zu queerem Leben in einen Topf zu werfen, und „Gayropa“¹ als Feind der russischen Souveränität darzustellen. „LGBT“ wird somit zur Chiffre für den Angriff auf das selbstbestimmte, „traditionelle“ Leben in Russland hochstilisiert, was das defensive Narrativ des Kremls unterstützt und durch den emotionalen Aspekt des Themas die Spaltung vorantreibt: Wenn ihr für alternative Lebensentwürfe seid, stellt ihr euch gegen eure Heimat (Russland).

Misha erklärt, wie sich dies auf das Leben von LGBTIQ+-Personen auswirkt: „Es fehlt an Möglichkeiten, das Thema unaufgeregt und ehrlich in der Öffentlichkeit anzusprechen – alle, die nicht dem patriarchalen Bild der Gesellschaft entsprechen, werden von staatlichen Medien dämonisiert. Dazu kommt die Unfähigkeit der Exekutive, Hassverbrechen aufgrund von SOGI² nachzuforschen.“ Damit geht auch Diskriminierung auf der rechtlichen Ebene einher: „Gleichgeschlechtliche Ehen sind nicht erlaubt und der Staat erkennt auch solche Ehen, die im Ausland geschlossen wurden, nicht an – im Gegensatz zu heterosexuellen Ehen.“

Aussichten für die Zukunft

In dieser Gemengelage blickt Tumasov eher düster auf die Zukunft: „Wir sehen eigentlich, wie sich das Worst-Case-Szenario vor unseren Augen entwickelt. Am meisten macht mir Angst, dass sich diese Mischung aus patriarchaler Grundhaltung und sehr selektiver Anwendung von Menschenrechten als Vorbild für andere vordergründig ‚demokratische‘ Staaten entwickelt. Dabei ist das Gegenteil der Fall – die Demokratie wird so eigentlich handlungsunfähig. Wenn, wie im Fall von Vladimir Putin, der Personenkult überhandnimmt, werden tagtäglich die Menschenrechte und individuelle Freiheit für die sogenannte ‚Allgemeinheit‘ geopfert.“

Persönlich hat Misha, wie viele andere, seine Konsequenzen gezogen: Nach vielen traumatischen Erfahrungen im öffentlichen Leben (körperliche Attacken in der Öffentlichkeit, Drohungen von homophoben Gruppen) holt er sich Kraft und Stärke im Privatleben. Wenn man ihn nach dem schönsten Erlebnis seines Lebens fragt, hat er eine eindeutige Antwort: „Meine Ehe. Ich fühle mich jeden Tag glücklich, meinen Mann zu haben, mit ihm und meinen engsten Freunden Zeit verbringen zu können“. Trotz aller Schwierigkeiten

versucht Misha einen geregelten Tagesablauf beizubehalten: Früh aufstehen, zuhause kochen, informiert bleiben.

Die Arbeit bei der Menschenrechtsorganisation Russian LGBT Network fordert schließlich auch viel Kraft und Aufmerksamkeit. Gegründet im Jahr 2006, mit der Basis in Sankt Petersburg, versteht sie sich als Netzwerk, das sich durch seine Mitglieder definiert und stellt die größte Dachorganisation für LGBTIQ+-Menschenrechtsverteidiger*innen in Russland dar. Da jedoch der Angriff auf die Menschenrechte von staatlicher Seite in vielen Bereichen geführt wird, arbeitet das LGBT-Netzwerk intersektional und eng mit anderen Organisationen, etwa aus den Bereichen Feminismus, Arbeitnehmer*innen-Rechte oder Ökologie zusammen.

Einen Einblick in die tägliche Arbeit der Aktivist*innen liefert auch der Dokumentarfilm *Welcome to Chechnya* (www.welcometochechnya.com; im Programm der Berlinale 2020), in dem zu sehen ist, wie Mishas Kolleg*innen dabei helfen, tschetschenische LGBTIQ+-Personen aus der lebensbedrohlichen Situation in der Kaukasus-Teilrepublik in Sicherheit zu bringen.

Der Netzwerk-Gedanke ist für Tumasov auch ein besonderes Anliegen, wenn er danach gefragt wird, was man in anderen Ländern eigentlich tun kann, um die russische Community zu unterstützen: „Die Situation in Russland und die Handlungen von Putins Regime betreffen uns alle – in Europa und darüber hinaus. Russland ist ein wichtiger Player, und wie sich seine Regierung verhält, hat großen Einfluss auf andere Länder. Wenn wir also russische Aktivist*innen unterstützen, schwächen wir Putins Regime und gleichzeitig auch seine Möglichkeit, sich in andere Länder einzumischen.“

Zudem muss man kämpferisch bleiben, denn, „in Russland wird sich nichts ändern, solange sich das Regime nicht ändert.“ Und das ist für Misha die einzige Lösung, seinen größten Traum für die Zukunft wahr werden zu lassen: „In Freiheit und ohne Furcht zu leben.“

VON ANDREAS SCHMIEDECKER

¹ Die Wortschöpfung „Gayropa“ setzt sich aus den Wörtern gay und Europa zusammen und verhöhnt die (west)europäische Toleranzhaltung gegenüber Homosexualität. Es wird als homosexuellenfeindliches Schimpfwort benutzt, das Europa und zugleich LSBTI diskreditieren soll.

² SOGI – Sexual Orientation and Gender Identity, siehe <https://www.coe.int/en/web/sogi>



Mauri Balanta Jaramillo

KOLUMBIEN

„Ich möchte noch viel mehr Menschen inspirieren, zusammen zu träumen und eine bessere Welt zu schaffen.“

Mauri Balanta Jaramillo (34) ist eine Menschenrechtsaktivistin aus Kolumbien. Sowohl als Sozialforscherin und Filmemacherin, als auch als Koordinatorin und Kommunikationsmanagerin des Casa Cultural El Chontaduro im Osten Calis setzt sie sich für die Gleichberechtigung verschiedener Ethnien sowie die politische Emanzipation Schwarzer Jugendlicher, Schwarzer Frauen und Schwarzer LSBTI* ein.

Balanta Jaramillos Engagement kommt nicht von ungefähr. Sie selbst wird gleich dreifach diskriminiert: Sie ist Schwarz, entstammt einer Arbeiter*innenfamilie und ist eine Transfrau. Die daraus resultierenden Erfahrungen haben sie und ihren Lebensweg entscheidend geprägt. 1987 wurde sie in Pasto, einer kleinen Stadt im Westen Kolumbiens, geboren. Als sie drei Jahre alt war, zog sie mit ihrer Familie nach Cali – nach Bogotá und Medellín in die drittgrößte Stadt des Landes –, wo sie seitdem lebt. „Ich bin im Osten von Cali aufgewachsen, in einer von sozialer Ungleichheit gekennzeichneten Gegend, da wo die meisten Schwarzen Menschen wohnen, die sich in Cali angesiedelt haben“, erzählt sie.

Als Balanta Jaramillo fünf Jahre alt war, ging ihre Mutter als Arbeitsmigrantin in die USA – was in Kolumbien keine Seltenheit ist. Gewalt, Landvertreibungen, fehlende Ausbildungschancen oder Arbeitsplätze sind die Hauptgründe dafür. In diesem Fall war es der Wunsch der Mutter, ihren beiden Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Doch der Preis dafür war hoch: Für Balanta Jaramillo bedeutete dies, bei Vater, Schwester und Großmutter aufzuwachsen und ihre Mutter erst 13 Jahre später wiederzusehen.

Balanta Jaramillo beschreibt sich selbst als lebhaftes, aufgeschlossenes und herzliches Kind, das sich deutlich mehr für Musik und Tanz als für Fußball interessierte. So hatte sie unter den Mädchen im Viertel viele Freundinnen. Gemeinsam veranstalteten sie Tanz- und Singwettbewerb und teilten eine Leidenschaft für die Spice Girls, die Balanta Jaramillo rückblickend als ihre „erste feministische Schule“ bezeichnet. Bei den Jungen fand sie dagegen deutlich weniger Anschluss.

Bereits im Alter von sieben Jahren wurde sie erstmals mit dem Tode bedroht, eine Erfahrung die sie heute noch als die schlimmste in ihrem Leben bezeichnet: „Einmal spielte ich mit einem meiner wenigen weißen (männlichen) Freunde, als sein Vater, der Polizist war, auf uns zukam. Er schrie seinen Sohn an, er solle nach Hause gehen“, erinnert sie sich. „Dann sah er mich voller Verachtung an und sagte: Wenn ich je mitbekomme, dass Du den Penis meines Sohnes berührst, dann hack ich Dir die Hand ab und bring Dich um, Du Schwarze Schwuchtel!“

Balanta Jaramillo sah immer schon sehr feminin aus, aber in der Pubertät verstärkten sich ihre femininen Züge noch. Sie wirkte sehr androgyn. „Ich liebte es, damit zu spielen“, erzählt sie. Schon früher wurde sie im Viertel oder in der Schule wegen ihres Aussehens und gender-nonkonformen¹ Verhaltens gemobbt. „In der Highschool belegte ich gleich drei Plätze auf der Hass-Skala: Schwarz zu sein, dick und queer.“ Zwar litt sie sehr unter den Anfeindungen der anderen, trug dies jedoch mit Würde. Balanta Jaramillo begriff sich immer schon als weiblich. „Meine Feminität war etwas, das ich nie vor anderen verstecken konnte, obwohl ich das bei verschiedenen Gelegenheiten in Erwägung zog“, erzählt sie. In ihrer Familie hatte sie so auch kein offizielles Coming-out. Großmutter und Vater sparten das Thema aus, reagierten jedoch mit großer Verlegenheit auf machistische Sprüche aus Verwandtenkreis oder Nachbarschaft. Diese Schwäche oder Unfähigkeit, rückhaltlos zu ihr zu stehen, verletzte Balanta Jaramillo sehr. Wahre Unterstützung dabei, sich selbst so anzunehmen, wie sie war, fand sie dagegen bei ihrer Schwester. Je älter und unabhängiger sie wurde, desto besser lernten auch ihre anderen Angehörigen, sie zu akzeptieren. „Heute ist meine Familie recht offen, respektvoll und sehr stolz auf die Person, die aus mir geworden ist“, versichert sie.

Während ihrer Jugend definierte sich Balanta Jaramillo mangels anderer Kategorien als schwuler Mann. Das stellte für sie, wie sie rückblickend erklärt, ein Stück weit einen Widerspruch dar, denn es hielt sie in einer Identität gefangen, der sie eigentlich zu entfliehen suchte. An der Universität entdeckte sie die „Queer Theory“ und damit Konzepte, die es ihr erlaubten, aus der Binarität von Frau und Mann auszubrechen. Vor vier Jahren entschloss sie sich schließlich dazu, den Weg zur Geschlechtsangleichung einzuschlagen und nahm das Personalpronomen „sie“ an.

Studium und Arbeit als Inspirationsquellen

Generell öffnete das Studium an der Universität Balanta Jaramillo ein neues Universum. Sie lernte dort neue Sichtweisen kennen und Wege des Widerstands. In der Metaperspektive fand sie ein besseres Verständnis für die eigene Situation. Sie beschäftigte sich mit Schwarzem Feminismus und Intersektionalität, dem Zusammenspiel verschiedener Unterdrückungsformen wie Rassismus, Sexismus und Homophobie, die sich gleichzeitig gegen ein und dieselbe Person richten können. Höhere Bildung zu erlangen ist für Schwarze Menschen in Kolumbien sehr schwierig. Nur 13 Prozent aller Student*innen dort sind

¹ Selbstbezeichnung für eine Geschlechtsidentität außerhalb der binären Norm, im Deutschen auch nicht-binär oder gendervariant.

Afrokolumbianer*innen, und nur drei Prozent verlassen die Uni mit einem Abschluss. „Mein Fall ist typisch für die meisten Schwarzen Jugendlichen: Wenn wir mit der weiterführenden Schule fertig sind, müssen wir einsehen, dass unsere Eltern kein Geld haben, um uns das Studium zu bezahlen, und es wird Zeit, dass wir einen Job finden, um die Familie mitzufinanzieren“, erzählt Balanta Jaramillo. Die einzige kostenfreie Alternative stellt die staatliche Universität dar; doch die Plätze dort sind rar und die Hürden für eine Aufnahme hoch. Obwohl Balanta Jaramillo auf eine Privatschule gegangen war, standen ihre Chancen schlecht, sodass sie sich zunächst Arbeit suchen musste.

Erst mit 23 Jahren begann sie an der Universidad del Valle in Cali zu studieren, abends, denn tagsüber musste sie weiterhin Geld verdienen. Sie studierte Educación Popular – Volksbildung –, ein Fach, das soziokulturelle Zusammenhänge, staatsbürgerliche Erziehung und Kommunikation als Mittel der sozialen Mobilisierung vermittelt. Dabei legte sie ihren Schwerpunkt auf letzteres – das Feld, in dem sie auch heute arbeitet. Ein Stipendium für ihre guten Leistungen half Balanta Jaramillo dabei, das Studium zu Ende zu bringen. Dennoch arbeitete sie nebenbei als Assistentin einiger Professor*innen oder beteiligte sich an Forschungsprojekten. „Während meiner Zeit an der Universität wurde ein Satz des Afrofeminismus für mich fast zum Mantra: Für Schwarze Frauen bedeutet jeder Schritt einen Kampf.“

Einen weiteren wichtigen Einschnitt im Leben Balanta Jaramillos war der Beginn ihrer Arbeit im Jahre 2012 für das Kulturzentrum El Chontaduro. Schon vorher hatte sie sich zusammen mit anderen jungen Menschen innerhalb eines Kommunikationskollektivs engagiert. Dort hatten sie nach Formen des kritischen Dialogs gesucht und sich in Solidarität miteinander geübt – denn als verarmte, Schwarze Jugendliche aus dem Osten Calis verfügten sie allesamt über einschneidende Erfahrungen der Diskriminierung. Es waren diese Erfahrungen sowie der Hunger, das Klima der Gewalt, Kriminalisierung, der fehlende Schutz und die Chancenlosigkeit, die sie dazu brachten, ihre Lage zu hinterfragen und Stellung zu beziehen.

Das Casa Cultural El Chontaduro befindet sich im Osten der Stadt, im Stadtteil Aguablanca (www.casaculturalelchontaduro.com). Vor 35 Jahren gegründet, dient es dem Empowerment der lokalen Bevölkerung. Dabei richtet es sich vor allem an Schwarze Kinder und Jugendliche, Schwarze Frauen und Schwarze LSBTI*. Für die Kinder und Jugendlichen bietet das Kulturzentrum Theater-, Musik-, Tanz-, Kunst- und Capoeirakurse an sowie Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung zur Universität. Den Frauen hilft das Zentrum, mittels Literaturwerkstätten, Performancekursen oder Videoforen Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Die Monate von Juli bis Oktober sind geprägt von Festivals und kulturellen Begegnungen. Zudem finden dort auch Seminare, Konferenzen und weitere Veranstaltungen zu den Themen race, gender, sexuality statt, an denen auch Balanta Jaramillo teilnimmt. Sie ist Teil einer ebenfalls in El Chontaduro ansässigen Forschungsgruppe von Aktivist*innen, die sich mit Intersektionalität beschäftigt und dabei auch mit dem Zentrum der Afrodiaspora-Studien der Universidad Icesi in Cali kooperiert (www.icesi.edu.co/centros-academicos/ceaf/).

Außerdem leitet Balanta Jaramillo die Kommunikationsabteilung des Kulturzentrums. Sie ist Ansprechpartnerin für lokale, nationale und internationale Medien, schreibt für

soziale Medien über das Projekt und dreht Dokumentarfilme, vor allem über den Widerstand der Schwarzen Bevölkerung von Cali. So entstand auch ein kurzer Film über die Proteste der Menschen in ihrem Viertel im Rahmen des kolumbianischen Generalstreiks von Ende April bis Juli 2021. Gleichzeitig war Balanta Jaramillo Teil des Protestes. Ebendieser Streik habe die Würdelosigkeit aufgedeckt, in der die Schwarzen Menschen an unterschiedlichen Orten Kolumbiens leben. „Die meisten Menschen, die während der Proteste in Cali getötet wurden, waren Schwarze Jugendliche aus dem Osten der Stadt. Der Tod unserer Schwarzen Kinder und Jugendlichen hat System und ist immer noch eine Realität, die den Rest der Stadt völlig kalt lässt“, so Balanta Jaramillo. Anlehnend an den britischen Geografen David Harvey beschreibt sie den Streik als „Moment der kreativen Zerstörung“, mit dem die Besitzlosen offen das Recht auf ihre Städte und Territorien zurückfordern, um dort in Würde und sozialer Gerechtigkeit leben zu können.

Balanta Jaramillo träumt davon, eine Doktorarbeit zu schreiben. Dabei interessieren sie interdisziplinäre Forschungsprojekte wie Gender Studies, Afro-Lateinamerikanische Studien oder Black-Brown-Queer-Studies. Ein Motiv dabei ist aber auch ihre feste Überzeugung, dass ihr Kampf epistemisch, also erkenntnistheoretisch ist: „Wir brauchen mehr Schwarze, queere Menschen und Intellektuelle aus dem Globalen Süden, die uns helfen, das Denken der Afrodiaspora in den Diskurs einzubeziehen und die patriarchalen und kolonialen Narrative aufzudecken“, sagt sie. Ausserdem möchte sie weiter Filme produzieren und mehr Menschen dazu inspirieren, gemeinsam zu träumen und eine bessere Welt zu kreieren.

Dabei gehört ihr Herz allen Frauen, Jugendlichen und Schwarzen LSBTI* im Osten Calis, Kolumbiens und dem Rest der Welt, die für ihre Rechte kämpfen. Speziell der Kampf Schwarzer Kollektive gegen soziale Ungleichheit an verschiedenen Orten der Welt ist für sie ein gemeinsamer. Solidarität zwischen diesen Kämpfen hält sie für ebenso wichtig wie den Austausch über kreativen Widerstand. Als eine besonders schöne Erfahrung in diesem Sinne erinnert sie sich an die Einladung an die Harvard University zu dem Workshop „Radical Networks in the African Diaspora: Black Women’s Resistance in Latin America Today“ im Jahre 2019. Mit Schwarzen Frauen aus aller Welt zusammenzutreffen, empfand sie als sehr inspirierend. Solche Netzwerke gelte es zu erhalten und weiter auszubauen.

VON INGRID WENZL



Irene Garoës

NAMIBIA

Ihr größter Wunsch: „Eine feministische Welt“

Irene Garoës ist eine Aktivistin aus Namibia, die sich leidenschaftlich für den Aufbau feministischer Frauengruppen und Bewegungen in marginalisierten Communities in Namibia engagiert. Im Women's Leadership Centre in Windhoek leitet sie die Lesbenprojekte.

„Ich war schon immer als Unruhestifterin bekannt, weil ich nie still bin, wenn ich sehe, dass mir etwas nicht passt“, erzählt Irene. „Auch wenn ich es nicht in Worte fassen konnte, waren Menschenrechte und Feminismus für mich wichtig, als ich aufwuchs.“ Nach ihrem Schulabschluss ging sie zur Polizei, merkte aber bald, dass sie als Polizistin nicht so viel Macht hatte, wie sie wollte, um die von ihr gewünschten Veränderungen im Leben der Menschen herbeizuführen.

„Als ich 2014 an einem Lesbenprojekt des Women's Leadership Centre (WLC) teilnahm, wuchs mein Aktivismus als Feministin und meine Fähigkeit, Projekte mitzuleiten.“ Heute leitet Irene das Lesbenprogramm des WLC in Windhoek und unterstützt Projekte der Young Feminists Movement Namibia.

Durch ihre Arbeit im Women's Leadership Centre (www.wlc-namibia.org) fördert Irene Garoës den Aufbau von Lesbengruppen in fünf Regionen des Landes. Die Gruppen befassen sich mit Menschenrechten, Frauenrechten, Rechten zur sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung und Gesundheit, Methoden der Konfliktlösung, Selbstverteidigung und der Heilung von Gewalterfahrungen durch Schreiben, Körperarbeit, Meditation, Fotografie, Videos und weiteren kreativen Mitteln der Selbsterkenntnis und des Selbstausdrucks. Die Lesbengruppen organisieren öffentliche Veranstaltungen in ihren Communities, auf denen sie mit ihren Texten und anderen Darbietungen Aufklärung zur Situation von Lesben leisten und Solidarität herstellen.

Stigmatisierung lesbischer Frauen

„Was ich hasse, sind das Patriarchat und alle seine Systeme und Institutionen“, sagt sie mit Nachdruck. Sie weiß, was dieses System mit besonders gefährdeten Gruppen wie lesbischen Frauen macht: „Wenn lesbische Frauen durch Stigmatisierung, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und alle Formen von Gewalt zum Schweigen gebracht werden, führt dies zu Angst, Isolation, Unsichtbarkeit, Verlust der Stimme, der kreativen Kraft, der Handlungsfähigkeit und der Lebensfreude, sowie zu verinnerlichter Homophobie, die zu Depressionen, Selbsthass und Selbstverletzungen führen kann.“ Es ist zu gefährlich, sich nicht darum zu kümmern, davon ist sie überzeugt: „Auf diese Weise werden junge Lesben davon ausgeschlossen, sich an der Entwicklung einer anderen Zukunft für Frauen in unserem Land zu beteiligen.“

Die Situation in Namibia für schwule Männer und lesbische Frauen ist schwierig. In weiten Teilen Namibias ist Homosexualität in der Gesellschaft tabuisiert, findet aber in den letzten Jahren mehr Gehör. Homosexuelle Handlungen von Männern sind auf Grundlage eines Gesetzes aus der Zeit der Apartheid verboten. Doch das selten angewandte Gesetz ist umstritten, und die Law Reform and Development Commission empfahl in ihrem Bericht vom Mai 2021 die Abschaffung aufgrund von Verfassungswidrigkeit. Die öffentliche Zurschaustellung von Zuneigung zwischen zwei Männern kann als „unmoralisches“ Verhalten betrachtet werden, das nach dem Gesetz zur Bekämpfung unmoralischer Praktiken von 1980 strafbar ist. Diese Gesetze sparen lesbische Beziehung und Handlungen aus. Das Beste, das laut Irene ihrem Land passieren könnte, wäre die Abschaffung dieser Gesetze, die Namibia bei der Unabhängigkeit von Südafrika geerbt hat. Sie wünscht sich, dass allen Namibier*innen die gleichen Rechte in Bezug auf alle Gesetze gewährt werden, so zum Beispiel im Gesetz zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt, welches das Parlament im Jahr 2003 verabschiedete. Bei einem Reformversuch im Jahr 2020 sollten ausdrücklich gleichgeschlechtliche Paare von den darin geregelten Schutzmaßnahmen ausgeschlossen werden.

Sie hat von der ersten Generation feministischer lesbischer Aktivistinnen viel gehört über die Hetztiraden, die führende Vertreter*innen der Regierungspartei in den Jahren 1995 bis 2006 gegen diese geäußert haben. „Die Menschlichkeit, die Würde und die Rechte lesbischer Frauen werden durch homophobe Vorurteile und Beschimpfungen ausgelöscht“, sagt Irene. Sich dagegen zu engagieren und Frauen zu ermutigen, sich für ihre Rechte einzusetzen, ist zu ihrer Lebensaufgabe geworden.

„Wir nutzen kreative Ausdrucksformen wie Schreiben, Drama, Tanz und Musik, um durch mehr Selbsterkenntnis, Stimme, Sichtbarkeit, Mut, Stolz und Solidarität Widerstandskraft gegen Stigmatisierung und Diskriminierung aufzubauen“, berichtet die Aktivistin stolz. Das Women's Leadership Centre arbeitet ganzheitlich, um das geistige, emotionale und körperliche Wohlbefinden junger Lesben in Namibia sowie ihren feministischen Aktivismus zu fördern. „Es ist wichtig, dass lesbische Stimmen in dieser entscheidenden Zeit gehört werden“, weiß Irene. Die vielen Jahre feministischen und lesbischen Engagements haben in Namibia ein günstigeres politisches Klima für einen sozialen Wandel in Bezug auf die Anerkennung der Menschenrechte von Minderheiten geschaffen. Im Jahr

2014 wurde ein nationaler Aktionsplan für Menschenrechte verabschiedet. „Dieser Plan beinhaltet die Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für LSBTI-Rechte in Namibia“, berichtet sie und ergänzt: „Derzeit gibt es in Namibia eine Reihe von Initiativen zur Förderung der Rechte von Lesben und Schwulen sowie der Rechte von Frauen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, einschließlich der körperlichen Autonomie und Entscheidungsfreiheit.“ Bei zahlreichen dieser Initiativen ist Irene mit dabei.

Spannende Initiativen des Women's Leadership Centre

Im Jahr 2015 wurden eine Fotoausstellung und ein Fotobuch mit Texten und Bildern der Projektteilnehmerinnen entwickelt, sowie Broschüren für junge Lesben und ihre Familien. In den Jahren 2016 und 2017 gab es in vier Regionen Namibias lokale Workshops und öffentliche Veranstaltungen zur Interessensvertretung und 2017 das erste namibische Lesbenfestival mit 70 aktiven Teilnehmer*innen. Seither findet das Festival jährlich statt. „Eine Woche lang wird gestaltet und geübt, dann stehen wir gemeinsam mit unseren Texten, unserer Musik und unserem Ausdruckstanz auf der Bühne und geben dem begeisterten Publikum einen Einblick in unser alltägliches Leben in Namibia: unsere Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt, aber auch unsere Lebens- und Schaffensfreude als kraftvolle und stolze Aktivistinnen.“ 2021 ist eine *Lesbische Anthologie* dran, und das neue Projekt im Jahr 2022 wird die Produktion eines lesbischen Spielfilms sein. „Es wird der erste lesbische Spielfilm sein, der aus Namibia kommt,“ freut sich Irene.

Aktuell arbeitet sie an einer Kampagne zur Verwirklichung der Rechte von Frauen und Mädchen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Selbstbestimmung. „Wir arbeiten zusammen mit zwei Partnerorganisationen – Positive Vibes und der Young Feminists Movement Namibia – an einer nationalen Kampagne mit dem Titel ‚Ti Soros Ge‘ (Es ist mein Körper), um die Achtung und den Schutz der Rechte auf körperliche Autonomie und Integrität für alle zu fördern“, erzählt Irene. Auch Kirchengruppen und Pastor*innen werden in diese politische Aufklärungsarbeit miteinbezogen. Diese Kampagne läuft auch in Botswana, Lesotho, Malawi und Uganda.

Eines der Ziele der Weiterbildung zum kritischen feministischen Aktivismus ist Nachhaltigkeit. Dabei gehe es darum, dass junge Lesben ihre eigenen Gruppen leiten lernen und ihre eigenen Initiativen und Kampagnen entwickeln, unabhängig vom WLC. Nachhaltigkeit ist auch das Stichwort für Geberländer. Irene wünscht sich von Geberländern und deren Zivilgesellschaften Unterstützung zur wirtschaftlichen Befähigung und Beteiligung von jungen Lesben, damit sie sich aus der Armut herausarbeiten können. Auch sollten ihre Bewegungen unterstützt werden.

Ihr größter Wunsch? „Weltfrieden. Eine feministische Welt. Eine Welt, in der Frauen an der Spitze stehen und Respekt, Würde und Entscheidungsfreiheit genießen.“ Wie so eine Welt aussehen könnte, lebt Irene Garoës mit ihrem Aktivismus und ihrer Arbeit beim WLC vor.

VON CAROLINE AUSSERER UND LIZ FRANK

Dédé Oetomo

INDONESIEN

Er kämpft für „Ein Leben, in dem wir wir selbst sein können, ohne negative Konsequenzen.“



© Dedy Andrianto

Dédé Oetomo (68) ist bekannt als Pate der indonesischen LGBTQ-Bewegung. Er ist Sozialwissenschaftler, AIDS-Aktivist und ein Vorbild für Generationen junger Indonesier*innen. Für seinen Einsatz als Menschenrechtsaktivist wurde Oetomo bereits 1998 von der International Gay and Lesbian Human Rights Commission (heute Outright Action International) ausgezeichnet.

„Tagelang war ich euphorisch und fühlte mich, als würde ich schweben“, erzählt Dédé Oetomo. Das war nach seinem zweiten Coming-out. Es sei das schönste Erlebnis seines Lebens gewesen, noch heute erinnert er sich gerne daran. „Als ich meinem Vater zum zweiten Mal sagte, dass ich schwul bin, fragte er mich nur, ob ich mir sicher sei. Dann sagte er, ich solle es niemandem erzählen. Da hatte ich es aber schon jeder Person gesagt, die ich kannte.“ Sein offenes Lächeln zeigt seine geraden, weißen Zähne, die Lachfältchen um seine dunklen Augen verstärken den zufriedenen Blick.

Dieses große, sein zweites Coming-out hatte Dédé im Dezember 1979, mit 26 Jahren. Fünf Jahre zuvor hatte er seinen engsten Freund*innen bereits gesagt, dass er schwul sei, und es auch schon einmal seinen Eltern mitgeteilt, die damals allerdings geschockt und traurig reagiert hatten – sie wollten ihren Sohn lieber geheilt wissen. Also fuhr Dédé mit seinem Vater in Indonesiens Hauptstadt Jakarta, rund 800 Kilometer entfernt von der Stadt Surabaya im Osten der Insel, wo Dédé wohnte. In Jakarta unterzog er sich einem Hormontest. Es war seine Idee, aber er brauchte das Geld seiner Eltern für die Reise. Das Ergebnis des Tests: männlich. Das Entscheidende an dem Termin aber war, dass der Arzt ihm erklärte, Homosexualität könne nicht geheilt werden – er solle sich so annehmen wie er sei, um einen Platz in der Gesellschaft zu finden. „Das war das erste Mal, dass ich verstand, dass Homosexualität akzeptiert werden kann und keine Krankheit ist“, erinnert sich der heute 68-Jährige.

Knapp 15 Jahre lang schämte er sich für seine Homosexualität und kämpfte dagegen an. Als Schüler katholischer Schulen, betete er für Heilung, später erhoffte er sie sich von

Psycholog*innen. Mit 11 Jahren las er in einem Magazin seiner Eltern das erste Mal das Wort „homosexuell“. Kurz danach hatte er seinen ersten erotischen Traum. „Mit dem Neffen einer der Näherinnen meiner Mutter. Ich umarmte ihn und ejakulierte – und wachte davon auf. Ich sagte mir: ‚Okay, wenn das passiert, bin ich wohl homosexuell.‘“ Erst ein paar Jahre später habe er begriffen, dass er dadurch anders war als seine Mitschüler.

Vom Außenseiter zum Wegbereiter

Sein ganzes Leben war Dédé Oetomo so etwas wie ein Außenseiter. Er wurde 1953 in eine chinesisch-indonesische Familie in Pasuruan hineingeboren, einer weltoffenen Zuckerraffinerie-Stadt in Ost-Java, nur vier Jahre nach der Unabhängigkeit Indonesiens von den Niederlanden – eine Zeit großen Aufruhrs in der indonesischen Geschichte. Doch 1965 änderte sich Dédés Jugend, als General Suharto an die Macht kam, ein erbitterter Gegner des Kommunismus. Seine Regierung setzte Chinesisch mit Kommunismus gleich und verbot für drei Jahrzehnte die chinesische Sprache und Kultur. Während dieser Zeit wurde Dédé für seine chinesischen Wurzeln verspottet und diskriminiert.

Aufgrund seines multikulturellen Hintergrunds und seines Talents für Sprachen studierte er Sprachwissenschaften und Südasi-Studien – und erlangte 1978 einen Studienplatz an der renommierten Cornell University in Ithaca, New York. Sechs Jahre später promovierte er dort – das zweitschönste Ereignis seines Lebens. Die Zeit in den USA prägte ihn nicht nur intellektuell, er konnte sich dort endlich outen und seine Sexualität leben. „Ich beschloss, nicht mehr so zu tun, als wäre ich heterosexuell, und begann, in die homosexuelle Welt einzutauchen.“ Das bedeutete, Bücher über Homosexualität zu verschlingen, mit Freund*innen darüber zu sprechen und Mitglied einer Organisation schwuler Studierender zu werden. Er veröffentlichte anonym zahlreiche persönliche Essays in indonesischen Magazinen, in denen er seinen Stolz über seine Sexualität ausdrückte.

„In den USA bekam ich die Idee, dass wir uns organisieren sollten“, sagt Dédé Oetomo, der 1982 Indonesiens erste Organisation für Schwulenrechte gründete. 1987 veränderte er diese Organisation und nannte sie GAYa Nusantara (gayanusantara.or.id). Ihr Hauptziel ist der Einsatz für ein gerechtes und gleichberechtigtes Indonesien, in dem alle Menschen frei leben können. Die Organisation gibt ein Monatsmagazin heraus, bietet Workshops zu Menschenrechten, AIDS-Prävention, Geschlechtsidentität und Sexualität an, berät und begleitet LGBTIQ. Oft treffen sich die Mitglieder bei Dédé zu Hause in der Stadt Surabaya im Osten der indonesischen Insel Java.

Im Laufe der Jahre tolerierte die indonesische Regierung widerwillig Dédé Oetomos Aktivismus. 1999, nachdem Indonesien eine Demokratie geworden war, kandidierte Dédé zum ersten Mal für eine kleine linke Partei. Es war die erste von mehreren Kandidaturen für das Parlament und andere öffentliche Ämter. Nicht überraschend verlor er jedes Mal. Andreas Harsono, Indonesien-Experte bei Human Rights Watch und langjähriger Freund von Dédé, sagte der *New York Times*: „In Indonesien gelten drei Dinge als politischer Selbstmord: Kommunist sein, Chinese sein und schwul sein. Dédé ist mindestens zweieinhalb von ihnen.“¹ Doch seine Kampagnen machten ihn zum bekanntesten Kämpfer für die Rechte Homosexueller in Indonesien.

Ziele und Wünsche

In den letzten rund 20 Jahren hat sich in Indonesien ein Wandel vollzogen, hin zu Stigma und Diskriminierung. Besonders für nicht-binäre Personen, etwas weniger stark auch für Homosexuelle. Konservative Politiker*innen wollen aktuell „Anti-LGBTIQ-Propaganda-Gesetze“ implementieren, in konservativen Regionen des Landes sind „homosexuelle Handlungen“ noch immer strafbar. Daher scheint es so, als ob Dédés Lebenswerk für die Rechte von Homosexuellen zunichte gemacht wird. „Obwohl Diskriminierung generell verboten ist, wird das nicht in die untergeordnete Gesetzgebung übertragen. Aktuell klagt ein Polizist beispielsweise dagegen, dass ihm aufgrund seiner Homosexualität gekündigt wurde“, erklärt Dédé.

Per Gesetz sind in Indonesien nur zwei Geschlechter anerkannt. LGBTIQ-Organisationen müssen diskret agieren, öffentliche Veranstaltungen sind unmöglich. „Die Polizei schützt uns nicht vor Angriffen, wir erleben Ignoranz und auch Verfolgung durch viele Regierungsinstitutionen. Dadurch sind wir gezwungen, hauptsächlich im Untergrund zu agieren“, sagt Dédé. Dennoch gibt es in fast allen der 34 Provinzen des Landes LGBTIQ-Organisationen, oft mit Decknamen. Viele sind hauptsächlich bei Social Media aktiv. Dédé Oetomo wünscht sich daher von internationalen Regierungen und NGOs „diskrete Unterstützung dabei, Communities und Organisationen zu schützen, und nachhaltige finanzielle Hilfe für Projekte“, da es diplomatisch fast unmöglich sei, in dieser Beziehung Druck auf die indonesische Regierung auszuüben. „Wir arbeiten aber intersektional mit Menschenrechtsorganisationen zusammen, wir haben Verbündete in vielen Ländern und aus verschiedenen Bereichen, Kulturen und Religionen“, erklärt er die Arbeit seiner Organisation.

Trotz der widrigen Umstände ist Dédé Oetomo nicht verzweifelt. Dies sei eben der Kampf in einer jungen Demokratie. Der so wichtige Weg, um progressive demokratische Werte mit konservativen religiösen in Einklang zu bringen. Mit dem Ziel: „Ein Leben, in dem wir wir selbst sein können. Auf individueller und familiärer Ebene, ohne negative Konsequenzen.“ Daher wünscht er sich für Indonesien: „Eine neue Generation, die sich für Minderheiten einsetzt.“ Die ist schon bereit. Lini Zurlia, eine 27-jährige LGBTIQ-Aktivistin aus Jakarta, bezeichnet Dédé Oetomo liebevoll als „Oma“ – was auch im Niederländischen Großmutter bedeutet. So nennen ihn auch die anderen Aktivist*innen der jüngsten Generation. Lini Zurlia sagte der *New York Times*, die Herausforderung ihrer Generation sei es, dort weiterzumachen, wo er aufgehört habe: „Was Dédé erreicht hat, wofür er gekämpft hat, das müssen wir weiterführen.“²

VON CHRISTINA WEISE

¹ *New York Times*, 19. August 2016:

<https://www.nytimes.com/2016/08/20/world/asia/indonesia-gay-rights-dede-oetomo.html>

² *Ebenda*



Cesnabmihilo Dorothy Nuhu-Aken'Ova

NIGERIA

„Mein Traum:
Präsidentin von Nigeria.“

Cesnabmihilo Dorothy Nuhu-Aken'Ova (58), Sprachwissenschaftlerin und Feministin aus Nigeria, engagiert sich für die Rechte von Frauen, Jugendlichen und LSBTI* in ihrem Heimatland. Sie ist Geschäftsführerin des International Center for Sexual Reproductive Rights (INCREASE), das sie 2000 gründete. Ihre Motivation: „Ich mag keine Ungerechtigkeit und dulde keine Form von Menschenrechtsverletzung!“

Dorothy wuchs zusammen mit vier Brüdern und einer Schwester im Dorf Dikko (Kawun) im Bundesstaat Niger auf. „Ich wurde am 23. April 1963 an einem heißen Dienstanachmittag geboren“, erzählt sie. Das Leben in ihrer Familie war geprägt von christlichen und traditionellen Werten der Gbagyi-Volksgruppe: Respekt, Integrität und harte Arbeit. Sie selbst sei „nicht religiös, aber spirituell“. Sie liebe ihre Familie, ihren verstorbenen Ehemann, der Pastor war und ihre Söhne Samson (33), Samuel (24) und Adel (14) – alle drei Künstler. Auch ihre Arbeit bei INCREASE, dem Zentrum für Sexuelle und Reproduktive Rechte (www.increase.org), beschere ihr viele schöne Momente. Als Geschäftsführerin betreut sie dort Aufklärungs- und Empowerment-Projekte, führt Beratungsgespräche, macht Feldbesuche, kümmert sich um Fundraising und Networking. Dorothy freut sich immer, „wenn ich eine finanzielle Unterstützung für die Organisation bekomme und wenn unsere Arbeit anerkannt wird.“

Die gleiche Begeisterung erlebte sie nach jeder erfolgreichen Lobbyarbeit für sexuelle Gesundheit und Rechte bei den Vereinten Nationen – und als sie die Verabschiedung eines Gesetzes zum Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe (Same Sex Marriage Prohibition Act, SSMPA)¹ in Nigeria zunächst verhindern konnten. Dorothy berichtet: „Im Mai 2005 hatten wir ein Treffen mit ausländischen Vertretungen, die nach Möglichkeiten suchten, lokale Menschenrechtsaktivist*innen bei der Bekämpfung des SSMP-Gesetzes zu unterstützen.“

Am Ende gründeten fünf Menschenrechtler*innen, darunter ich, die Coalition for the Defense of Sexual Right CDSR (Vereinigung zur Verteidigung Sexueller Rechte) – die erste ihrer Art im ganzen Land.“ So sei es möglich gewesen, Führungspersonlichkeiten in der aufkeimenden LSBTI*-Bewegung zu identifizieren und eine Institutionalisierung ihrer Arbeit zu fördern. Sie selbst konnte damals bereits zehn Jahre Erfahrung in der Arbeit für sexuelle Rechte von LSBTI* einbringen.

Im Laufe der Jahre hat Dorothy zahlreiche Jugendliche zu Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und ihren Rechten, zu staatsbürgerlicher Verantwortung und politischer Beteiligung am sozialen Wandel beraten. Etliche von ihnen beschlossen 2021, eine politische Bewegung, die Social Change Initiative, zu gründen und eine Präsidentschaftskandidatin für die Wahlen in Nigeria 2023 aufzustellen. „Ich sollte mich um das Amt bewerben“, berichtet sie und strahlt: „Dies war ein phänomenaler Vertrauensbeweis und der bisher schönste Moment in meinem Leben als Aktivistin!“

Von der Feministin zur LSBTI*-Aktivistin

Die Wurzeln für Dorothys Aktivismus liegen in ihrer Kindheit. Während ihre Brüder vor ihrer Geburt auch Hausarbeit erledigten, wurden ihr diese Aufgaben nach und nach übertragen: Sie musste Wasser aus dem Brunnen holen, das Haus sauber halten und kochen. Sie merkte, dass die Bildungs- und Berufswege von Jungen und Mädchen unterschiedlich waren und beschloss, den gleichen Weg wie ihre älteren Brüder einzuschlagen, um nicht als Hausfrau zu enden. Direkt nach der Sekundarschule nahm sie 1983 ein Französischstudium an der Ahmadu Bello University in Zaria auf, wo sie nach Abschluss als Dozentin arbeitete. „Ich musste offen mit gängigen Rollenerwartungen brechen“, erinnert sich Dorothy „und stringent an meinem alternativen Lebensentwurf arbeiten, um die Unterstützung meiner Eltern zu erhalten, die Gott sei Dank verständnisvoll waren.“ Aktivismus hieß für sie damals, Entscheidungen im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit zu treffen. Als sie 1995 nationale Koordinatorin in der Women's Health Organization of Nigeria (WHON) wurde, bekam ihr Aktivismus für die am stärksten ausgegrenzten Mitglieder der Gesellschaft einen institutionellen Rahmen.

Dorothys Engagement für LSBTI* begann 1994/95. Als Heranwachsende kannte sie einige lesbische Mädchen und wusste, „dass sie mit ihrem Verlangen, ihren Beziehungen und ihren religiösen und kulturellen Werten zu kämpfen hatten“, erläutert sie. Nach einer Sexualerziehungs-Schulung bei der NGO Action Health Incorporated Nigeria (www.actionhealthinc.org) sei ihr klar geworden, dass homosexuelle Liebesbeziehungen, die als tabuisierte Vorlieben und Praktiken stigmatisiert und diskriminiert wurden, ein Menschenrechtsthema sind und „diejenigen, die in gleichgeschlechtlichen Liebesbeziehungen leben, es nicht verdienen, kriminalisiert zu werden.“ Die Schulung befähigte sie, lesbische Frauen für ihr Recht zu sensibilisieren, selbstbestimmt über ihren Körper zu entscheiden. Die Weltbevölkerungskonferenz von 1994 und die Weltfrauenkonferenz 1995, auf denen über sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten diskutiert wurde, „bestärkten mich in meinem Entschluss, ein Projekt zur Verteidigung der Menschenrechte gleichgeschlechtlich liebender Menschen zu starten“, berichtet Dorothy.

¹ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/die-stiftung/stiftungsarbeit/laender-und-regionen/nigeria>

Doch ihre „feministischen Schwestern“ in Nigeria und anderen afrikanischen Ländern reagierten mit Zynismus und Skepsis. Diejenigen, die zu Sexualität von Jugendlichen und in der Frauenbewegung in Nigeria arbeiteten, wollten sie nicht mehr in ihre Projekte einbeziehen. Dorothy fühlte sich aus einem sicher geglaubten und vertrauten Raum ausgeschlossen: „Einige stuften meine Arbeit als undurchsichtig ein, andere hielten sie für eine enorme Verschwendung von Energie und Ressourcen, die in Maßnahmen für die Gesundheit von Müttern und Kindern hätten fließen können. Einige Entwicklungspartner*innen wollten nicht mit mir oder meiner Arbeit in Verbindung gebracht werden, weil sie dachten, dass dies schlecht für ihr Image sei.“ Ihre Familie hatte Verständnis dafür, dass sie sich für marginalisierte Bevölkerungsgruppen einsetzte.

Von der Menschenrechtlerin zur Präsidentin?

Nachdem das seit 2007 hart umkämpfte Gesetz zum Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe, kurz SSMPA in Nigeria 2014 verabschiedet wurde, häuften sich Menschenrechtsverletzungen gegen Einzelpersonen und Gruppen – begründet mit deren vermeintlicher oder tatsächlicher sexueller Orientierung. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Kräfte begannen, in ihrer Nachbarschaft „aufzuräumen“. Bürgerwehren stürmten Treffen von MSM-HIV-Selbsthilfegruppen, das heißt von an AIDS erkrankten Männern mit gleichgeschlechtlichen Sexualkontakten. Bis heute habe sich wenig geändert, berichtet Dorothy: „Viele LSBTI* werden immer noch verfolgt und es gibt weiterhin Tötungen ohne Gerichtsurteil. Cyber-Mobbing, Erpressung, wahllose Verhaftungen und unrechtmäßige Inhaftierungen sowie körperliche Übergriffe sind im ganzen Land an der Tagesordnung. Obwohl HIV-Programme für MSM internationale Hilfsgelder ins Land bringen, leugnet Nigeria weiterhin die Existenz von LSBTI* und verwehrt ihnen ihre Menschenrechte. Trotz anhängiger Klagen gegen das SSMPA gibt es in den Gemeinden weiterhin Konversionstherapien und ‚heilende Vergewaltigungen‘.“²

Das Internationale Zentrum für Sexuelle und Reproduktive Rechte (INCRESE) in Minna in Zentralnigeria, das Dorothy leitet, engagiert sich für den Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit marginalisierter und diskriminierter Bevölkerungsgruppen. Beim Einsatz für LSBTI* gebe es einige Herausforderungen: fehlende finanzielle Ressourcen, zu wenig Aufklärung und Bewusstsein in der Gesellschaft und eine verinnerlichte Homophobie, selbst bei Mitgliedern der LSBTI*-Community.

Als größten Erfolg des LSBTI*-Aktivismus in Nigeria verbucht Dorothy, dass Führungspersönlichkeiten und Gruppen aus ihren Reihen in Nichtregierungsorganisationen für stärkere Sensibilisierung und Aufmerksamkeit sorgen. So stünden einige LSBTI* an der Spitze der Strateg*innen, die Prozesse gegen das SSMP-Gesetz führten. Sie hätten die Schnittmengen zwischen ihren Menschenrechten und denen anderer diskriminierter Gruppen

erkannt. Mittels dieser intersektionalen Kompetenzen könnten sie sich mit etablierten Menschenrechts- und Frauen-NGOs vernetzen und Brücken zwischen den Bewegungen schlagen. Sie hätten auch gelernt, Dienstleistungen wie One-Stop-Shops für HIV-Interventionen oder psychosoziale Unterstützungsdienste anzubieten.

Durch das INCRESE-Scale-up-Projekt „Connecting the Dots“³ wurden Mitglieder der LSBTI*-Community befähigt, sich politisch am gesellschaftlichen Wandel zu beteiligen. INCRESE arbeitet eng zusammen mit Gewerkschaften, Umwelt- und Frauenorganisationen – etwa der erwähnten Coalition for the Defense of Sexual Right, der Social Change Initiative oder dem African Women's Development Fund (awdf.org).

„Unsere Arbeit ist geleitet von Antirassismus, Nicht-Diskriminierung und Intersektionalität“, erklärt Dorothy, denn nur so schaffe man ein günstiges Umfeld, das marginalisierten Bevölkerungsgruppen das Recht Sexueller und Reproduktiver Gesundheit zugänglich macht. Ihre Hauptanliegen bilden die Grundlage und Legitimation ihrer Arbeit. So könnten sie die nigerianische Regierung zur Rechenschaft ziehen, wenn diese gegen Bestimmungen von internationalen Verträgen, Resolutionen und Erklärungen verstößt, die sie unterschrieben hat. „Wir können Parallelberichte erstellen, um die Regierung wegen ihrer Mitschuld an der Verletzung der Menschenrechte von LSBTI* anzuprangern. Wir sind in den Korridoren der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union präsent“

Für die Zukunft ihres Landes wünscht Dorothy sich die Abschaffung des SSMPA und alle notwendigen Veränderungen, „um die Menschen in der Gemeinschaft zu schützen und die Menschenrechte jedes Einzelnen im Land zu wahren.“ Selbstbewusst fügt sie hinzu: „Mein Traum ist es, dass ich durch die Initiative für sozialen Wandel und die Aufforderung, meinem Land zu dienen, im Jahr 2023 zur Präsidentin der Bundesrepublik Nigeria gewählt werde.“

VON BÄRBEL RÖBEN

² Der Begriff „curative rape“, deutsch „heilende Vergewaltigung“, beschreibt ein Hassverbrechen, bei dem lesbische Frauen und andere weibliche Personen aufgrund ihrer angenommenen homo- oder bisexuellen Orientierung oder ihrer Trans*- oder nicht-binären Geschlechtsidentität vergewaltigt werden. Die Taten sollen Heterosexualität und Geschlechtskonformität mit Gewalt erzwingen.

³ <https://www.increase.org/connectingthedots/>



Lilith Raza

PAKISTAN/DEUTSCHLAND

„Alle geflüchteten Personen haben das Recht auf eine Chance, ihr Potenzial zu entfalten.“

Lilith Raza ist eine queere trans*-Aktivistin aus Pakistan, die seit 2012 in Deutschland lebt. Sie setzt sich für die Rechte von LSBTI* Geflüchteten ein, ist Projektmitarbeiterin des LSVD-Projekts „Queer Refugees Deutschland“ und europaweit aktiv in queeren Netzwerken.

Das Gespräch mit Lilith startet mit einem tiefen Plums, wie bei einem Tauchgang, ohne Umschweife und Belanglosigkeiten – sie spricht direkt über das, was sonst oft tabu ist: über ihre traumatischste Erfahrung während ihrer Zeit in Pakistan, ein paar Jahre, bevor sie ihr Heimatland verließ. „Vor zwei Jahren hätte ich so nicht darüber sprechen können. Da war ich noch nicht soweit“, beginnt sie. Als sie bereits in Köln studierte, traf sie auf einen Mann, der eine körperlich schmerzliche Erfahrung in ihr wachrief, so heftig, dass sie zusammenbrach. Der Moment, an dem ihr Körper damals rebellierte, überraschte sie ohne Vorwarnung.

„Mein Körper hat sich plötzlich an die Vergewaltigung in Pakistan erinnert“, erklärt sie mit starker und selbstbewusster Stimme. Das schmerzliche Ereignis lag viele Jahre zurück, doch an diesem Abend holt das Trauma sie ein. Das körperliche Empfinden, von dem sie damals erneut überwältigt wurde, beurteilt sie rückblickend als ersten Schritt der Heilung und der Konfrontation mit dem Verdrängen. Ein andauernder Prozess. „Ich hatte all die Jahre zuvor Schuldgefühle. Jetzt weiß ich, dass ich das als Kind gar nicht anders konnte.“ Lilith Raza ist gnädig mit sich selbst.

Vergewaltigt wurde sie in ihrer Heimat in Pakistan, gefolgt von ständigem sexuellem Missbrauch. Doch sie begehrt auf, trotz lähmender Schuldgefühle, geht nach Lahore an die Universität und findet Gleichgesinnte während des Studiums in Pakistan. Sie eroberte sich eine Nische, einen Safe Space, der allerdings nicht wirklich Sicherheit und schon gar keine Freiheit garantiert. Auch die Hoffnung auf Halt in der Religion ist ein Versuch, sich zu stabilisieren. Lilith wird schließlich Atheistin. Als der pakistanische Gouverneur Salman Taseer, der sich unter anderem für die Freilassung der damals wegen „Gotteslästerung“ im

Gefängnis sitzenden Christin Asia Bibi einsetzte, 2011 von einem radikalen Islamisten ermordet wird, weiß Lilith, es gibt für sie persönlich in Pakistan keine Sicherheit und keine Zukunft: Auf die pakistanische Gesellschaft kann sie nicht zählen, als sie innerlich gegen Diskriminierung, Heimlichkeit und die Gewalt an trans* Personen aufbegehrt und für sich einsteht – sie bangt um ihr Leben. Und sie ist selbstmordgefährdet. Plötzlich sieht sie klar: „Niemand würde auch nur den Grund für meinen Mord oder Selbstmord erfahren.“

Coming-out und Beginn des Aktivismus

Lilith spürt spätestens im sechzehnten Lebensjahr, dass der Junge, der gerne auf Bäume klettert, der Kinder mag und seine Mutter liebt, in einem Körper mit einem Geschlecht lebt, das nicht ihrem Empfinden entspricht. Bis Lilith Begriffe wie Transgender, trans* Person, trans* Frau kennenlernt – und damit eine Sprache für ihre Identität –, dauert es weitere acht Jahre. „Du musst aber in deiner Muttersprache über dich sprechen können, eine sprachliche Ausdrucksform für dein Empfinden haben, die keine Kolonialsprache ist.“

Heute organisiert Lilith Raza, die inzwischen als Queer-Aktivistin in Köln lebt, mindestens einmal im Monat ein Online-Programm zu queer-feministischen Themen auf Panjabi. Sie spricht zudem Urdu, Hindi, Englisch, Deutsch. „Es ist wichtig, in der eigenen Sprache über all die Erfahrungen zu sprechen und auch zu sagen, wer man ist, wie man fühlt, sich schützt und wehrt, all das.“

Bereits in Pakistan nutzte Lilith die Safe Spaces, um Netzwerke voranzutreiben: Gemeinsam mit anderen unterstützt, berät und stärkt sie queere Menschen bei Auseinandersetzungen mit ihren Familien. Und gemeinsam schauen sie queere (und in Pakistan verbotene) Filme und schaffen eine entspannte Atmosphäre als Gegenpol zu den gesellschaftlichen Normen. Aktivismus muss nicht immer gleich öffentlich sein, er findet auch im halbprivaten Raum statt.

Ihren Vornamen hat die Queer-Aktivistin mit ihrem Coming-out gewählt. Weil Lilith, die erste Frau Adams, sich „gegen Adams dominante Haltung gewehrt hat“, gefiel ihr der hebräisch-babylonische Frauename. „Ja! Die erste Frau Adams war die erste Feministin.“ Feminismus und Queer/Trans*-Aktivismus lebt sie seit 2017 als Projektmitarbeiterin des LSVD-Projekts „Queer Refugees Deutschland“ (www.queer-refugees.de), das sowohl Beratung von LSBTI* Geflüchteten anbietet als auch Vernetzung und Empowerment von geflüchteten LSBTI* Aktivist*innen unterstützt. Zudem ist Lilith Raza Vorstandsmitglied des Queeren Netzwerks NRW, Beiratsmitglied von New Women Connectors und Säkularer Flüchtlingshilfe e.V. sowie Mitgründerin des Queer European Asylum Network (QUEAN).

Verbündete, die sind ihr wichtig. Ohne Verbündete stände sie nicht da, wo sie heute steht. Vor allem in solidarischen Bündnissen lassen sich trans*-Anliegen und -Rechte stärken. Ihrer Tätigkeit beim LSVD ging ein Studium der Umweltwissenschaften voraus – und es gab viele Begegnungen mit queeren und nicht-queeren Personen, die vielen Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland kamen, die Silvesternacht in Köln, den Bruch mit dem Schweigen über die Vergewaltigung.

Fortschritt in Pakistan?

Seit Lilith Pakistan verlassen hat, gab es dort eine kleine Gesetzesrevolution. 2018 formuliert der Transgender Persons Protection of Rights Act in Pakistan das Recht, als Person mit jedwedem Geschlecht, das als das eigene empfunden wird, anerkannt zu werden, unabhängig von dem bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht. Zudem spricht das Gesetz trans* Personen explizit das Wahlrecht und Versammlungsfreiheit sowie Anspruch auf Bildung, Erbe, Arbeit, Gesundheit und Eigentum zu. Als Lilith Raza allerdings 2018 bei der pakistanischen Botschaft in Deutschland ihren Pässeintrag ändern lassen will, schlägt ihr die schmerzliche Diskrepanz zwischen Gesetz und Realität entgegen. „Operative Geschlechtsangleichung, psychologisches Gutachten und eine öffentliche Bekanntgabe des abgetretenen und neuen Namens sind die Voraussetzung, sonst wird der Eintrag nicht vorgenommen.“ Auch die pakistanische Botschaft in Deutschland nimmt das bürokratisch genau. Lilith bleibt sich treu, sie akzeptiert keine entwürdigenden Akte. Ihren pakistanischen Pass gibt sie ab.

Vor der Kolonisierung durch das British Empire waren trans* Personen in Pakistan nicht per se diskriminiert. Erst mit der restriktiven Gesetzgebung der Briten wurden alle nicht-heterosexuellen Personen und Beziehungen illegalisiert und damit auch exotisiert. Als Tänzer*innen, als Sexarbeiter*innen, als Objekte des Spotts degradiert und der Würde beraubt, drückt dieses Erbe heute schwer auf das Leben der Mehrheit der trans* Frauen und Männer in Liliths Herkunftsland. Schon aus der Diskrepanz zwischen den offiziellen Zahlen, wonach rund 15.000 Khawaja Sira¹ in Pakistan leben, und den Schätzungen von Human Rights Watch von über einer halben Million trans* Personen, ist abzulesen: Gesetz und gelebte Realität klaffen auseinander. Lilith Raza recherchiert seit Längerem zur vorkolonialen und kolonialen „Transgender“-Geschichte, ein weithin blinder Fleck in der Geschichtsschreibung ihres Landes. Sie betrachtet das Transgender-Gesetz als einen späten Akt der Dekolonisierung, der nun auch im gelebten Alltag und den Köpfen der Menschen und nicht nur auf dem Papier vollzogen werden muss. Das erfordert Kraft, die Betroffene nicht immer haben. Auch in Liliths Leben gibt es da weniger kraftvolle Momente.

Erfolge und Wünsche

Während ihres Studiums in Köln gibt sie nach ihrer Ankunft 2012 zunächst den Aktivismus auf, der sie in Lahore umtrieb. Im Sommer 2015, als zahlreiche Geflüchtete in Deutschland ankommen, erwachen ihr Mut und ihr Aktivismus erneut. Am liebsten gibt sie heute Workshops, in denen sie Mitarbeiter*innen in Ämtern und Einrichtungen wie dem Bundesamt für Migration und Flucht für die Sorgen und Nöte geflüchteter trans* und queerer Personen sensibilisiert. Lügen mag sie gar nicht, sondern sie schätzt die Offenheit, mit der sie selbst auch von ihren Erfahrungen spricht – das ist Teil ihres Erfolgs, ihrer Überzeugungskraft: „Da kann ich etwas bewirken!“ Das ist wie ein Geschenk, es ist das Gegenteil von Unsichtbarkeit und Missachtung.

Als Erstberaterin für queere Geflüchtete sind die immer schmerzlichen Geschichten der Menschen, die sich ihr anvertrauen, eine Belastung, die sich nicht in Arbeitsstunden ausdrücken lässt. Viele kommen aus einer Situation, in der Selbstjustiz, Schläge, sogar Folter der Ausgangspunkt traumatischer Erfahrungen sind. „Weibliche Personen sind am stärksten betroffen, wenn sie sich als queere Personen outen. Viele werden aus Gründen der Ehre getötet, andere werden mit Männern verheiratet, um die Ehre der Familie zu retten.“ Das Patriarchat ist mit Transphobie und Gewalt gegen weibliche Personen verflochten, ein intersektionales Denken ist für Liliths politischen Aktivismus die logische Konsequenz. Für geflüchtete und asylsuchende queere Menschen erstellt Lilith derzeit eine Materialsammlung, die bei dem langen bürokratischen Kampf in Deutschland helfen soll. Wissen teilen bedeutet, dem restriktiven Asylsystem und seinen Helfershelfer*innen die Macht über die vereinzelt Schicksale Stück für Stück zu entreißen. „Alle geflüchteten Personen haben das Recht auf eine Chance, ihr Potenzial zu entfalten.“ Ihre eigene Zukunft sieht Lilith Raza vielleicht in Australien, als Umweltwissenschaftlerin, die den Kontext von Migration und Klimawandel im Pazifik weiter erforschen will.

Über ihre persönliche familiäre Situation berichtet sie: „Meine Schwester sagt, dass sie eine Schwester hat. Meine Mutter zögert manchmal, von zwei Töchtern zu sprechen oder mich Lilith zu nennen, wenn Nachbar*innen uns beim Telefonieren zuhören.“ Ob sie das traurig macht? „Ich sagte ihr dann, erzähl’ den Nachbar*innen: ja, zwei Töchter. Und meine Tochter in Deutschland hat vier Kinder.“ Sie lacht schelmisch. „Ach weißt du, ich bin sehr sehr glücklich, dass sie mich als ihr Kind akzeptiert.“ Als die damals unter Einsamkeit leidende Lilith ihre Mutter und ihre Schwester in Pakistan traf, fest entschlossen, ihre Geschlechtsangleichung kundzutun, erfüllt von der Sorge, vielleicht verstoßen zu werden, war ihr Leben an einem Kippunkt. Die Unsicherheit, wer man sein wird, wenn das Band zur eigenen Mutter zu reißen droht, gepaart mit der inneren Kraft, zu wissen, wer man ist – eine emotionale Gratwanderung.

Wichtig sind ihr, die erfüllenden Momente der Anerkennung ihrer Person zu betonen, im privaten wie im öffentlichen Leben. „Als man mich fragte, ob ich Patin werden wolle, da fühlte ich mich respektiert und gesehen als die, die ich bin: Lilith.“ Als Lilith Raza ihre zwei Patenkinder erwähnt, hüpfte ihre Stimme. „Und Mutter möchte ich werden“. Wieder hüpfte die Stimme. Dieser tiefe Wunsch steht auf Platz eins ihrer persönlichen Zukunftsvisionen.

Um Betroffene beraten zu können und sie an ihrem Optimismus teilhaben zu lassen, ist Lilith einen weiten Weg gegangen. Das Land, in dem sie geboren ist, hat sie hinter sich gelassen. Ihre Familie vermisst sie. Doch sie ist zu einer von selbsterkämpfter Zuversicht erfüllten Persönlichkeit geworden, trans* Frau, Aktivistin, Netzwerkerin. Oder besser: Sie hat sich dazu gemacht.

VON MARTINA BACKES

¹ Khawaja Sira – Bezeichnung für trans* und inter* Personen



Jean Elie Gasana

RUANDA

„Es fehlt uns an Schutz und Respekt für unsere Grundrechte.“

Jean Elie Gasana (43) ist ein christlicher LSBTI-Aktivist aus Ruanda. Er war Mitbegründer der ruandischen LSBTI-Organisation Other Sheep Rwanda und setzt sich in seinem Heimatland für Menschenrechte ein, insbesondere von LSBTI in Ruanda und im Osten der Demokratischen Republik Kongo.

Jean Elie wurde 1978 in einer ländlichen Gegend im kleinen ostafrikanischen Ruanda geboren. „Ich bin das vierte Kind meiner Eltern, habe noch fünf Schwestern und vier Brüder“, sagt er. „Schon mit zwölf Jahren wusste ich, dass ich schwul bin, und drei Jahre später hatte ich mein Coming-out. Mein Freund gab mir eine Broschüre über Christentum und Homosexualität, die hat mir dabei geholfen. Ich konnte mit einigen Pastoren und Bischöfen über meine Sexualität reden. Wir sprachen gemeinsam über Christentum und Homosexualität, inklusiven Gospel und darüber, wie die Welt zum Besseren verändert werden kann.“

1993 also das Coming-out. Die Reaktionen der Eltern und Geschwister, im Freundeskreis und in der Nachbarschaft waren eher negativ. In der Familie hieß es, der Sohn leide an einer psychischen Störung, und die Eltern wollten ihn zunächst in eine Klinik bringen; doch mit der Zeit akzeptierten sie ihn so, wie er ist.

Jean Elie fühlte sich in der Kirchengemeinschaft abgewiesen und isoliert. „Sie sagten mir, Homosexualität sei unafrikanisch und unchristlich, widernatürlich, und Homosexuelle seien Leute des Teufels.“ Er habe sehr oft um ein Gespräch gebeten, auch bei Laienführern, doch meist stieß er auf Ablehnung. Einige Pastoren aber waren zugänglich und einsichtig, sie akzeptierten ihn schließlich. In seiner Gemeinde nimmt Jean Elie zwar an Messen teil, eine aktive liturgische Rolle aber darf er nicht übernehmen.

Aktiv gegen Diskriminierung

2004 wurde Jean Elie Aktivist. Er fand es unerträglich, dass LSBTI Gesundheitsleistungen vorenthalten wurden, dass es auch beim Zugang zu Behandlungen und Medikamenten, wie überall in der ruandischen Gesellschaft, eine Zweiklassengesellschaft gab. Er fühlte sich zum Fürsprecher berufen. Die jederzeit präsenten, erniedrigenden Erfahrungen, die Stigmatisierung, Herabsetzung und Zurückweisung von Menschen allein aufgrund ihrer angeborenen Eigenschaften, haben Jean Elie geprägt. „Obwohl Ruanda keine Strafgesetze in Bezug auf sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität kennt und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit rechtlich geschützt sind, erfahren LSBTI und LSBTI-Organisationen in Ruanda immer noch Diskriminierung“, so Jean Elie. „Es fehlt uns an Schutz und Respekt für unsere Grundrechte.“

Jean Elie hatte die Möglichkeit zu einer guten Ausbildung, erwarb einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften und kann Diplome in Menschenrechtsbildung, Projektmanagement und Theologie vorweisen. Er beschäftigt sich nach wie vor intensiv mit der Bibel, diskutiert mit Kolleg*innen darüber und über Gott und die Welt – und sie treiben gemeinsam Sport. „Wir haben einen Bischof, unser Verbündeter“, sagt Jean Elie, „ein Mal im Monat kommt er zu uns, zu den Mitgliedern meiner Organisation, und wir sprechen mit ihm über die Heilige Schrift.“ Besonders liegt Jean Elie der Einsatz „für seine Leute“ am Herzen. Damit meint er die Interessenvertretung der ruandischen LSBTI-Community, besonders die Mitglieder von Other Sheep Rwanda.

Bereits 1994, nach dem Genozid in Ruanda, wusste Jean Elie, dass er aktiv werden musste, um für mehr Toleranz im Land zu sorgen, vor allem für mehr Akzeptanz von LSBTI. „Vor 1994 gab es Ungleichheit und Diskriminierung zwischen den Bevölkerungsgruppen, auch wegen der schlechten Regierungsführung, die ein Grund für den Völkermord war. Wegen dieser Erfahrungen und wegen der Stigmatisierung von LSBTI wurde ich zum Aktivist“, so Jean Elie. Er übernahm Verantwortung, war Mitbegründer von Other Sheep Rwanda und leistet seither Überzeugungsarbeit, sensibilisiert Meinungsführer*innen in Zivilgesellschaft, Kirchen, Politik, Diplomatie und Wirtschaft.

Seit jener Zeit ist Other Sheep Rwanda Jean Elies neue Familie. Er lebt zusammen mit den anderen Mitgliedern der Organisation, sie kümmern sich um das Gemeinwohl, innerhalb und außerhalb der Organisation, vor allem um LSBTI und andere vulnerable Gruppen, sie beten zusammen und sorgen für den Unterhalt, um das Überleben der Gemeinschaft zu sichern. „Wenn ich mit den Freund*innen und Kolleg*innen von Other Sheep Rwanda zusammen bin, dann fühle ich mich Zuhause“, so Jean Elie.

Zu seinen schönsten Erlebnissen als Aktivist gehören Zusammenhalt, Solidarität und die Teamarbeit, etwa bei der Vorbereitung und Durchführung der jährlichen IDAHOT-Veranstaltungen am 17. Mai oder der sogenannten „Together Forward Konferenzen“, die jährlich durch einen gemeinsamen Kraftakt ruandischer LSBTI-Gruppen organisiert werden.

„Wir laden Aktivist*innen, Verbündete aus den Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, Eltern von LSBTI, Diplomaten*innen oder Vertreter*innen lokaler Behörden ein und diskutieren über ein Konferenzthema. Bis jetzt haben wir drei dieser ‚Together Forward Konferenzen‘ organisiert“, berichtet Jean Elie.

2008 wurde Other Sheep Rwanda gegründet. Der Organisation geht es darum, die Menschenrechte für alle und insbesondere für LSBTI in Ruanda zu stärken. Sie tritt dafür ein, dass religiöse LSBTI-Communities ihren Glauben ausüben und ein Leben ohne Stigma und Gewalt leben können. Zudem will Other Sheep Rwanda die Menschenrechte für alle und insbesondere von LSBTI in Ruanda und im Osten der Demokratischen Republik Kongo stärken. „Other Sheep Rwanda ist keine Kirche, sondern eine LSBTI-Organisation für religiöse und nicht-religiöse Menschen, die die Menschenrechte und das Wohlbefinden von LSBTI befördert. Ich bin christlicher Laie und Aktivist“, sagt Jean Elie.

Die Organisation zählt 33 aktive Mitglieder, Jean Elie ist der Geschäftsführer. Ihre Vision ist es, dass LSBTI-Gemeinschaften ein friedliches Leben führen können, frei von Ausgrenzung und Anfeindungen. Jean Elie kümmert sich um das Team, sucht nach Lösungen für die Probleme des Alltags. Er schreibt Projektanträge und akquiriert Spenden, damit ihr Zusammenleben als LSBTI-Gemeinschaft abgesichert ist. Sie brauchen Unterstützung im Alltag, Lebensmittel, Medikamente, Masken, Hygieneartikel zur Eindämmung der Coronapandemie, aber auch für ihr ganz besonderes Vorhaben: „Wir wollen ein kleines Projekt ins Leben rufen, das es uns qualifizierten LSBTI ermöglicht, auf eigenen Füßen zu stehen und uns selbst mit dem Wichtigsten zu versorgen. Vielleicht eine kleine Schweine- oder Hühnerzucht, ein Schneidereiprojekt, ein Bäckereiprojekt oder ähnliches, aber für solche Projekte fehlen uns die finanziellen Mittel“, sagt Jean Elie. COVID-19 stelle das arme Ruanda und seine Menschen vor enorme Herausforderungen. Die Pandemie habe die LSBTI-Community stark getroffen, denn Ausgrenzung und Isolation bedeuten doppeltes Leid.

International vernetzen

Other Sheep Rwanda arbeitet eng mit anderen Menschenrechtsorganisationen und mit einigen ihnen wohlgesonnenen religiösen Führern zusammen. Auch in internationalen Netzwerken engagiert sich die Organisation, etwa im Global Interfaith Network, bei UHAL EASHRI, in den Metropolitan Community Churches MCC; sie kooperiert mit europäischen Organisationen wie LSVD und Hirschfeld-Eddy-Stiftung, RFSL (Schweden), Hivos (Niederlande) und einigen Botschaften in Kigali. Diese internationale Zusammenarbeit stellt auch die Unterstützung für einige Projekte sicher. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung unterstützte Other Sheep Rwanda 2021 mit Mitteln aus dem Nothilfefonds COVID-19 Afrika.

Im Herbst 2013 nahm Jean Elie an einer von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung organisierten Besuchsreise von LSBTI-Aktivist*innen aus Afrika zum Thema Homosexualität und Religion teil. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes konnten wir damals zwölf Kolleg*innen aus Subsahara für ein intensives Wochenprogramm mit Workshops und Gesprächsterminen nach Berlin einladen. Jean Elie berichtete anlässlich des Besuchs von der Notlage geflüchteter LSBTI aus Uganda, die in Ruanda Zuflucht vor der Repression in ihrer Heimat gefunden hatten.

Bei der Konferenz „Pride & Prejudice. Homosexualität und Religion in Subsahara-Afrika“¹, die wir damals im Auswärtigen Amt durchführten, hatte er Gelegenheit, umfassend über

die Situation von LSBTI in Ruanda und über seine Arbeit zu sprechen. Er berichtete von gesellschaftlicher Ausgrenzung und der enormen Tabuisierung von Sexualität, von der tief verwurzelten, religiös motivierten LSBTI-Feindlichkeit in seiner Heimat.

Sein Traum für die Zukunft: Ein Ruanda ohne Diskriminierung, eine Welt, in der alle Menschen gleichbehandelt werden. Jean Elie ist ein überzeugender Anwalt für die Belange unserer ruandischen Freund*innen.

VON KLAUS JETZ

¹ <https://blog.lsvd.de/pride-prejudice/>



Dragana Todorovic

SERBIEN

„Ich kämpfe für die Freiheit meiner Community, für die uneingeschränkte Gleichberechtigung, ohne Kompromisse ...“

Dragana Todorovic (41) ist eine lesbische und feministische Aktivistin aus Serbien. Seit über 20 Jahren engagiert sie sich für Menschenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter. Als Gründerin und Geschäftsführerin der LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey (ERA) setzt sie sich für die Gleichstellung und die Rechte der LSBTIQ-Community ein.

Wo immer sie ihr Leben in der Vergangenheit hingetragen hat und wo auch immer sie ihr Leben in Zukunft hintragen wird, die serbische LSBTIQ-Aktivistin Dragana Todorovic hat stets das gleiche Ziel: „Ich will alles dafür tun, diesen Planeten zu einem Ort zu machen, an dem wir in Harmonie, Respekt und Verantwortung füreinander und für unsere Umwelt leben.“ Schon im Kindergarten, erzählt Dragana, stand sie für jene ein, die Schutz brauchten.

ERA – LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey (www.lgbti-era.org) ist seit 2015 ein regionaler Zusammenschluss von 25 Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans*-, Inter*- und Queer-Organisationen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Slowenien und der Türkei. Dort seien jene Menschen, die sich als Teil der LSBTIQ-Community verstehen, starker Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt, so Todorovic. „Und das in allen Lebensbereichen, besonders jedoch in den Bereichen Sozialpolitik, Gesundheit, Arbeit, Wohnen sowie im Familienrecht“, berichtet sie. „Neue Studien zeigen außerdem, dass es bei uns in der Region LSBTIQ gibt, die infolge dieser Diskriminierung flüchten, obdachlos werden, Armut ausgesetzt sind oder gesundheitliche Probleme haben“, ergänzt die Aktivistin. Speziell von der LSBTIQ-Diskriminierung im Westbalkan und in der Türkei gefährdet seien trans* und inter* Personen.

Todorovics Entschluss zum Aktivismus

Jede zweite LSBTIQ-Person ist im Laufe ihres Lebens bereits Opfer von Diskriminierung gewesen. Das zeigt eine jüngste Studie der Weltbank in Kooperation mit ERA¹. Auch Todorovic berichtet von Diskriminierung und Hass – beispielsweise, wenn sie von der Pride Parade in Belgrad 2010 erzählt: „Nachdem die Parade in den Jahren zuvor von der Regierung verboten war, konnte sie 2010 endlich wieder stattfinden“, erinnert sich Todorovic. In ihren Erzählungen von 2010 dominieren jedoch Szenen des homophoben Widerstands: „Um uns vor Demonstrierenden zu schützen, die gegen unsere Parade waren, fand die Veranstaltung damals unter starker Polizeipräsenz statt. Damit sie uns nicht angreifen konnten, waren wir von Polizist*innen umringt. Lange war unklar, ob die Polizei überhaupt in der Lage sein würde, die Angreifenden von uns fernzuhalten. Die Situation war für mich damals sehr schrecklich und traumatisierend.“

Weil die Angreifenden den Polizeischutz überwinden konnten, sei es an diesem Tag zu Ausschreitungen und zahlreichen Verletzten gekommen. „Belgrad sah aus wie ein Kriegsschauplatz. Menschen bluteten, auf den Straßen lagen zerstörte Gegenstände, brennende Autos und Busse“, erinnert sich Todorovic. Jedoch verankerten sich nicht nur Bilder der Zerstörung in Todorovics Kopf: „Ich erinnere mich bis heute auch an den Klang der Aggression, den Klang des Hasses, der von den Menschen ausging, die uns ansahen, als wäre es ein Leichtes, uns alle zu töten.“ Unter den Angreifenden entdeckte Todorovic an diesem Tag auch ihren Bruder. „Er schaute mich an, als sei ich sein Feind“, erzählt sie. Ihren Bruder auf der Seite der Gegendemonstrant*innen zu sehen, führte Todorovic an diesem Tag vor Augen, dass Hass und Homophobie keine Grenzen kennen und dass jene Grausamkeit und Bösartigkeit von Fremden, jedoch genauso von Bekannten und, wie in ihrem Fall, von Verwandten ausgehen können.

Die Parade-Teilnehmenden, unter ihnen auch Todorovic, wurden aufgrund der Ausschreitungen in Polizeibussen aus der Stadt gefahren. Auf einem Bürgersteig sitzend entschloss sich Todorovic an jenem Abend dazu, den Rest ihres Lebens „dem Kampf für die uneingeschränkte Gleichberechtigung von LSBTIQ zu widmen. Das war also der Moment, in dem ich zur Aktivistin wurde“, sagt sie.

Auch elf Jahre nach der Pride Parade in Belgrad reden Todorovic und ihr Bruder, die im serbischen Novi Sad aufwuchsen, nicht miteinander. Gleichberechtigung und Toleranz von LSBTIQ seien auch heute im Westbalkan und der Türkei längst keine Realität. Politisch entscheidend für die Erlangung dieser Gleichberechtigung sei Todorovic zufolge auch die Aufnahme der Länder des Westbalkans und der Türkei in die Europäische Union. „Sollten diese Bemühungen von Seiten der Regierungen oder der EU jedoch nicht weiter priorisiert werden, wäre das für die LSBTIQ-Bewegung in unserer Region eine schlechte Entwicklung“, urteilt sie. Die Erfolge der Bewegung drohen verloren zu gehen, sollten die Bestrebungen zur EU-Aufnahme abflauen oder erfolglos sein.²

¹ <https://www.lgbti-era.org/news/life-margins-survey-results-experiences-lgbti-people-southeastern-europe>

² Siehe auch <https://www.lsvd.de/de/ct/1070-Dragana-Todorovic-aus-Belgrad-beim-LSVD-Verbandstag>

Reformprozesse und damit auch die Demokratisierung im Westbalkan und in der Türkei seien darüber hinaus auch bedroht, wenn sich der Einfluss von Russland oder China auf die Region verstärke. „Menschenrechte im Allgemeinen, aber insbesondere die Rechte von LSBTIQ würden darunter leiden“, prognostiziert Todorovic.

Auch die zurzeit erstarkende Anti-Gender-Bewegung in den Ländern des Westbalkans sowie in der Türkei gefährdeten die Entwicklung hin zur Gleichberechtigung von LGBTI-Personen, so Todorovic. „Sie sind professionell organisiert und finanziell gut aufgestellt. Eins ihrer Ziele ist es, die Rechte von Frauen, LSBTIQ und die Gesellschaft als Ganzes zu schwächen“, sagt Todorovic, die sich stark von den ideologischen Prinzipien des Sozialismus des ehemaligen Jugoslawiens beeinflusst sieht. Durch das von der Gruppe gewählte Narrativ solle ein hierarchisches Denken etabliert werden, im Rahmen dessen eine gesellschaftliche Gruppe als überlegen gilt. Die Gruppe attackiere deshalb Gender-Konzepte sowie die Rechte von LSBTIQ. Damit versuche die Bewegung eine Weltanschauung voranzutreiben, in der weiße, reiche, heterosexuelle Cis-Männer dominieren. Trotz unterschiedlicher ideologischer Hintergründe der von Todorovic als Anti-Gender-Bewegung zusammengefassten Teilgruppe verbinde ihre Mitglieder die Angst um Natur, Nation und Normalität. „In der Vergangenheit haben sie ihre Botschaften mithilfe religiöser Narrative verbreitet. Die heutige Anti-Gender-Bewegung hingegen bedient sich säkularer Sprache“, sagt Todorovic.

Der Westbalkan und die Türkei brauchen weiterhin internationale Unterstützung

Damit sich die Weltanschauungen der Anti-Gender-Bewegung nicht weiter im Westbalkan und in der Türkei verbreiten, hingegen die LSBTIQ-Gleichstellung von einem Traum zur Realität werde, müssten die Regierungen der Länder weiterhin den Schutz von Menschenrechten als Priorität auf ihre politische Agenda setzen. „Es muss aber auch von internationaler Seite Druck ausgeübt werden“, fordert Todorovic. Erfahre die LSBTIQ-Bewegung in ihrer Region nationalen und internationalen Rückhalt, sei diese in der Lage an gesellschaftlichen Debatten um Demokratie, Menschenrechte, Inklusion sowie um rechtliche Ausgestaltungen teilzuhaben und politische Entscheidungsprozesse auf diesem Weg zu beeinflussen.

Problematisch sei jedoch, dass die finanzielle Unterstützung von LSBTIQ-Organisationen, wie beispielsweise die von Todorovic gegründete ERA, rapide zurückgingen. Geldgeber*innen ziehen sich Todorovic zufolge zurück, um Organisationen in anderen Teilen der Welt zu unterstützen. „Sie nehmen fälschlicherweise an, dass im Westbalkan und der Türkei aufgrund der Bestrebungen zur Aufnahme in die EU signifikante Fortschritte hin zur LSBTIQ-Gleichberechtigung gemacht werden. Auf dieser Grundlage passen sie ihre Priorisierung der finanziellen Unterstützungsmittel zu unserem Nachteil an“, sagt Todorovic. „Ein Fortschritt ist aber nur auf dem Papier zu sehen, während LSBTIQ in der Realität weiterhin in nahezu jedem Lebensbereich, öffentlich und privat, um ihre Rechte und um Gleichberechtigung kämpfen müssen. Regionale Behörden kommen besonders

vor den Augen der internationalen Gemeinschaft mit Pinkwashing davon. Das führt dazu, dass die LSBTIQ-Bewegung im Westbalkan und in der Türkei momentan vergleichsweise schlecht aufgestellt ist.“ Unterstützung von internationalen Geldgeber*innen werde deshalb so dringend gebraucht wie nie zuvor.

Wünsche

Blickt Dragana Todorovic in die Zukunft, wünscht sie sich vor allem ausreichend Stärke und Ausdauer für ihren Kampf für die Gleichberechtigung von LSBTIQ im Westbalkan und der Türkei. „Ich möchte weiterhin, egal wohin mich das Leben führt, für die Freiheit meiner Community, für die uneingeschränkte Gleichberechtigung, ohne Kompromisse und unabhängig von der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen kämpfen – im Westbalkan, in der Türkei und auch darüber hinaus.“

VON INGA JAHN



Ali Bousselmi

TUNESIEN

„Die Rechte von LGBTQI+ verteidigen, damit sie offen in einer Gesellschaft leben können, die ihre Würde respektiert und anerkennt.“

Ali Bousselmi (33) ist ein Menschenrechtsaktivist aus Tunesien. Er ist Mitbegründer und Geschäftsführer der Organisation Mawjoudin, die sich für die Gleichstellung von LGBTQI+ und anderen marginalisierten Gruppen und Personen einsetzt.

Ali Bousselmi wusste immer schon, dass er irgendwie anders war als die anderen. Doch von klein auf erfüllte ihn eine tiefe Zuversicht, dass er damit schon klarkommen und seinen Weg finden werde. Mit 13 Jahren, als er auf die Mittelschule ging, intensivierte sich das Gefühl der Andersartigkeit, auch wenn er es immer noch nicht richtig greifen konnte. „Es fiel mir schwer, eine Kategorie dafür zu finden, wer ich war, denn wir hatten keinen Zugang zu Informationen über Sexualität und redeten auch nicht darüber. Das war ein Tabu“, erzählt er. Erst mit 19 Jahren hatte er genug Klarheit gewonnen, um sich als schwul zu definieren. Doch tief in sich drin, fühlte er sich nicht ganz wohl mit diesem Etikett. „Ein paar Jahre später kam dann der Begriff ‚queer‘ auf, und ich wusste, dass dieses Wort es für mich am besten traf“, erklärt er.

1988 in der Altstadt von Tunis in eine fünfköpfige Familie hineingeboren, wuchs Bousselmi in einer weitgehend homophoben Gesellschaft auf. Die Medina von Tunis ist ein Arbeiterviertel, und als ein von der gesellschaftlichen Norm abweichender Jugendlicher war es nicht leicht, dort seinen Platz zu verteidigen. Dass er dies dennoch schaffte, verdankt er dem Rückhalt seiner Familie, die ihn akzeptierte, wie er war. Seine Eltern sind sehr offen und tolerant und er konnte immer auf sie zählen. Im strengen Sinne hatte Bousselmi im familiären Kontext also kein Coming-out. „Ich fühlte keinerlei Notwendigkeit dafür“, sagt er, „aber ich habe auch nicht verleugnet oder versteckt, wer ich war. Im Gegenteil, ich habe es in großen Lettern an die Wand geschrieben!“ Zudem gab er offen zu, Atheist zu sein – ein mutiger Akt in einem Land, in dem die Mehrheit der Menschen bekennende Muslime sind.

Bis sich Bousselmi in der Gesellschaft offen als queer zu erkennen gab, musste er jedoch einen langen Weg der Selbsterkenntnis gehen. Zunächst war es eher Neugier, die ihn als Jugendlicher antrieb: Ob es noch mehr Menschen wie ihn gäbe, wer sie waren, wie er sie finden und ein erster Kontakt aussehen könnte. Dann machte er seine ersten Erfahrungen. Dabei war er recht unbedarft und knüpfte auch Beziehungen zu Männern, die älter waren als er, wie er einräumt. Er hatte dabei jedoch immer Glück, es gab keine Probleme, niemand nutzte ihn oder sein Vertrauen aus. In einer Zeit, in der der Zugang zum Internet und das Wissen darüber in Tunesien noch sehr beschränkt waren, fand er dennoch über dieses Medium wichtige Orientierung und Erkenntnisse über sich selbst im Austausch mit einem schwulen Mann und einer bisexuellen Frau. Daraus entstanden tiefe Freundschaften, die noch über viele Jahre bestanden.

Sowohl in seinem Viertel als auch an der Universität machte er aber durchaus auch negative Erfahrungen, als er sich als queer zu erkennen gab, und verlor auch einige Freund*innen, denen er jedoch nicht nachtrauert. Sein starkes Selbstbewusstsein half ihm dabei, sich zu behaupten. „Heute traut sich niemand mehr, mir gegenüber homophobe Äußerungen zu machen. Es ist nicht leicht, bis dahin zu kommen, es ist ein täglicher Kampf“, erzählt Bousselmi. „Aber wenn sie merken, dass ich mich selbst vollständig akzeptiere und mir ihre Meinung egal ist, wissen sie nicht mehr, was sie sagen sollen und wechseln das Thema. Dennoch bestehe ich darauf, zu debattieren. Ich habe mir immer gesagt, vielleicht schaffe ich es so, eine Veränderung herbeizuführen.“

Bousselmis Wahl des Studienfachs passt zu seinem Wunsch, die Verhältnisse zu ändern: Nachdem er die Schule erfolgreich abgeschlossen hatte, entschied er sich dafür, an der Universität von Tunis Jura zu studieren. Dabei legte er seinen Schwerpunkt auf öffentliches Recht und schuf damit das Fundament für seine spätere Arbeit. Wie sein Vater interessiert er sich außerdem für Kunst. Sein besonderes Steckenpferd ist die Fotografie – seit seiner Jugend hat er an verschiedenen Fotokursen teilgenommen.

Sein Weg zum Aktivist

Als Student verbrachte er einen großen Teil seiner Freizeit damit, sich bei Amnesty International zu engagieren. Zunächst – noch vor der tunesischen Revolution – war es wiederum sein Vater, der ihn auf die Organisation aufmerksam machte. 2005 besuchte er Amnesty Tunis ein erstes Mal, 2008 ein zweites. Allerdings vermisste er dort gleichaltrige Menschen, sodass er sich zunächst keine Mitarbeit vorstellen konnte. Das änderte sich mit der Revolution. Kurze Zeit danach, im Jahre 2011, stattete er Amnesty einen weiteren Besuch ab. Diesmal traf er dort viele junge Menschen voller Elan, mit denen er aktiv werden wollte. Er gründete die „Gruppe Medina“ (Altstadtgruppe) und war Mitglied beim Frauen-, Jugend- und Kinderkomitee sowie im Filmclub; zudem war er für die Kommunikation via Social Media und für das Veranstaltungsmanagement zuständig. „Amnesty war eine gute Schule für mich, ich sammelte dort einiges an Erfahrungen und Wissen über Menschenrechte; doch es war der Wunsch, Veränderung anzustoßen und voranzubringen, der mich dazu brachte, ein Aktivist zu sein“, erklärt Bousselmi.

So blieb Amnesty International nur eine Zwischenstation. 2012 gründete er mit Freund*innen ein Kollektiv mit dem Namen „Article 13“, das sich für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung in Tunesien einsetzt.¹ 2013 begannen Busselmi und sein Partner Abir Boukomine darüber nachzudenken, eine eigene Organisation zu gründen, die sich für die Rechte von LGBTQI+ einsetzen sollte, denn außer dem Tunesischen Verein Demokratischer Frauen (ATFD) engagierte sich damals keine der inländischen Menschenrechtsorganisationen speziell in diesem Bereich. Busselmi und seine Mitstreiter*innen wollten innerhalb der tunesischen Zivilgesellschaft einen sicheren Raum für Menschen der LGBTQI+-Community schaffen – etwas, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierte. In dieser Zeit nahm Busselmi auch an dem „Mantiqitna Camp“ in der Türkei teil, einem Camp für LGBTQI+-Aktivist*innen der ganzen MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika). Es war das erste Mal, dass er in Austausch mit queeren Menschen und Aktivist*innen aus der ganzen Region treten und ihre Arbeit kennenlernen konnte. Diese Erfahrung benennt er als sehr inspirierend für all das, was er später aufbaute.

2014 eröffneten Busselmi und Boukomine den Facebook Account Mawjoudin („wir existieren“) und gründeten die Mawjoudin Initiative für Gleichheit. Diese Anfangszeit bezeichnet Busselmi rückblickend als die schönste Erfahrung seines Lebens: „Es war wundervoll zu spüren, dass mein Traum Realität wurde“, sagt er. Die Arbeit für die Organisation bestimmt nach wie vor einen großen Teil seiner Lebenszeit, er liebt sie und sie gibt ihm tiefe Erfüllung. Seit 2018 ist er Mitglied im Vorstand der Organisation. Die wenige verbleibende Zeit verbringt er mit Familie und Freund*innen.

Mawjoudin (www.mawjoudin.org) ist in Tunesien offiziell als gemeinnützige Nichtregierungsorganisation registriert. Sie kämpft für Gleichstellung, Menschenrechte, körperliche Unversehrtheit sowie sexuelle Selbstbestimmung von LGBTQI+ und anderen marginalisierten Gruppen und Einzelpersonen. Die Arbeit der Organisation ist vielfältig: Ihre Mitglieder treten für Angehörige des Kollektivs ein, schaffen sichere Räume für die Community und betreiben Empowerment sowie Advocacy-Arbeit. Zudem dokumentieren sie ihre Realität und sensibilisieren die Zivilgesellschaft für Themen der sexuellen Vielfalt und Gleichberechtigung.

In ihrer Arbeit verfolgen sie einen dezentralen, inklusiven Ansatz, das heißt sie schließen explizit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Alters und sexueller Orientierung aus entlegenen Regionen des Landes und den Städten mit ein. Dahinter steht auch der Gedanke, Brücken zwischen den einzelnen LGBTQI+-Gruppen und -Communities quer durch das Land zu schlagen und gemeinsam für mehr Rechte einzutreten. Nicht nur regional, sondern auch international ist die Organisation gut vernetzt und eingebunden. „Unser Hauptziel ist es, Diversität und Gleichbehandlung zu fördern, um damit Unterdrückung zu bekämpfen“, erläutert Busselmi. „Wir sind da, um die Rechte von LGBTQI+ zu verteidigen, mit dem Ziel, dass sie offen in einer Gesellschaft leben können, die ihre Würde respektiert und anerkennt.“ Ein weiteres Schwerpunktthema der Organisation ist Migration und Asyl.

Die Überzeugungsarbeit gegenüber dem derzeitigen Parlament, die LGBTQI+ diskriminierenden Gesetze zu ändern, blieb bislang erfolglos.

Die Arbeit von Mawjoudin in Tunesien ist bitter notwendig. Homosexualität kann dort mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Inhaftierung steht auch auf der „Störung öffentlicher Moralvorstellungen“. Diesem Vorwurf sind besonders trans* Personen ausgesetzt. Um zu ermitteln, ob eine Person tatsächlich schwul ist, kann sie sogar einem Anal-Test unterzogen werden – ein Verstoß gegen die UN-Antifolterkonvention, die auch Tunesien unterzeichnet hat. „LGBTQI+ erfahren [in Tunesien] verschiedene Formen der Gewalt – psychische, körperliche und andere – sowohl im familiären Umfeld, in der Schule, im Krankenhaus, im öffentlichen und privaten Raum“, berichtet Busselmi.

Erfolge und Wünsche

Einen Fortschritt sieht Busselmi in der Entscheidung des tunesischen Ex-Präsidenten Beji Caid Essebsi, 2017 eine Kommission für Freiheitsrechte und Gleichheit (Commission des libertés individuelles et de l'égalité – COLIBE) geschaffen zu haben. Diese Kommission verfasste den sogenannten COLIBE-Report, der empfahl, alle Gesetzesartikel, die eine Kriminalisierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität beinhalten, abzuschaffen. Zu einer Umsetzung dieser Empfehlung kam es allerdings bis heute nicht.

Generell ist es eine Herausforderung, eine LGBTQI+-Organisation in einer so homophoben Gesellschaft wie der Tunesiens zu sein, insbesondere seitdem Mawjoudin so sichtbare Aktivitäten durchführt, wie das Mawjoudin Queer Film Festival.² Gleichzeitig sind aber auch Erfolge zu verbuchen. Aktivitäten wie das Filmfestival helfen, Homosexualität zu enttabuisieren und stärker in den Medien zu lancieren. Auch seitens anderer Gruppen, Institutionen und Regierungen wird Mawjoudin inzwischen stärker wahrgenommen und zu strategischen Meetings eingeladen. Außerhalb der Hauptstadt, wo die Menschen konservativer sind, haben es LGBTQI+ aber immer noch sehr schwer.

Weitere Erfolge sind die Förderung und Produktion queerer Kunst, die bis dahin in der MENA-Region nicht existierte, obwohl es durchaus queere Künstler*innen gab. Als kunstinteressierter Mensch sieht Busselmi darin eine besondere Chance: „Ich rufe dazu auf, für die queere Kunst mehr Fördermittel zur Verfügung zu stellen, denn mittels der Kunst zeigen wir, wer wir sind und mithilfe der Kunst überwinden wir Grenzen“, sagt er. Überhaupt brauche es noch mehr Fördermittel für ihre Arbeit, etwa um queeren Personen, die aufgrund ihrer Identität ihr Zuhause verlassen müssen und auf der Straße landen, eine Zufluchtsstätte bieten zu können. In Bezug auf Fördermittel spricht sich Busselmi für den Abbau von Bürokratie, die enorm viel Zeit und Kraft koste, und für maximale Transparenz aus. Bereits heute lehnt Mawjoudin problematische und opake Geldgeber*innen ab. Zu ihren ersten Förder*innen, die sie bis heute unterstützen, zählen LGBT Denmark, Lesben- und Schwulverband in Deutschland (LSVD), der Sigrid Rausing Trust (London), Access Now,

¹ Der Name nimmt Bezug auf den Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

² Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung unterstützt mit Mitteln des Auswärtigen Amtes die Realisierung des Filmfestivals, siehe: <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/die-stiftung/stiftungsarbeit/laender-und-regionen/nordafrika-und-arabischer-raum-mena-region>

Hivos, NDI (National Democratic Institute, USA), IWPR (Institute for War and Peace Reporting) und OXFAM. Diese respektieren die Vorlage von Mawjoudin, sich nicht in die Inhalte der Projekte einzumischen, die sie finanzieren. Umgekehrt hat die Organisation die Vorgabe, sich an Deadlines zu halten und immer wieder Berichte über den Stand der Projekte zu verfassen.

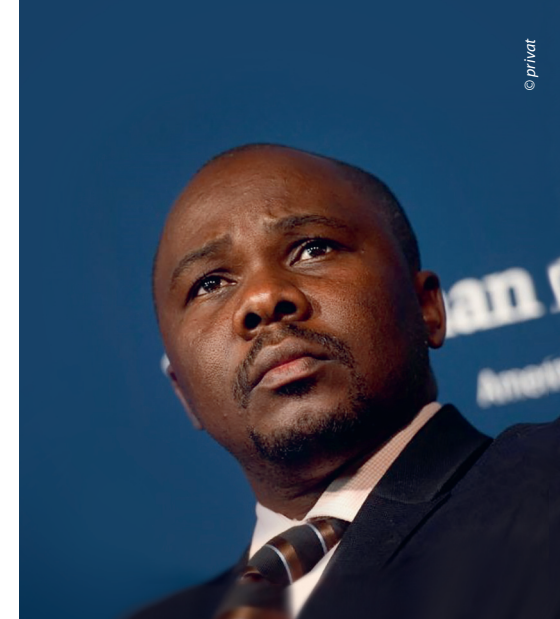
Bousselmis größter Wunsch ist, dass sich die Dinge zum Besseren wenden mögen, dass jeder Mensch so leben kann, wie und wo er will. Zudem träumt er von einer Welt ohne Grenzen und ohne Privilegien. „Ich hoffe, ich werde fähig sein, alle innovativen Projekte zu verwirklichen, die ich mir auch für Menschen ausgedacht habe, die ihr Land verlassen mussten. Und ganz besonders wünsche ich mir, von vielen positiv denkenden, tatkräftigen und überzeugten Menschen umgeben zu sein, die das Leben lieben. Nur mit ihnen kann es [ein Wandel] gelingen“, versichert er.

VON INGRID WENZL

Julius Kaggwa

UGANDA

„Inter* Körper werden missbraucht, untersucht, getestet und ‚korrigiert‘“



Julius Kaggwa (51) ist ein inter*- und trans*-Aktivist in Uganda. Er leitet die Organisation Support Initiative for People with atypical Sex Development (SIPD Uganda), die sich vor allem für Menschenrechte, sexuelle Gesundheit und soziale Unterstützung von intergeschlechtlichen Menschen einsetzt. Er wurde in Kibuye, Kampala/Uganda geboren, ist praktizierender Christ, verheiratet und zieht zusammen mit seiner Frau vier Kinder auf.

Julius Kaggwas Aktivismus begann mit einem Medienbeitrag im Jahr 2002: „Ich hörte in den ugandischen Nachrichten von einem intergeschlechtlichen Jungen, der verfolgt und in der ugandischen evangelikalen Presse vorgeführt wurde. Ich war besorgt und beschloss ihm zu helfen“, erzählt Julius. Er selbst stellte sich seinen Ängsten und erzählte seine Geschichte zum ersten Mal persönlich vor einem Live-Publikum im nationalen Fernsehen – für diesen Jungen und andere wie ihn. „Als ich fertig war, stand der ganze Saal auf und jubelte“, freut sich Julius Kaggwa. Die Haltung des Fernsehmoderators habe ihn damals auf den Gedanken gebracht, dass er etwas tun kann, um die Einstellung der Gesellschaft zu nicht-normativen Körpern und Geschlechtsidentitäten zu ändern, dass er dazu beitragen kann, ein Umfeld zu schaffen, das Menschen wie ihn besser akzeptiere.

„Ich definiere mich selbst als einen intergeschlechtlichen Mann, der eine trans* Erfahrung gemacht hat“, sagt Julius. „In unserer Kultur wird das inter* Sein als Fluch betrachtet – als etwas, das man loswerden muss. Manche Familien isolieren das Kind Zuhause, oft werden die Babys sogar getötet. Manchmal werden sie genital verstümmelt, um sie zu ‚normalisieren‘.“ Er berichtet davon, seit seiner Kindheit traumatischen traditionellen „Normalisierungs“-Behandlungen ausgesetzt worden zu sein. Seine Eltern seien verwirrt über seinen Zustand gewesen, aber sie hielten ihn geheim, um Gefahren abzuwenden. Bis zu ihrem Tod in den frühen 1990er-Jahren seien sie sehr beschützend und unterstützend gewesen. Sein Coming-out sei ein „sehr beängstigender, traumatischer und Aufsehen erregender Albtraum“ gewesen: „Ich habe mich zwei engen Freunden in der Kirche gegen-

über geoutet, die zu meiner Gebetsgruppe gehörten. Diese Freunde aus der Kirche gaben mein Coming-out 1996 an die Medien weiter. Der Versuch, mich danach wieder in das gesellschaftliche Leben der Kirche zu integrieren, war unmöglich, weil ich rachsüchtigen Bedingungen und Einschränkungen ausgesetzt war.“ Julius berichtet von unterschiedlichen Reaktionen seiner Freund*innen aus Schule und Kirche. „Einige hatten Verständnis, aber die meisten waren sehr verschlossen, voreingenommen und bigot.“

Ausschluss von inter* Menschen in Uganda

Heute arbeitet Julius als Geschäftsführer der 2007 gegründeten Organisation Support Initiative for People with atypical Sex Development (SIPD Uganda), die sich für einen nachhaltigen Wandel für intergeschlechtliche und gender non-conforming¹ Menschen einsetzt. „Wenn man als intergeschlechtliche Person in Uganda aufwächst, wird einem beigebracht, dass der eigene Körper nicht mehr dein Eigentum ist. Er wird missbraucht, untersucht, getestet und gegen deinen Willen ‚korrigiert‘“, beklagt Julius den Umgang mit inter* Menschen. In Uganda ist für intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren eine geschlechtsverändernde Operation legal, wenn ein Arzt/eine Ärztin sie gründlich untersucht und bestätigt, dass die Person eine solche Operation benötigt, weil das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht laut zytogenetischen Tests und psychologischer Beurteilung nicht ihr dominantes Geschlecht ist. Eine intergeschlechtliche Person darf nach dem 21. Lebensjahr keinen solchen medizinischen Eingriff mehr vornehmen lassen. Es fehle aber ohnehin qualifiziertes medizinisches Fachpersonal dafür, weiß Julius und kritisiert: „Das Gesetz ist in Bezug auf die Anerkennung und Zuerkennung von Rechten äußerst binär. Daher sind intergeschlechtliche Menschen von allen Formen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Programme ausgeschlossen, und fast jede Aktion, die ein intergeschlechtlicher Mensch im Hinblick auf die Gestaltung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unternimmt, kann nach dem Ermessen einer Regierung oder eines Akteurs der Gesellschaft als illegal bezeichnet werden.“ Die Organisation SIPD stellt dem die Vision einer Welt entgegen, in der die Wertschätzung des Menschen über die gegenwärtige Geschlechterdichotomie und die damit verbundene Unterdrückung und Gewalt hinausgeht.

Das Hauptaugenmerk seiner Arbeit beim SIPD liegt auf Bewusstseinsbildung, der öffentlichen Aufklärung und der Befähigung und der Mobilisierung von Verbündeten und Partner*innen, um einen nachhaltigen sozialen Wandel zu bewirken. „Wir arbeiten größtenteils über strategische lokale Partnerschaften und setzen sowohl auf die Aufklärung der Bevölkerung als auch auf die Entwicklung der Fähigkeiten von Verbündeten, um das Bewusstsein für die besonderen Rechte und Gesundheitsprobleme intergeschlechtlicher Kinder zu schärfen“, erzählt Julius. So engagiert sich SIPD gemeinsam mit der ugandischen Menschenrechtskommission für die Verbesserung der Situation intergeschlechtlicher Menschen – und gemeinsam mit dem parlamentarischen Menschenrechtsausschuss gelang es, intergeschlechtliche Menschen in das „Gesetz zur Registrierung von Personen“ von

2015 (Registration of Persons Act) aufzunehmen. Ein weiterer Schwerpunkt sei die objektive Information junger Menschen und die Entmystifizierung einiger Mythen, die sich um Intergeschlechtlichkeit rankten. Rund um Andersartigkeit herrscht in der ostafrikanischen Region heftiger Aberglaube, sodass inter* Kinder häufig als Folge von Zauberei oder Hexerei gesehen werden und erheblicher Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt sind – bis hin zu Kindstötungen, Vertreibung, Ausschluss aus dem Gemeinschafts- und Familienleben und Verweigerung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und Bildung.² Ein dritter Schwerpunkt der Arbeit von SIPD bestehe im Aufbau und der Stärkung von Kapazitäten mittels regionaler Gespräche mit Aktivist*innen und Verbündeten, die den Stimmen von inter* Menschen auf lokaler Ebene mehr Gehör verschaffen sollen.

Engagement über Grenzen hinweg

„Unsere Hauptthemen sind die Nichtdiskriminierung, die Tötung intergeschlechtlicher Kinder, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Verletzung aller grundlegenden Menschenrechte“, berichtet Julius. Dabei gehe es insbesondere um das Recht auf Leben, die Freiheit der Meinungsäußerung und der Identität, die Freiheit von Folter, die Vereinigungsfreiheit, den Zugang zu grundlegender medizinischer Versorgung und zu Informationen und Pflege im Bereich der reproduktiven Gesundheit sowie das Recht auf Rechtsbeihilfe. SIPD engagiert sich auch über die ugandischen Grenzen hinweg, beispielsweise bei der „Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker“ (African Commission on Human and Peoples’ Rights) für die Rechte von inter* Menschen. „Wir arbeiten eng mit zahlreichen Organisationen zusammen, wie dem Human Rights Awareness and Promotion Forum (HRAPF), Reproductive Health Uganda (RHU), World Vision Uganda, Center for Domestic Violence Prevention (CEDOVIP), MEMPHROW (Mentoring and Empowerment Programme for Young Women), Straight Talk Foundation (STF), sowie mit verschiedenen Krankenhäusern und privaten Ärzten in Kenia, um den Zugang zu einer auf Rechten basierenden Gesundheitsversorgung für inter* Menschen in Uganda zu verbessern“, berichtet Julius. Die Themen, an denen sie arbeiten, überschneiden sich eng mit denjenigen fast aller ihrer Verbündeten – insbesondere der Aktivist*innen für Kinder-, Frauen-, LGBT-, HIV- und Behindertenrechte.

Sein täglicher Einsatz für die Rechte von inter* Menschen, macht ihn allerdings auch zu einer Zielscheibe für Angriffe: „Was ich überhaupt nicht mag, ist das ständige Gefühl extremer Angst und das Zittern jedes Mal, wenn ich mich in der Öffentlichkeit aufhalte, wo ich leider den Großteil meiner Arbeit leisten muss“, sagt Julius und berichtet von einem Überfall: „Mein traumatischstes Erlebnis war, als ich körperlich angegriffen wurde, um meine Identität zu ‚korrigieren‘, und als ich davor gewarnt wurde, meine Religion in meinen Aktivismus einzubeziehen.“ Diese Erfahrungen halten ihn aber nicht davon ab, sich weiterhin zu engagieren. Lange Jahre galt sein Einsatz auch dem Kampf gegen das Anti-Homosexualitätsgesetz in Uganda. Dafür wurde er im Jahr 2010 mit dem Menschenrechtspreis

¹ Selbstbezeichnung für eine Geschlechtsidentität außerhalb der binären Norm, im Deutschen auch nicht-binär oder gendervariant.

² Siehe SIPD-Webseite: <https://sipdug.org/about-us/>

von Human Rights First geehrt. „Das hat mir den Mut gegeben, mich noch stärker für die Anerkennung und den Schutz der Rechte aller LGBTIQ-Menschen in Uganda und der Region einzusetzen.“ Für ihn war es eines der wichtigsten Ereignisse in seinem Land, dass das Anti-Homosexualitätsgesetz gekippt wurde. „Obwohl wir immer noch mit den bitteren Nachwirkungen dieses Gesetzes zu kämpfen haben, gab uns die Aufhebung durch das Gericht als Gemeinschaft eine zweite Chance, von Neuem zu kämpfen und uns zu organisieren“, berichtet der Aktivist leidenschaftlich. Er befürchtet allerdings die Wiederinkraftsetzung eines weiteren speziell LGBTIQ-feindlichen Gesetzes. „Zurzeit gibt es ein Gesetz über sexuelle Straftaten, das in Kraft getreten ist. Dies ist eine sehr schlechte Entwicklung für meine Gemeinschaft, denn wir haben bereits gesehen, dass es erneut eine Hexenjagd auf die Community ausgelöst hat, mit mehreren Verhaftungen und Folter von LGBTIQ-Personen während des Lockdowns“, sagt er und fügt betroffen hinzu: „Die Umsetzung dieses Gesetzes wird zum Tod vieler LGBTIQ-Menschen in meinem Land führen.“

Wünsche für die Zukunft

Dementsprechend wünscht sich Julius für sein Land die Entkriminalisierung verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten. Doch neben der Entkriminalisierung brauche es zudem eine Änderung der Einstellungen und der Mentalität der ugandischen Gesellschaft. „Denn selbst wenn es Gesetze gibt, wird die Verhängung von Strafen oder Belohnungen, also tatsächliche Rechtsausübung, eher von den führenden Kräften der Gesellschaft und nicht von Gerichten bestimmt.“ Ein Ende der zu Hass und Verbrechen aufstachelnden Äußerungen gegenüber der LGBTIQ-Community sei unbedingt erforderlich. Geberpartner könnten dies unterstützen, indem sie mit finanziellen Investitionen einen „nachhaltigen Kapazitätsaufbau“ sicherstellten. Ziel sei es, junge intergeschlechtliche Führungspersonlichkeiten zu schulen, Interventionen in die Zivilgesellschaft zu finanzieren, einschließlich der programmatischen Arbeit, damit die persönliche Sicherheit erhöht und der Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessert werden kann. „Ohne diese Veränderungen wird es unmöglich sein, eine starke Inter- oder LGBTIQ-Bewegung auf dem Kontinent aufzubauen und zu erhalten“, ist sich Julius sicher.

Einer seiner Wünsche für die Zukunft habe sich schon verwirklicht: Mit seiner Arbeit konnte er zur Entwicklung einer Generation von jungen Aktivist*innen beitragen, die nun in verschiedenen Ländern Afrikas eine „un glaubliche Lobbyarbeit“ leisten. „Mein anderer Wunsch ist es, die aufgestaute Angst zu verarbeiten, die sich mit den zunehmenden Bedrohungen und einem Burn-out noch verstärkt hat.“ Damit er seine Erfahrungen und sein Fachwissen weiter nutzen und auf den bisher erreichten Erfolgen aufbauen kann, sei es grundlegend, dass er am Leben und gesund bleibe. „Ich wünsche mir, dass ich Sicherheit und eine gewisse Versöhnung finde, damit ich mich um meine Familie kümmern und weiterhin ein Vorkämpfer für die LGBTIQ-Bewegung in Afrika und darüber hinaus sein kann.“

VON CAROLINE AUSSERER

Monica Tabengwa

BOTSWANA

Die Anwältin von LSBTIQ*-Rechten: „Der Kampf gegen die traditionelle Frauenrolle hat mich zur Aktivistin gemacht.“



Monica Tabengwa (51) ist eine Menschenrechtsaktivistin aus Botswana. Sie wuchs mit sieben Geschwistern bei ihrer alleinerziehenden Mutter auf, hat Rechtswissenschaften studiert und setzt sich als Anwältin und Aktivistin seit Jahrzehnten für LSBTIQ*-Rechte ein, unter anderem bei Pan Africa ILGA und Human Rights Watch.

„Wenn man in einem großen Haushalt voller Männer aufwächst, lernt man irgendwie zu verstehen, was Patriarchat bedeutet“, sagt Monica Tabengwa, die schon früh systematische Diskriminierung aufgrund des Geschlechts kennenlernte und sich dagegen stets zur Wehr setzte. „Meine Mutter sagte immer, ich sei faul und wolle nicht die Dinge tun, die von Mädchen erwartet würden, ich weigerte mich einfach und forderte, dass meine Brüder es auch tun müssten“, erzählt Monica von ihrer Kindheit mit ihren fünf Brüdern und zwei Schwestern. „Das war eigentlich bereits ein feministischer Ansatz.“

In der Schule hasste sie das Haushaltsfach, in dem gekocht und genäht wurde, stattdessen wollte sie viel lieber technisch zeichnen oder mit Holz arbeiten. „Ich war ein wenig ein Tomboy“, sagt sie heute. In den 1970er-Jahren in Botswana aufzuwachsen, bedeutete auch, dass nicht über Sexualität gesprochen wurde und es keine Vorbilder aus der LSBTIQ*-Szene gab. „Ich wusste nur, dass ich anders bin“, sagt sie nachdenklich. „Du erkennst, je bewusster du wirst, dass du nicht einfach offen sein kannst, wer du bist, denn das ist dir nicht erlaubt. Es wird eine Menge von dir erwartet. Und anders zu sein, gehört nicht dazu.“

Monica Tabengwa wuchs in einer traditionellen christlichen Familie auf, sie musste zwar nicht zur Messe, aber Gott und die christlichen Werte spielten in ihrer Familie eine wichtige Rolle. „Ein anständiges, gut erzogenes Mädchen zu sein, brachte bestimmte Pflichten mit sich. Es ist eine Kombination aus Patriarchat, Kultur und Sozialisation, die

dich zu einer Person macht, die mächtig verwirrt ist und sich in einem Schrank befindet („in the closet“).¹ Sie studierte Rechtswissenschaften und nach dem Studium, als sie einen Job gefunden hatte, zog sie von Zuhause aus. Dann begann ihr Aktivismus. „Ich war sehr aktiv bei der Organisation LEGABIBO, das sind die Lesbians, Gays and Bisexuals of Botswana“, erzählt Monica. „Ich legte den dringend erforderlichen Fokus auf LSBTIQ*-Themen und die Sichtbarkeit von LEGABIBO“. Und sie fand einen Weg, ihr Berufs- und Privatleben zu trennen.

Monicas Tabengwas Coming-out fand schrittweise statt und hing mit der Entscheidung zusammen, diese NGO zu leiten. „Denn erstens wusste ich, dass das ganze Land mich aufgrund meiner Arbeit und meiner Verbindung zu dieser Gruppe als schwul oder lesbisch oder was auch immer abstempeln würde. Und es war mir egal. Denn es war mir wichtig, dass ich diese bestimmte Gruppe von Menschen vertrete, dass ich meine Fähigkeiten als Anwältin nutze und mich für ihre Rechte einsetze.“ Heute ist ihr klar: „Ich bin eine Lesbe. Das bin ich schon seit langer Zeit. So definiere ich mich selbst und stehe uneingeschränkt dazu.“

Ihr Weg zur Aktivistin

Ihren Weg zur Aktivistin verdankt sie teilweise ihrer Familie und ihrem Kampf gegen die traditionelle Frauenrolle. „Diese ständige Überwachung des Körpers einer Frau ist etwas, das ich persönlich erlebt habe, ich habe es in meiner eigenen Familie beobachtet, und es war immer ungerecht“, sagt Tabengwa. „Das hat mich zu einer Aktivistin gemacht, das war der Anfang.“ Zu ihrem Einsatz für Frauenrechte, für HIV und insgesamt für Menschen, die Hilfe brauchen, kam das Engagement für LSBTIQ*-Rechte hinzu.

Zunächst habe es sich lediglich um eine informelle Selbsthilfegruppe gehandelt, die sich traf. „Als ich von ihnen erfuhr, beschloss ich, dass sie eine Anwältin brauchten, jemanden mit den nötigen Fähigkeiten und dem Know-how, um sie erstens als Verein zu registrieren und ihnen zweitens eine gewisse Sichtbarkeit zu verschaffen, damit sie Geld bekommen, um arbeiten zu können.“ Genauso geschah es dann auch, und daher sagen manche, sie hätte die Gruppe gegründet, was nicht ganz stimmt. Sie sagt: „Ich ermöglichte es einer Gruppe von Menschen, eine Rechtsidentität zu erhalten, um Unterstützung und Finanzierung zu bekommen.“

Im Jahr 2007 ging Monica das erste Mal vor Gericht, um die Entkriminalisierung von Homosexualität zu beantragen. „Es war eine fantastische Zeit, denn damals sprachen viele Leute darüber, dass verschiedene Länder die britischen Kolonialgesetze übernommen hatten, die sexuelle Orientierung oder gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivität kriminalisieren, und dass diese Gesetze oder die Existenz dieser Gesetze Auswirkungen hatte – im Grunde genommen verweigerten sie einer ganzen Gruppe von Menschen das Recht, sie selbst zu sein.“

Diese Bewegung ging nicht nur durch Afrika, sondern erschütterte das gesamte Commonwealth. Anwält*innen aus der ganzen Welt trafen sich, um über Möglichkeiten der Entkriminalisierung zu diskutieren. „Ich war immer eine dieser Anwält*innen, die zu den Treffen eingeladen wurden, um über Möglichkeiten zur Änderung der Gesetze nachzudenken; und eine der Möglichkeiten war, vor Gericht zu gehen, was mir irgendwie in den Schoß fiel“, sagt Monica, die auch bei der Erarbeitung der *Yogyakarta-Prinzipien +10* im Jahr 2017 mit dabei war.² Doch häufig seien die Antragsteller*innen vor Gericht eingeschüchtert worden und zogen ihre Anträge zurück.

Erste Erfolge im Kampf um mehr LSBTIQ*-Rechte

Die Situation in Botswana war derart, dass Homosexualität zwar rechtlich kriminalisiert wurde, das Gesetz aber äußerst selten bis nie angewandt wurde. Den Weg zur Entkriminalisierung hatte ein Fall von 1998 geebnet, bei dem zwei Männer wegen einvernehmlichem Sex festgenommen wurden. Diese klagten jedoch dagegen. „Anstatt die strafrechtliche Angelegenheit zu verteidigen, reichten sie eine Petition ein und erklärten, das Strafgesetzbuch verstoße gegen die Bestimmungen der Verfassung, die besagt, dass jeder Mensch in Botswana Anspruch auf die grundlegenden Menschenrechte und das Recht auf ein Leben frei von Diskriminierung habe“, erzählt Tabengwa begeistert.

„Die entscheidende Frage war also, ob die Kriminalisierung einvernehmlicher sexueller Handlungen zwischen zwei Männern in einem Land, das sich als Demokratie bezeichnet, die Menschenrechte achtet und eine ganze Reihe von Verträgen unterzeichnet hat, die die Universalität der Menschenrechte anerkennt, angemessen sei. Das war also die Herausforderung.“ Und so ging dieser Fall von der einen Instanz bis zum Berufungsgericht. Das Gericht sagte zwar, das Gesetz scheine diskriminierend zu sein, doch man müsse auch die Ansichten der Gesellschaft miteinbeziehen. Es entschied damals, dass die botswanische Gesellschaft noch nicht bereit dazu sei, die Entkriminalisierung zu akzeptieren. Dennoch war es ein erster Schritt dahin.

Das war auch die Zeit, als Tabengwa Botswana verließ. „Ich hatte das Gefühl, dass ich aus der Sache herausgewachsen war. LEGABIBO war erwachsen und brauchte mich nicht mehr.“ Zunächst arbeitete sie für Human Rights Watch in Kenia, dann für Pan Africa ILGA, schließlich für die internationale Kooperationsorganisation Hivos in Simbabwe. Aktuell arbeitet sie für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP als „Policy Specialist for LGBT in Africa“ und lebt in Südafrika.

Auch ohne in Botswana zu leben, hat sie die Entwicklung in ihrem Land stets weiterverfolgt und stand ihrer ehemaligen Organisation als Rechtsberaterin zur Seite. So auch beim Prozess zur Registrierung von LEGABIBO in 2016.³ Das Berufungsgericht des Landes

¹ „In the closet“ als Gegensatz zu „coming out of the closet“; Schrank als Symbol der Enge, des Eingesperrtseins, Erstickens in den Normen einer Gesellschaft, aber gegebenenfalls auch als Schutz vor Verfolgung, Stigmatisierung und Gewalt.

² Yogyakarta-Prinzipien +10 – Zusätzliche Prinzipien und staatliche Verpflichtungen zur Anwendung der internationalen Menschenrechte in Bezug auf sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmale in Ergänzung der Yogyakarta-Prinzipien von 2007; siehe <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/info-zentrum/yogyakarta-prinzipien/yp-10>.

³ Siehe <https://blog.lsvd.de/tag/botswana/>

bestätigte ein Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2014, das die Entscheidung des Ministers für Arbeit und Inneres, LEGABIBO nicht als Verein zu registrieren, für verfassungswidrig erklärt hatte, und bestätigte seinerseits das Recht der Organisation, sich im Land registrieren zu lassen und dort tätig zu sein.

„Das Ergebnis war erstaunlich. Ich war im Gerichtssaal, als das Urteil verlesen wurde, und es war wie ein Traum, ein wahr gewordener Traum.“ Für Monica war es so, als sei ihr „Baby“ erwachsen geworden: „Es war als hätte ich ein Kind hat und würde zusehen, wie es seinen Abschluss macht und erwachsen wird. Auch ich hatte also in meiner Lebenssituation einen Abschluss gemacht, und die Organisation wurde anerkannt. Das war fantastisch.“

LEGABIBO war auch mit einer sogenannten Amicus-Curiae-Stellungnahme am Prozess zur Dekriminalisierung von Homosexualität beteiligt. Im wegweisenden Gerichtsurteil vom Juni 2019 hat das höchste Gericht von Botswana die Strafbarkeit von gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen für verfassungswidrig erklärt. Der Paragraph 164 des Strafgesetzbuches hatte bislang in vager Formulierung Handlungen „gegen die Natur“ mit bis zu sieben Jahren Haft bestraft. Der Folgeparagraph stellte bereits den Versuch unter Strafe, mit einem Strafmaß von bis zu fünf Jahren. Diese Gesetze fanden jedoch kaum Anwendung. Das Gericht urteilte, dass das in der Verfassung garantierte Recht auf Privatleben grundlegende persönliche Entscheidungen umfasse, darunter auch die, wie und mit wem man seine Sexualität einvernehmlich ausleben wolle.

Wünsche für die Zukunft

Tabengwa ist überzeugt, dass diese Entscheidung auch weitreichende Auswirkungen auf andere Länder hat: „Es gibt all diese Gesetze in den verschiedenen Ländern, insbesondere in den Commonwealth-Ländern, es sind die gleichen Gesetze und sie basieren auf den gleichen Argumenten dagegen: Traditionen, Familienwerte, Christentum oder andere Religionen ... Es sind auch die gleichen Leute, religiöse Führer, traditionelle Fundamentalisten, und andere Leute, die einfach nur intolerant und homophob sind.“

Sie wünscht sich, dass die Gesellschaft mit dem Urteil mitginge, dafür brauche es mehr als die Anerkennung der Regierung: „Diese Art von Reform wird nicht von der ganzen Gemeinschaft mitgetragen. Man erreicht ein Urteil, aber die Menschen ändern sich nicht mit ihm.“ Strukturelle Diskriminierung in Gesundheitszentren, in Schulen, an öffentlichen Orten usw. ging weiter. Für Veränderung brauche es mehr Bildung, insbesondere sexuelle Aufklärung. Sie wünscht sich auch Veränderungen, die es religiösen und politischen Anführern ermöglicht, sich zu outen. „Ich möchte, dass sie frei leben und sie selbst sein können, oder dass sie einfach frei sind, LSBTIQ*-Themen öffentlich zu unterstützen.“

Auf die Frage, wie Geldgeber*innen diese Entwicklung unterstützen könnten, sagt Monica „Moment, ich hole meine lange Liste hervor“, und lacht. „In den südafrikanischen Ländern haben wir unsere Eigenheiten, wie wir Probleme lösen, wie wir Dinge tun, wie wir uns ausdrücken, wie wir unser ‚Coming-out‘ leben – dies zu verstehen, ist der Respekt, den Geber*innen in ihre Arbeit integrieren müssen“, betont sie.

Finanzielle Unterstützung sei meist mit einer speziellen Agenda verbunden, aber damit sie effektiv sei, müsse sie auf lokalen Lösungen basieren. „Je mehr Politiker*innen sehen, dass die Menschen vor Ort über diese Themen sprechen, desto weniger ablehnend sind sie“, erklärt die Aktivistin. „Denn lange Zeit wurde uns gesagt, dies sei eine westliche Agenda, das seien schwule Amerikaner oder Europäer, die die afrikanischen Werte zerstören wollten. Aber wir wissen, dass das nicht stimmt.“

Es gehe darum, zu verstehen, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was sie brauchen. Sie müssen gleichberechtigt eingebunden werden in die Gestaltung, das Monitoring und die Evaluation der Programme – in die Arbeit im Allgemeinen. Geber*innen sollten Menschen aus dem Globalen Süden diese Art von Zugang ermöglichen. Monica Tabengwa ist überzeugt: „Zusammenarbeit und gegenseitiges Lernen sind wichtig. Oft hören wir nur Schlechtes, aber es gibt auch viel Positives, und die Geldgeber*innen haben eine Möglichkeit, darüber zu berichten.“

VON CAROLINE AUSSERER



Andriy Maymulakhin

UKRAINE

„Ich wusste, dass ich in diesem Leben würde kämpfen müssen – für meine Nonkonformität, für meine persönlichen und politischen Freiheiten.“

Andriy Maymulakhin (52) ist ein LSBTI*-Aktivist aus der Ukraine und Gründer des LGBT Human Rights Nash Mir Center. Er gehört zu den ersten Aktivist*innen in der Ukraine, die in den 1990er-Jahren die schwul-lesbische Bewegung initiierten.

„Am meisten im Leben schätze ich Freiheit,“ sagt Maymulakhin. „Zum einen bedeutet Freiheit für mich, zu reisen, neue Orte zu erkunden, neue Länder kennenzulernen. Zum anderen bedeutet sie für mich, auch zu mir selbst zu stehen, offen meine Meinung sagen zu können.“ Andriy erinnert sich, dass er sich bereits als Kind so gefühlt habe. Doch Freiheit war damals keine Selbstverständlichkeit. Er wurde 1969 im sowjetukrainischen Luhansk geboren. In der Sowjetunion waren seit der Stalin-Zeit „sexuelle Handlungen zwischen Männern“ nach Artikel 121 des Strafgesetzbuches strafbar, genauer gesagt ab dem Jahr 1933. Zu fünf Jahren Gefängnis konnte man verurteilt werden, wenn man seine Homosexualität auslebte. Frauen, die homosexuelle Beziehungen hatten, wurden in der Psychiatrie eingesperrt.

„Es fiel mir sehr lange sehr schwer, meine Gefühle zu verstehen,“ erzählt Andriy. Auch als er sein Begehren für Männer deutlich spürte, schien es ihm, als wäre er der einzige Schwule in seiner Stadt. Das von Schwerindustrie geprägte Luhansk hatte in den 1970er- bis 1980er-Jahren etwa eine halbe Millionen Einwohner*innen, Schwule und Lesben waren dort jedoch absolut unsichtbar.

Andriys Tür zu Freiheit war schon immer das Reisen. Als er sechs Jahre alt war, ging er für ein Jahr mit seiner Familie nach Bangladesch. Sein Vater wurde als Dolmetscher dorthin geschickt, als Bangladesch von Pakistan unabhängig wurde und die sowjetische Regierung das Land mit verschiedenen Projekten unterstützte. In dieser Zeit verliebte sich Andriy zum ersten Mal in einen Jungen, und der Aufenthalt blieb in seiner Erinnerung voller Abenteuer. Oft ist er in seinen Gedanken dorthin zurück geflohen, als er dann später in Luhansk zur Schule ging. Er war ein Träumer.

Coming-out und Weg zum Aktivismus

Seine erste sexuelle Erfahrung mit einem Mann hatte Andriy in London Ende der 1980er-Jahre. Für Sowjetbürger*innen war es damals kaum möglich, in den Westen zu fahren, doch Andriys Vater hatte die Reise als Belohnung für seine Verdienste um die Partei geschenkt bekommen. Da er wusste, wie sehr Andriy sich danach sehnte, reisen zu können, trat er das Geschenk an seinen Sohn ab.

„Nach meiner Heimkehr wusste ich, dass ich in diesem Leben würde kämpfen müssen – für meine Nonkonformität, für meine persönlichen und politischen Freiheiten“, so hat Andriy in einem Essay seine Erkenntnisse aus dieser Reise zusammengefasst. Es sollte noch einige Jahre dauern, bis er sich in seiner Identität gestärkt fühlte. Er fand Verbündete in der Ukraine und in Russland, zum Beispiel seinen ersten Freund Sascha. Die beiden gründeten zusammen die erste schwul-lesbische Gruppe in Luhansk.

1991 wurde die Ukraine von der Sowjetunion unabhängig, und 1993 hatte Andriy sein Coming-out vor seinen Eltern. Er schrieb ihnen einen Brief: „Liebe Mama, lieber Papa! Mein Leben wird ein Abenteuer sein – ich bin schwul!“ Zwar war der Artikel 121, der Homosexualität kriminalisierte, in der Ukraine 1991 abgeschafft worden, aber die Mentalität der Menschen änderte sich nicht über Nacht. Andriys Eltern reagierten auf sein Coming-out erstmal besorgt und abweisend. Jahre später haben sie ihn aber akzeptiert. „Heute habe ich keine Probleme in meinem näheren Umfeld mehr. Meine Eltern, meine Schwestern, ihre Ehemänner und Kinder, meine Nachbar*innen, alle finden meine sexuelle Orientierung okay. Zumindest sagt mir niemand etwas Böses ins Gesicht. Und was Menschen hinter meinem Rücken reden, ist mir egal.“ Besonders nostalgisch erinnert sich Andriy an seine vielen Reisen auf die Krim Ende der 1990er-Jahre. In dieser Zeit hat er sich auch in seinem Land frei gefühlt: „Freude pur!“

1997 entschied sich Andriy, eine schwul-lesbische Gruppe zu gründen. Ihr Name war „Nash Mir“ (Unsere Welt), aus ihr ist schließlich 1999 die gleichnamige Organisation entstanden, die Andriy bis heute leitet. Seit über 20 Jahren ist Nash Mir (gay.org.ua/en/about-nash-mir) eine der wichtigsten Institutionen für die LSBTI*-Community und ein Zentrum der Aufklärung über Bi- und Homosexualität sowie über Gender-Identitäten in der Ukraine. Die erste Förderung erhielt die Organisation Ende der 1990er-Jahre von der Niederländischen Botschaft. Nachdem Andriys Bewerbung akzeptiert wurde, händigte man ihm umstandslos etwa 10 000 Dollar in bar aus. „Können Sie sich das vorstellen? Ich habe die Menschen dort gefragt, ob sie meinen Pass sehen wollen. Sie haben geantwortet: Nein, wir vertrauen dir.“

Seitdem wurde Nash Mir von mehreren Programmen aus den Niederlanden, den USA, Kanada, der Europäischen Union, Deutschland, Belgien, Großbritannien, Norwegen, Frankreich, der OSZE, internationalen Stiftungen in der Ukraine und manchmal von privaten Geber*innen gefördert.

Erfolge und Wünsche

Die Situation der LSBTI*-Community in der Ukraine hat sich seit den 1990er-Jahren deutlich verbessert. Auf der gesetzlichen Ebene sind LSBTI* seit 2015 vor Diskriminierung am Arbeitsplatz geschützt. In den letzten sechs Jahren finden in Kyjiw und einigen anderen regionalen Zentren (Charkiw, Odessa, Lwiw) Pride-Veranstaltungen statt. Am jüngsten Pride-March im September 2021 in Kyjiw haben etwa 7000 Menschen teilgenommen. Auch ein Trans-March findet regelmäßig in der ukrainischen Hauptstadt statt.

„Für mein Land und für die queere Community war die Maidan-Revolution ein enorm wichtiges Ereignis. Ich hoffe, dass dies eine historische Wende der Ukraine in Richtung der Europäischen Union und für europäische Werte war. Leider brauchen die Veränderungen viel Zeit, aber das Wichtigste ist, dass es sie gibt, und die Richtung und der Grad der Entwicklung stimmen,“ sagt Andriy. Trotz zahlreicher Probleme (Hasskriminalität, ungleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Familien, etc.) gilt die Ukraine zusammen mit Litauen, Lettland, Estland und Georgien als eines der Länder im post-sowjetischen Raum, das erhebliche Fortschritte im Bereich LSBTI* vorzuweisen hat. Besonders im Vergleich zu den Nachbarländern Russland und Belarus, die autoritäre Tendenzen aufweisen, sind die Entwicklungen in der Ukraine vielversprechend.

Heute lebt Andriy mit seinem Lebenspartner, der auch Andriy heißt, in einem Haus in der Nähe von Kyjiw. Sie sind schon über zehn Jahre ein Paar. In seiner Freizeit wandert Andriy gern, geht mit seinen Hunden spazieren oder fährt Fahrrad, er arbeitet im Garten, oder trifft in der Stadt Kolleg*innen oder Freund*innen. Zusammen mit seinem Partner erwartet Andriy nun eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: 2014 haben die beiden dort eine Klage gegen den ukrainischen Staat eingereicht, weil sie als Paar keine Ehe schließen dürfen und damit in ihren Rechten diskriminiert werden. Wenn ein Staat bei einem solchen Verfahren verliert, muss er Kompensationszahlungen leisten. „Ich hoffe sehr, dass das Urteil die Politiker*innen in meinem Land dazu bewegen wird, eine bessere Gesetzgebung zu verabschieden und somit das Leben vieler Paare zu erleichtern.“ Ähnliche Urteile wurden bereits gegen andere Länder verhängt, zum Beispiel gegen Italien 2017.

Als sein größtes Trauma bezeichnet Andriy die Annexion der Krim. Jedes Jahr bis zum Ausbruch des Krieges mit Russland war er dort, um „seine Akkus aufzuladen“, sich zu erholen. Dass er nicht mehr dorthin kann, schmerzt ihn immer noch. Auch seine Heimatstadt Luhansk wird de facto seit 2014 von russischen und prorussischen Kräften kontrolliert. Andriys Eltern haben dort gelebt, als der Krieg begann. Zusammen mit seinen Schwestern hat Andriy ihnen geholfen, in die Nähe von Kyjiw umzuziehen.

„Ich wünsche mir, dass Putins Regime eines Tages fällt, Russland ein demokratischer Staat wird, die Krim zur Ukraine zurückkehrt, und ich keine Angst haben muss, wieder dorthin zu fahren. Außerdem würde ich gern jung bleiben. Wie man in der Ukraine sagt: Es ist nicht verboten zu träumen.“

VON INGA PYLYPCHUK

Frank Mugisha

UGANDA

Seine Sichtbarkeit ist seine Sicherheit – „Ich habe keine Angst mehr.“



Frank Mugisha (38) ist ein Menschenrechtsaktivist aus Uganda und Geschäftsführer der Organisation Sexual Minorities Uganda (SMUG), die sich für die Rechte von LGBTIQ* einsetzt. Er ist geboren und aufgewachsen in Kampala/Uganda und wurde christlich erzogen.

„Ich liebe es, zu lesen und zu schreiben. Ich spürte in mir die Kraft, meine Meinung zu sagen“, sagt Frank Mugisha. Mit Schreiben hat sein Aktivismus begonnen, mit Schreiben reagierte er auf die Homophobie in Uganda. „Ich habe Artikel geschrieben und mich als schwuler Mann ausgedrückt und gesagt: So fühle ich.“ Frank schrieb zunächst anonym in diversen Blogs und niemand wusste, wer dahintersteckte. „Ich schrieb, und danach ging ich auf die Leute zu und ermutigte sie, sich zu outen, und sagte ihnen, dass sie meine Methode anwenden könnten.“ Seine Methode bestand darin, in Gesprächen ganz beiläufig auf das Thema Homosexualität zu kommen um herauszufinden, wie die Position des Gegenübers dazu ist.

Als man damals in der LGBTIQ*-Szene ausging, sei es üblich gewesen, sich im Geheimen und unerkannt zu treffen. „Die Leute trugen Hüte und Mützen, damit man ihr Gesicht nicht sah“, berichtet er. „Sie benutzten ihre Namen und Telefonnummern nicht und einige verwendeten ein Wegwerfhandy nur für dieses eine Treffen.“ Häufig dachte man, einen Freund gefunden zu haben, doch dann sah man diesen nie wieder. Denn sie gingen wieder zurück in den Schrank („back to the closet“).¹ „Wir haben früher gesagt, dass wir einige ‚Geisterfreunde‘ haben“, lacht Frank heute darüber. Sogleich wird er wieder ernst: „Es war eher eine Art Überleben. Und jedes Mal, wenn ich ausging, dachte ich: Wie kann ich diese Bewegung für LGBTIQ*-Rechte verbessern? Wie kann ich unser Leben verbes-

¹ „In the closet“ als Gegensatz zu „coming out of the closet“; Schrank als Symbol der Enge, des Eingesperrtseins, Erstickens in den Normen einer Gesellschaft, aber gegebenenfalls auch als Schutz vor Verfolgung, Stigmatisierung und Gewalt.

sern? Wie können wir besser werden?“ So gründete Frank Mugisha gemeinsam mit seinen schwulen Freunden Anfang der 2000er-Jahre eine soziale Gruppe, genannt „the Icebreakers“. Zunächst waren es nur ein paar Freunde, die sich einmal pro Woche irgendwo in Sicherheit trafen, miteinander redeten, kochten und einfach eine gute Zeit zusammen verbrachten. Später, ab 2004, wurde daraus eine offizielle Vereinigung, die sich vor allem an schwule Männer richtete. Kurz darauf wurden die Icebreakers von einer anderen Gruppe angesprochen, die zu sexuelle Minderheiten in Uganda arbeitet, Sexual Minorities Uganda (SMUG). Frank erinnert sich: „Sie kamen zu uns und sagten: ‚Warum macht ihr nicht bei uns mit?‘ Und natürlich sagten einige meiner Kollegen: ‚Nein, das wäre zu politisch, das würde uns bloßstellen, und jeder würde von uns wissen.‘“ Doch nach reiflicher Überlegung hielt er es persönlich für eine gute Idee, weil er an die Kraft des Kollektivs glaubt. Bald darauf, im Jahr 2007, wurde er Geschäftsführer von SMUG (sexualminoritiesuganda.com).

Bei SMUG kämpft Frank aktiv gegen die Vorurteile an, die schwule, lesbische, bise sexuelle, trans* und inter* Menschen in Uganda erfahren. „Wenn man sich in Uganda outet, kann man schlimmstenfalls umgebracht werden, gelyncht von einem Mob oder von seiner eigenen Familie, – oder sogar von der Gesellschaft getötet werden.“ Man kann auch verhaftet werden, wobei die Polizei die Tat, miteinander gleichgeschlechtlichen Sex zu haben, beweisen müsse, so verlange es das Gesetz. „Aber wenn es um Einschüchterung, Aggressivität und Missbrauch des Gesetzes geht, können sie dich verhaften und ins Gefängnis stecken. Man kann seine Arbeit verlieren, man kann von der Schule geworfen werden, man kann sogar von seinen eigenen Freunden verstoßen werden, die nicht mehr mit einem sprechen.“

Kampagne „Let us live in peace!“

Um all das zu ändern, setzt sich Frank bei SMUG ein. Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit im Jahr 2007 entwickelten sie eine Kampagne. „Die Kampagne hieß ‚Lasst uns in Frieden leben‘. Es war der allererste Tag, an dem Uganda aufwachte und im Fernsehen, im Radio und in den Zeitungen LGBTIQ* sah“, erinnert sich Frank. „Wir veranstalteten eine Pressekonferenz und sagten, dass wir in Frieden leben wollen. Natürlich hatten wir unsere Gesichter mit Masken bedeckt. Das Symbol der Maske sollte ausdrücken, dass das jeder sein kann, das kann dein Sohn sein, dein Bruder, dein Onkel, dein Vater, dein Arzt, dein Lehrer, jeder. Und das war die Botschaft, dass wir einfach in Frieden leben wollen, wie jeder andere Ugander auch.“

Was dann geschah, hatten die jungen Aktivist*innen so nicht erwartet. „Es war schrecklich. Es war schlimmer, als wir es uns ausmalen konnten“, sagt Frank. Viele Menschen wurden verhaftet, viele von Zuhause verstoßen, viele wurden geoutet. „Die Zeitungen haben die Leute geoutet, sie haben deren Adressen veröffentlicht, sie haben die persönlichen Daten veröffentlicht, sie haben ihre Jobs verloren, sie haben ihre Familien verloren, sie wurden vertrieben – es ist sehr viel passiert.“

Die Medien erhielten Information über die sexuelle Orientierung der Menschen durch Erpressung. Zumeist sei das so gelaufen, erinnert sich Frank, dass sie jemanden zu einem Date in die Community schickten, der vorgab schwul zu sein. „Und dann kamen sie zu der

Person und sagten, wenn du mir nicht 20 oder 30 Namen nennst, dann stellen wir dich bloß. Sie erpressten also die Person und diese nannte ihnen meist Namen. Doch danach stellten sie sie trotzdem bloß.“ So funktionierte das System der Erpressung und des Outings.

Als Frank keinen Ausweg mehr sah, ging er zusammen mit anderen ins Exil nach Kenia. Er war der letzte, der ging, eigentlich wollte er bleiben. Doch die Lage blieb katastrophal: „Die Regierung und die Polizei machten Jagd auf LGBTIQ*, und es wurden so viele verhaftet und gefoltert“, erzählt Frank. „Ich erinnere mich sogar, dass ich nur mit meinem Pass zum Flughafen fuhr und mit nichts anderem. Damals war ich die ganze Zeit mit meinem Pass in der Tasche unterwegs.“

In Nairobi erhielten die Aktivist*innen Unterstützung von lokalen Menschenrechtsverteidiger*innen. „Die kenianischen Aktivisten und LGBTIQ*-Gruppen haben uns sehr geholfen. Sie haben uns Räume zur Verfügung gestellt, von denen aus wir arbeiten konnten.“ Insgesamt blieben sie zwei Monate in Kenia und als die Verfolgungen von LGBTIQ* in Uganda nachließen, kehrten sie zurück. „Ich wusste, dass es nur vorübergehend war, ich wusste, dass ich zurückkommen würde. Dies ist mein Zuhause. Ich möchte hier in Uganda etwas verändern und die Arbeit fortsetzen!“

Ein Uganda, in dem jede Person frei leben kann

Nach der Rückkehr gab es einige rechtliche Verbesserungen. So wurde das international kritisierte sogenannte Anti-Homosexuellen Gesetz von 2009 (Anti Homosexuality Bill) im Jahr 2014 vom ugandischen Verfassungsgericht – wegen Verfahrensfehler – für „null und nichtig“ erklärt. Frank war einer der Mandanten, die den Antrag dazu im Gericht gestellt hatten. Aktuell gebe es allerdings einen neuen Gesetzentwurf und die Aktivist*innen arbeiten hart daran, ihn ebenfalls zu verhindern. „Ich bin mir sehr sicher, dass wir dieses Gesetz auch wieder abschaffen werden, oder der Präsident wird es nicht unterschreiben. Die Rechtslage hat sich also geändert“, sagt Frank hoffnungsvoll. Das Beste wäre zwar immer noch, dass Homosexualität endlich entkriminalisiert würde. Doch es gibt eine weitere dringende Baustelle: „Zurzeit haben die Leute mehr Angst vor der Gesellschaft als vor dem Gesetz“, sagt Frank und wünscht sich ein Uganda, in dem jede Person frei leben kann und akzeptiert wird, so wie sie ist.

Für ihn persönlich hat sich sein Leben seit dem Beginn seines Aktivismus verändert. „Im Moment bin ich offen schwul und jeder weiß es. Mein persönlicher Erfolg besteht darin, dass meine Offenheit und meine Sichtbarkeit über die Jahre hinweg zu meiner Sicherheit beigetragen haben. Ich fühle mich sicher. Ich habe keine Angst mehr, in der Zeitung geoutet zu werden, keine Angst mehr, dass ein Freund oder Familienmitglied mich anruft, ich mache mir keine Sorgen mehr, ich habe diese Angst überwunden. Das ist mein größter Erfolg.“

VON CAROLINE AUSSERER



José Ignacio López

NICARAGUA

„Weil sich Respekt und Menschenwürde am Ende unweigerlich durchsetzen.“

José Ignacio López (53) ist ein Menschenrechts- und LSBTI*-Aktivist aus Nicaragua. Er arbeitet für die Organisation Red de Desarrollo Sostenible (RDS), die im Jahr 2019 mit dem Deutsch-Französischen Menschenrechtspreis ausgezeichnet wurde.

Seit 2010 arbeitet die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit Red de Desarrollo Sostenible (Netzwerk für Nachhaltige Entwicklung) aus Nicaragua zusammen.¹ Von Anfang an dabei war José Ignacio López, der 1968 in Managua geboren wurde. Er hat nicht nur die LSBTI*-Bewegung in seiner Heimat, sondern in ganz Mittelamerika im Blick.

Seine Familie sei nicht sehr traditionell eingestellt gewesen, katholisch zwar, aber nicht praktizierend, meint José Ignacio. So haben die Eltern ihn beispielsweise nie gezwungen, mit der rechten Hand zu schreiben, seine Linkshändigkeit habe man ihm nicht, wie damals üblich, auszutreiben versucht. In der Grundschule stand ihm immer ein passendes Schreibpult für Linkshänder zur Verfügung, weil zu Wochenbeginn ein Familienmitglied das Pult in die Schule schleppte und jeden Freitag wieder nach Hause, um sicherzustellen, dass er einen Arbeitsplatz hatte, der seiner Veranlagung gerecht wurde.

In den 1980er-Jahren, so José Ignacio, tobte in Nicaragua ein Bürgerkrieg, nachdem 1979 die sandinistische Revolution die jahrzehntelange Somoza-Diktatur hinweggefegt hatte. José Ignacio hatte nur zwei Optionen: im Land zu bleiben und den obligatorischen Militärdienst zu absolvieren oder aber irgendetwas anderes zu versuchen. 1986 überredete ein Freund ihn, sich gemeinsam für ein Stipendium in Deutschland zu bewerben. Dass klappte zwar nicht, doch er bekam ein Stipendium für die Sowjetunion, und so konnte er dort Ozeanologie studieren. „Es war eine Riesenanstrengung, eine neue Sprache zu lernen, sechs Jahre lang in einem völlig anderen kulturellen Umfeld zu leben und dennoch das Studium zu beenden“, so José Ignacio.

1992 kehrte er nach Nicaragua zurück, zwei Jahre nachdem die sandinistische Regierung von Daniel Ortega in freien Wahlen die Macht verloren hatte. 2006 gelangten die gleichen Leute, die 1990 der konservativen Opposition die Macht übergeben mussten, zurück an die Regierung. 2018 kam es dann zur schlimmsten politischen und sozialen Krise seit 40 Jahren: Die Regierung Ortega reagierte mit brutaler Repression auf sozial motivierte Massenproteste im Land und beging Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hunderte von jugendlichen Protestierenden wurden getötet oder verschwanden in den Gefängnissen.² „In diesem Zeitraum habe ich als Menschenrechtaktivist gewirkt. Solche Ereignisse hinterlassen Spuren, sie sind nicht zu unterschätzen für die persönliche und berufliche Weiterentwicklung eines Menschen.“

Wie die meisten Menschen merkte José Ignacio bereits in der Sekundarschule, dass er anders war. Er befürchtete, von der Familie und im Freundeskreis abgelehnt zu werden und versteckte seine Gefühle. In den letzten Jahren seines Studiums lernte er einen jungen Kubaner kennen, er fand zu sich selbst und hatte sein Coming-out. Alexis studierte in Moskau, er in Odessa, sie lernten sich im Sommer 1989 in einem studentischen Erholungsheim am Schwarzen Meer kennen. „Zu sehen, wie offen und natürlich Alexis und sein Freundeskreis mit ihrer Sexualität umgingen, das hat mich verändert.“ José Ignacio glaubt, dass viele Menschen aus seinem Umfeld, aus Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft, sich viel früher über seine sexuelle Orientierung im Klaren waren als er selbst. Er machte sein Schwulsein nicht zum Thema, versuchte aber, sich offen und natürlich zu geben. Dennoch stieß er gerade in seiner Familie auf Ablehnung, weshalb er sich 2005 zurückzog und bis heute keinen Kontakt mehr hat.

José Ignacio legt Wert auf einen geregelten Alltag. Er steht früh auf, erledigt den Haushalt, putzt, hält das Haus, in dem er wohnt und das einem Freund gehört, in Schuss. Fast täglich fegt er Blätter zusammen, auch vor dem Haus, was er als Dienst an der Allgemeinheit versteht. Schon seine Großmutter legte Wert auf Ordnung und Sauberkeit im Haus, er glaubt, dass er diese Einstellung von ihr geerbt hat. Danach füttert er die Haustiere und macht sich fertig für den Arbeitstag. Von 8 bis 17 Uhr arbeitet er im Büro des RDS, manchmal auch länger. Nach Hause geht er zu Fuß, er schaut die Nachrichten im Fernsehen, liest oder kocht Abendessen für Freunde. Und dann widmet er sich noch seinem Hobby, das er seit der Kindheit pflegt: seine Briefmarkensammlung. Seit Ausbruch der politischen, sozialen Krise in 2018 zerstreut er sich auch mit dem Bau von Papiermodellen, „das hilft mir dabei, abzuschalten und für eine Weile alle Sorgen zu vergessen“, sagt er.

Sein Weg zum Aktivist

Reisen und andere Kulturen kennenlernen, Architektur und Geschichte, das sind seine Vorlieben. Was er nicht mag: Wenn Leute ihre Fehler nicht eingestehen können, fehlende Empathie, Sensibilität, Mitmenschlichkeit oder die Herabwürdigung von Menschen. All das führe zu einer Eskalation von Missständen, zu mehr Unmut und Unbehagen. Eine

¹ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/die-stiftung/stiftungsarbeit/laender-und-regionen/nicaragua>

² Siehe hierzu Bundeszentrale für Politische Bildung:

<https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54799/nicaragua>

glückliche Erfahrung war, dass er sein Studium zu einem guten Abschluss bringen und 1992 nach Jahren im Ausland nach Nicaragua zurückkehren konnte. Dies war zugleich sein erster und längster Auslandsaufenthalt, und all dies ohne die Unterstützung der Familie. Als er zurückkam, ging die neue Regierung verstärkt gegen all diejenigen vor, die von der Revolutionszeit in den 1980er-Jahren auf die eine oder andere Art profitiert hatten. „Man sah in ihnen eine Gefahr, und deshalb fand ich wohl keine Arbeit. Ich verfiel in Depressionen“, erzählt José Ignacio. „Im Fernsehen sah ich dann einen Aufruf zu einem Event junger Umweltschützer*innen. Meine Mutter ermunterte mich mitzumachen, und das half mir dann aus der Depression.“ Zudem entdeckte er dort seine organisatorischen Fähigkeiten, die ihm halfen, einen Job zu finden, und er lernte Lesben und Schwule kennen. Ein Bekannter lud ihn zum Gründungstreffen einer neuen Organisation ein. Obwohl er dort nicht alle Leute, ihr Auftreten und Wirken mochte, so entstand doch hier sein Interesse an einer aktiven Mitarbeit im Kampf für die Anerkennung der Rechte von LSBTI*.

Damals wurden einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Erwachsenen noch mit bis zu drei Jahren Haft verurteilt. Erst 2009 kam es zu einer Entkriminalisierung, eine Sonderbeauftragte für die Menschenrechte von LSBTI* wurde ernannt, und ins Strafgesetzbuch wurden zwei Paragraphen gegen Diskriminierung aufgenommen. Dennoch schrieb die Verfassung von 2014 fest, dass die Ehe nur von einem Mann und einer Frau eingegangen werden kann. „Vorher waren wir unsichtbar und rechtlos, jetzt wurden wir sichtbar, doch sind immer noch rechtlos“, fasst José Ignacio zusammen. Die aktuelle Krise seit 2018 habe die Kluft in der LSBTI*-Community weiter vertieft zwischen denen, die auf Seiten der Regierung stehen und denen, die die Menschenrechtsverletzungen der Regierung verurteilen.

Der Verein Netzwerk für die Nachhaltige Entwicklung Nicaraguas (rdsnicaragua.org) hat sich die nachhaltige menschliche Entwicklung zur Aufgabe gemacht. „Wir sind bemüht, die Fähigkeiten der vulnerabelsten gesellschaftlichen Gruppen zu stärken, damit diese wirksam und proaktiv in Entscheidungsprozesse für eine nachhaltige menschliche Entwicklung im Land eingebunden werden“, so José Ignacio. „Wir sind Akteure der Entwicklung und nehmen als solche an vielen Prozessen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene teil. So erkennen wir Bedarfe der Communities, denen wir unsere technische Expertise zur Verfügung stellen.“ Maßnahmen wie Erhebungen, Empowerment-Workshops, Aufklärungskampagnen oder den Einsatz von Informationstechnologien erarbeite man in Absprache mit Kooperationspartner*innen sowie Organisationen, die für die Rechte von LSBTI*, Indigenen, Jugendlichen oder für Frauenrechte einstehen. Gemeinsam erschließen man Finanzquellen, um diese Projekte durchführen zu können.

RDS ist eine Mitgliedsorganisation der Asociación Internacional de Lesbianas, Gays, Bisexuales, Trans e Intersex para América Latina y el Caribe (ILGALAC, www.ilga-lac.org) und des queeren lateinamerikanischen Netzwerkes von Archiven, Museen, Sammlungen und Wissenschaftler*innen (AMAI LGBTQIA+). Leider werden in Mittelamerika, so José Ignacio, die regionalen Schutzmechanismen zur Stärkung der Menschenrechte kaum genutzt, obwohl die wichtigsten Errungenschaften in einigen Ländern auf strategische Prozessführung auf nationaler oder regionaler Ebene zurückzuführen seien. Es braucht mehr Aufklärung über das Funktionieren dieser Mechanismen und über Strategien der Lobbyarbeit.

So blieben Empfehlungen, die der Regierung Nicaraguas im Rahmen des Universal Periodic Review (UPR) auf UN-Ebene mitgegeben werden, meist folgenlos, da seitens der Zivilgesellschaft nicht nachgehakt werden könne. Andererseits eigneten sich die bestehenden internationalen Mechanismen zum Schutz von LSBTI*-Menschenrechtsverteidiger*innen nicht für den Notfall. In Nicaragua kommen die verschärften Einschränkungen hinzu, die es der LSBTI*-Community kaum noch erlaubten, für ihre Rechte einzustehen.

Erfolge und Ziele

Zu den Erfolgen gehört die Anerkennung für geleistete Arbeit. So erhielt das RDS 2019 den Deutsch-Französischen Menschenrechtspreis.³ Bereits 2013 gelang es mit Unterstützung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und des Auswärtigen Amtes, ein erfolgreiches Projekt durchzuführen, das in die Bildung eines nationalen Runden Tisches für LSBTI* mündete.⁴ Das Netzwerk ist bis heute aktiv. Darüber hinaus kam es durch die Projektarbeit zu einem regionalen Austausch und der Vernetzung von LSBTI*-Organisationen aus Mittelamerika, die weiter vertieft werden sollen. Zu den Misserfolgen gehört, dass es in der aktuellen Krise nicht gelang, den wichtigsten LSBTI*-Forderungen Gehör zu verschaffen. Denn die Repression und die Schließung des Handlungsspielraumes für zivilgesellschaftliche Organisationen verhindern dies noch immer. „Seit 2018, als die aktuelle Krise ausbrach, erleben wir in Nicaragua eine Zunahme der Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI*“, so José Ignacio. Was es mittelfristig brauche, sei eine Stärkung der Organisation und der Aktionsfähigkeit von jungen Aktivist*innen aus dem Landesinnern. Von ihnen hänge die Zukunft der Community, ihres nachhaltigen Wirkens auf den politischen Ebenen ab.

Von Geberländern, ihren Regierungen und ihren Zivilgesellschaften sowie philanthropischen Stiftungen erwartet José Ignacio mehr Flexibilität in der Projektförderung, vor allem in Notfallzeiten wie diesen, in denen eine fürchterliche Pandemie und eine unverantwortliche Regierung die Handlungsfähigkeit der nicaraguanischen Organisationen massiv einschränken. So reagierten in Krisenzeiten viele Mittelgeber*innen aus bürokratischen Gründen nicht schnell genug auf Unterstützungsanfragen, sie prüften zu langsam, sodass die Förderung oft zu spät komme. Andererseits beklagt er die Unfähigkeit einiger sich als politisch links verstehender LSBTI*-Organisationen in Lateinamerika, die Menschenrechtsverletzungen sogenannter linker Regierungen klipp und klar zu verurteilen.

Kurzfristig wünscht er sich eine Beobachtungsstelle für die Inklusion von LSBTI* in die nicaraguanische Gesellschaft, eine Stelle, die ganz realistisch aufzeigt, welches Ausmaß an Gewalt LSBTI* in Nicaragua erleiden. Und dann wünscht er sich mittelfristig ein „Museum der Gleichheit“, das zum Aufbau einer Kultur des Friedens und der Toleranz beiträgt. „Davon träume ich“, so José Ignacio, „weil die Geschichte mich gelehrt hat, dass sich Respekt und Menschenwürde am Ende unweigerlich durchsetzen.“

VON KLAUS JETZ

³ <https://blog.lsvd.de/mutiger-einsatz-fuer-lsbt-in-nicaragua/>

⁴ <https://blog.lsvd.de/tag/nicaragua/>



Tash Dowell

SIMBABWE

„Ich möchte in meinem Leben noch handfeste Veränderungen in Simbabwe erleben.“

Tash Dowell (35) ist eine queere Menschenrechtsaktivistin aus Simbabwe. Sie war bis 2020 Koordinatorin im Masakhane Collective Simbabwe und arbeitet seit 2021 für die Coalition of African Lesbians.

Als queere Menschenrechtsaktivistin kenne ich Tash Dowell seit 2017 und bin immer wieder begeistert von ihrer Kreativität. Als sie im September 2020 zu einem Online-Talk der Hirschfeld-Eddy-Stiftung zum Thema „LGBTI-inklusive Menschenrechtsarbeit im südlichen Afrika – das Masakhane-Projekt“¹ eingeladen wurde, bereitete sie ein Video über die Aktivitäten in Simbabwe vor und ermunterte zwölf Aktivistinnen ihres Kollektivs, ebenfalls teilzunehmen. Bemerkenswert ist Tashs kritische und reflektierte Haltung: In der Diskussion über die developmentpolitischen Nord-Süd-Konflikte war sie es, die beim Thema der Abhängigkeit von Fördergeldern eine selbstbewusstere afrikanische Strategie forderte.

In Deutschland sind die konkreten Auswirkungen der alltäglichen homophoben Gewalt in Ländern wie Simbabwe meist schwer vorstellbar. Tash Dowell berichtet zum Beispiel von einer traumatisierenden Erfahrung bei einem Workshop-Wochenende mit LGBTI*-Jugendlichen 2014, für das sie als Moderatorin engagiert war. Plötzlich stand bewaffnete Polizei im Raum, und als nach den Verantwortlichen gefragt wurde, schauten die Jugendlichen zu ihr, denn viele hatten über sie von der Veranstaltung gehört. Tashs Protest nutzte nichts, sie wurde von der Polizei verhaftet und acht Stunden ununterbrochen ver-

hört und unter Druck gesetzt. Sie sagt: „Die ganze Quälerei hat mich paranoid und voller Angst zurückgelassen. Bis heute hat diese Angst Auswirkungen – ich glaube, dass sie mich hindert, das ganze Potenzial meines Aktivismus zu entfalten.“

Tash Dowell arbeitete von 2013 bis 2019 als Referentin für Kommunikation und Advocacy bei GALZ – Association of LGBTI People in Zimbabwe. GALZ wurde 1990 als erste LGBTI-Organisation in Simbabwe gegründet, damals als „Gays and Lesbians of Zimbabwe“ (www.galz.org). Aufgrund der Politik des damaligen Präsidenten Mugabe war die NGO dauernd in Alarmbereitschaft, weil es ständig Razzien gab. Unbekannte Angreifer überfielen ihre Feierlichkeiten zum Jahresende 2016 so brutal, dass ein Mitarbeiter lebensgefährlich verletzt wurde. Auch Tash wurde wie alle anderen verprügelt: „Zum Glück habe ich ‚nur‘ Narben als Erinnerung. Eine im Gesicht und eine auf dem Rücken.“

An der diskriminierenden Gesetzgebung gegenüber LSBTI* in Simbabwe hat sich seitdem nichts geändert, aber der aktuelle Präsident Mnangagwa erklärte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2018, dass LGBTI*-Organisationen ihre Interessen in Simbabwe vertreten könnten. Tash berichtet, dass dies zu etwas mehr Spielraum bei der Interessenvertretung und zu größerer Wahrnehmung durch andere zivilgesellschaftliche NGOs geführt hat. Aber die Bedrohung ist nach wie vor groß.

Gefühle, die anders sind

Tash Dowell wurde im Mai 1986 in der Hauptstadt Harare in eine Familie geboren, die hauptsächlich aus ihrer Mutter und deren Schwestern und Cousins bestand. Ihre Mutter war überzeugt, dass Dialog das geeignete Mittel zur Konfliktlösung sei und praktizierte das auch. Tash meint, dass dies ihre feministischen Auffassungen später stark geprägt hat. Leider verstarb die Mutter, als Tash zwölf Jahre alt war.

Mit neun Jahren sah sie den lesbischen Liebesfilm *When Night is Falling*. Sie war elektrisiert. Aber mehr als elf Jahre glaubte sie, mit ihr stimme etwas nicht. „Erst mit 21 traf ich eine Frau, mit der ich meine Gefühle und Gedanken ohne Angst erforschen konnte. Ich entdeckte, dass es eine Sprache dafür gab und dass mehr Menschen wie ich existierten.“

Während der Wirtschaftskrise 2008 zog sie auf der Suche nach einer Arbeitsstelle nach Südafrika. Sie lebte zunächst isoliert, und erneut dachte sie, dass ihre Gefühle anders als die aller anderen seien – vielleicht war doch etwas mit ihr nicht richtig, vielleicht war die Erfahrung mit ihrer Geliebten einzigartig gewesen? Zum Glück fand sie Zugang zu Facebook und kam in Kontakt mit einer größeren Community von queeren Menschen.

Als sie 2010 nach Simbabwe zurückkehrte, hatten einige Cousins ihr Coming-out schon der ganzen Verwandtschaft erzählt. Tash fühlte sich selbstbewusst genug, um auf die Fragen „Ist das wahr?“ nur mit „Was würde das für einen Unterschied machen?“ zu antworten. Einige Verwandte brauchten Abstand von ihr – bis zu fünf Jahren. „Je wohler ich mich in meiner Haut fühlte und je mutiger ich mit meinen Antworten wurde, umso besser konnten wir alle einen stillen Respekt für die Unterschiede zwischen uns entwickeln. Wir sind jetzt ok und reden ab und zu miteinander.“

¹ Das Masakhane-Projekt ist ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seit 2014 gefördertes Projekt zum Empowerment lesbischer Frauen und Trans* im südlichen Afrika, initiiert vom LSVD und mit filia.die frauenstiftung auf den Weg gebracht. Die Coalition of African Lesbians verantwortet Masakhane in der Region. Auf deutscher Seite unterstützen das Projekt Cornelia Sperling für den LSVD und Sonja Schelper für filia.die frauenstiftung, siehe <https://blog.lsvd.de/tag/masakhane/>

Heute beschreibt sie ihre sexuelle Identität wie folgt: „Ich bezeichne mich als queer und gender non-conforming². Ich mag nicht diese einzelnen Schubladen, aber hauptsächlich lebe ich im lesbischen Spektrum.“

Aktiv als Menschenrechtsaktivistin

Eher ungeplant führte die neue Arbeitssuche in Simbabwe sie zu einem Angebot der LGBTI-Organisation GALZ, die ihre kreativen Fähigkeiten im Bereich Grafikdesign und als digitale Künstlerin nutzen wollten. Zuerst engagierte sie sich ehrenamtlich in der Organisation, bevor sie 2013 hauptamtlich angestellt wurde; zeitgleich begann sie ein Fernstudium der Kommunikationswissenschaften, um ihre Ausbildung abzurunden.

Als Verantwortliche für die Jugendarbeit entwickelte sie die Kampagne „Arts for Activism“, weil sie überzeugt ist, dass künstlerische Ausdrucksformen es leichter machen, sich zu öffnen und auszudrücken. „Das gehört zu meinen glücklichsten Momenten, wenn LGBTI*-Jugendliche mithilfe meiner Arbeit entdecken, dass sie nicht allein sind. Dann läuft mein Herz über.“ Ein von ihr gestaltetes T-Shirt mit dem Aufdruck „Same Love“ wurde zum Renner bei den Jugendlichen.

Tash Dowell engagiert sich außerdem in der 2015 ins Leben gerufenen Feminist Action Campaign (FAC) und dem Masakhane-Projekt, bei dem Aktivistinnen aus den NGOs Pakasipiti, Katswe, GALZ, Rise Above und Voice of the Voiceless zusammenarbeiten. Bei der Internationalen AIDS-Konferenz ICASA im Dezember 2015 in Harare organisierte das FAC Flashmobs in der Innenstadt, um auf sexuelle Gewalt gegen Frauen hinzuweisen. Und sie organisierten das „Pangu Pangu Festival“ ausschließlich mit Künstlerinnen, um die internationalen Gäste mit den Themen queerer Frauen und Sexarbeiter*innen zu konfrontieren.

Es ist erstaunlich, welch vielfältige und mutige Arbeit die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Simbabwe leisten – trotz der politischen und gesellschaftlichen Homophobie und Unterdrückung der demokratischen Opposition. 2020 erreichten die Aktivitäten von #ZimbabweanLivesMatter und die Verhaftung der Schriftstellerin Tsitsi Dangarembga die internationalen Medien. Tash lebt mittendrin als Menschenrechtsaktivistin; nach der Beendigung ihrer Tätigkeit als Koordinatorin des Zimbabwe Autonomy Collective (Masakhane), arbeitet sie seit 2021 hauptamtlich als Medien- und Kommunikationsbeauftragte für die Coalition of African Lesbians.³

Da Geldgeber*innen aus dem Globalen Norden heutzutage Diversität und LGBTI*-Inklusion auf ihre Fahnen schreiben, werden LGBTI*-Aktivist*innen viel öfter von anderen NGOs eingeladen. Tash sieht das als Folge der Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Räume und Ressourcen: „Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir eine Alibi-Rolle bekommen, womit eine andere Organisation ihre Offenheit und Diversität gegenüber Geld-

gebern beweisen möchte. Wir versuchen, solche Situationen für unsere Sichtbarkeit und Menschenrechtsforderungen zu nutzen.“

Erwähnenswert ist noch Tash Dowells Aktivität im Rahmen internationaler Advocacy-Arbeit. 2020/21 beteiligte sie sich aktiv an einem NGO-Bericht im Rahmen des Universal Periodic Review-Prozesses der UN.⁴ Auf der 40. Sitzung des UN-Menschenrechtsrat 2022 steht die Menschenrechtssituation in Simbabwe auf dem Prüfstand. Dabei werden auch NGOs gehört. Zum ersten Mal wurde ein Bericht über die Situation von lesbischen, bisexuellen und queeren Frauen in Simbabwe eingereicht – von einer Kooperation der Organisationen Pakasipiti, Hands of Hope, Africa Kiburi und dem Zimbabwe Autonomy Collective. Auch an einer breiten Kooperation für die Unabhängigkeit der Afrikanischen Menschenrechtskommission ACHPR beteiligt sie sich.

Wünsche für die Zukunft

Tash Dowell befürchtet angesichts der Coronapandemie, dass die simbabwische Regierung LGBTI* politisch wieder als Sündenböcke benutzen wird und ihre Rechte noch stärker eingeschränkt werden. Das würde den Hass von Homophoben anstacheln und ihnen die Rechtfertigung für neue Verbrechen gegen Menschen der Community geben.

„Aber mein Wunsch ist natürlich, dass ich in meinem Leben noch handfeste Veränderungen in Simbabwe erlebe. Veränderungen wie die Nichtkriminalisierung einvernehmlicher sexueller Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Erwachsenen, die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung für alle Frauen und das Recht auf Abtreibung. ... Dann hoffe ich, dass Geldgeber und internationale Organisationen, die unsere Arbeit unterstützen wollen, genauer die Situation vor Ort berücksichtigen. Es gibt auch engagierte Gruppen, die nicht die Möglichkeit haben, sich beim Staat registrieren zu lassen. ...

Ein letzter Punkt: Beim Engagement für die Rechte von Frauen und speziell LBO-Frauen erleben wir einen Konkurrenzkampf, wenn es um Gelder und Ressourcen geht. Man kann es als ‚Olympiade: Wer ist am schlimmsten unterdrückt?‘ bezeichnen – und schwule Männer gewinnen hier meistens. Ich wünsche mir, dass die lesbischen und queeren Frauen selbstbewusster ihre wichtige Arbeit in den sozialen Bewegungen wertschätzen und ihre Macht begreifen und nutzen.“

VON CORNELIA SPERLING

² Selbstbezeichnung für eine Geschlechtsidentität außerhalb der binären Norm, im Deutschen auch nicht-binär oder gendervariant.

³ Weitere Infos über die zivilgesellschaftliche Arbeit: www.cal.org.za und im Magazin *African Feminist Standpoint*, siehe ebenfalls www.ralf.cal.org.za

⁴ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infocentrum/un/un-menschenrechtsrat-und-lsbt>

Der Fragebogen

I confirm that my personal name, my organisation's name and my picture can be published (online and printed version).

Name:

Organisation:

Country:

1. Who I am:

When and where I was born, my surroundings (family, school, religion, others).
What do I like most, what I do not like at all.

2. My (daily) life:

A brief description of my everyday life.
My most traumatic and my most joyful experience.
One or two important events in my life and in my country.

3. My coming out:

A brief description of my coming out: When did I realize that I was ...?
When and how did I come out as ...? How do I define myself?
The reactions of my parents, family, friends and neighbours (other surroundings) ...

4. My activism and my organisation:

How I became an activist
Brief description of the situation of LGBTI in my country: Laws and society ...
The name of my organisation:
Mission and vision, how we work, where we get our money from ...
Challenges, defeats and successes
Our alliances and groups we closely cooperate with (ecology, women's organisations, trade unions...)
Our main issues: Antiracism, nondiscrimination, intersectionality and the relevance they have in our work
Transnational cooperation, international networks and multilateral organisations (such as the United Nations Human Rights Council, the African Union, or the Inter-American Court of Human Rights) and the role they play in our work.

5. My future:

What would be a bad development for my community in my country?
What would be the best for my community in my country to happen?
What I wish from donor countries, civil society in donor countries and organisations?
My wish, my dream for my future?

Ressourcen, Hintergrundartikel und Links

Diese Broschüre ist entstanden als Teil des Projekts der Hirschfeld-Eddy-Stiftung **Menschenrechtsverteidiger*innen 2021 – Aufklärung, Inklusion und intersektionale Praxis.**

Das gesamte Projekt „Menschenrechtsverteidiger*innen“ ist hier dokumentiert:

→ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infozentrum/projekt-menschenrechtsverteidigerinnen-2021>

Alle Hintergrundartikel und Veranstaltungsberichte zum Projekt finden Sie im Blog unter dem Tag „MRV-2021“

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Hirschfeld-Eddy-Stiftung:

→ www.hirschfeld-eddy-stiftung.de



Im **Infozentrum** sind relevante Informationen zu LSBTI und Menschenrechten gebündelt. Abkommen der internationalen Menschenrechtsentwicklung, Hintergrundartikel über und aus dem globalen Süden und Osten, Argumente gegen Diskriminierung: Mit einem Video-FAQ, Audiobeiträgen, Video-Mitschnitten, Veranstaltungshinweisen.

In den **Rubriken**: Vereinte Nationen (UN), Anti-Rassismus, Covid-19, Yogyakarta-Prinzipien. In der umfangreichen virtuellen Bibliothek finden sich alle relevanten Dokumente und journalistische Beiträge chronologisch geordnet von 1988 bis heute.

Informationen zu einzelnen Ländern

Länderinformationen und **Hintergrundbeiträge** finden Sie auf der Website unter:

→ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/die-stiftung/stiftungsarbeit/laender-und-regionen>

Und weitere auch im Blog:

Alle Artikel zu einzelnen Ländern, die die HES veröffentlicht hat, sind im Blog unter den Ländertags zu finden.

Nigeria: <https://blog.lsvd.de/tag/nigeria/>

Botswana: <https://blog.lsvd.de/tag/botswana/>

Lateinamerika: <https://blog.lsvd.de/tag/lateinamerika/>

Naher Osten und Nordafrika MENA-Region: <https://blog.lsvd.de/tag/lgbtimena/>

Russland: <https://blog.lsvd.de/tag/russland/>

Südafrika: <https://blog.lsvd.de/tag/suedafrika/>

Uganda: <https://blog.lsvd.de/tag/uganda/>

Türkei: <https://blog.lsvd.de/tag/tuerkei/>

Hirschfeld-Eddy-Stiftung 2010 bis heute

Sie wollen Zugang zu Hintergrundartikeln, Berichten, Veranstaltungsdokumentationen, Fotostrecken zu allen Konferenzen, Aktivist*innenreisen, Artikeln, Länderberichten der Hirschfeld-Eddy-Stiftung 2010 bis heute? Sie finden diese im Blog, der auch ein Archiv und eine einzigartige Sammlung von Beiträgen zum Thema ist.

→ <https://blog.lsvd.de/category/hirschfeld-eddy-stiftung/>

Englische Beiträge sind per TAG „english“ zu finden:

→ <https://blog.lsvd.de/tag/english/>

Alles zum LSBTI-Inklusionskonzept

Im März 2021 hat die Bundesregierung das „LSBTI-Inklusionskonzept für die Auswärtige Politik und Entwicklungszusammenarbeit“ verabschiedet. Das vom Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam erstellte Konzept setzt die langjährige Forderung von LSVD, Hirschfeld-Eddy-Stiftung und des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Yogyakarta-Allianz um.

Artikel mit Presseschau und weiterführenden Links, April 2021:

→ <https://blog.lsvd.de/endlich-ist-es-da-lsbt-i-inklusionskonzept-der-bundesregierung-fuer-die-auswaertige-politik-und-entwicklungszusammenarbeit-veroeffentlicht/>

Über den langen und mühsamen Weg zum LSBTI*-Inklusionskonzept für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik:

→ <https://blog.lsvd.de/ueber-den-langen-und-muehsamen-weg-zum-lsbt-i-inklusionskonzept-fuer-die-deutsche-entwicklungszusammenarbeit-und-aussenpolitik/>

Die Chronologie der Entstehung des LSBTI-Inklusionskonzepts „Von der Forderung aus der Zivilgesellschaft zum Regierungspapier — die Chronologie (2012–2021)“:

→ <https://blog.lsvd.de/lbdtiq-inklusionskonzept-fuer-die-auswaertige-politik-und-entwicklungszusammenarbeit/>

Die Yogyakarta-Allianz als zivilgesellschaftliches Bündnis richtet Forderungen an die Regierung, die Durchführungsorganisationen und an die anderen Verantwortlichen der deutschen Entwicklungspolitik, wie kirchliche Träger, politische Stiftungen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie formuliert ein bürgerschaftliches Interesse an einer Entwicklungs- und Außenpolitik, die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität und -merkmale inklusiv aufgreift. Eine Gründungsforderung der Yogyakarta-Allianz ist die Erstellung eines LSBTI-Inklusionskonzeptes für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik. Es ist offen für neue Interessierte. Wer sich engagieren will, ist herzlich willkommen, hier die Website:

→ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/vernetzung/yogyakarta-allianz>

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung wurde 2007 als Menschenrechtsstiftung des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) gegründet. Hier geht es zur LSVD-Website, Bereich Internationales:

→ <https://www.lsvd.de/de/politik/schutz/internationales-engagement-fuer-menschenrechte>

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung

wurde im Juni 2007 in Berlin gegründet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Achtung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) zu fördern, international Menschenrechtsarbeit und Menschenrechtsverteidiger*innen aktiv zu unterstützen und sich für Aufklärung und den Abbau von Vorurteilen einzusetzen.

Benannt ist die Stiftung nach dem jüdischen deutschen Arzt, Sexualwissenschaftler, Sexualreformer und Bürgerrechtsaktivisten **Dr. Magnus Hirschfeld** (1868–1935), der von den Nazis ins Exil getrieben worden war, und nach der prominenten lesbischen Menschenrechtsaktivistin **Fannyann Eddy** (1974–2004) aus Sierra Leone, die dort 2004 ermordet wurde.

Mit der Namenskombination zwischen dem Pionier der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung aus Deutschland und der zeitgenössischen Menschenrechtsaktivistin aus Sierra Leone soll auch zum Ausdruck gebracht werden: Der Kampf für die Menschenrechte von LSBTI* begann in Europa, findet heute aber auf allen Kontinenten statt. Er ist eine weltweite Angelegenheit und es geht dabei um universelle Prinzipien.

In vielen Ländern arbeiten mutige Aktivist*innen gegen Unterdrückung und Verfolgung. Sie brauchen unsere finanzielle und ideelle Unterstützung.

Die Idee der Stiftungsgründung entstand im Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), der das Projekt auch organisatorisch unterstützt. Der LSVD hat sich in den letzten Jahren verstärkt in der internationalen Menschenrechtsarbeit engagiert. 2006 hat der Verband offiziell Beraterstatus bei den Vereinten Nationen erhalten. Daran will die Hirschfeld-Eddy-Stiftung anknüpfen.

KÖLN

Hirschfeld-Eddy-Stiftung
Postfach 103414
50474 Köln
T. 0221-9259610

BERLIN

Hirschfeld-Eddy-Stiftung
Almstadtstr. 7
10119 Berlin
T. 030-78954778

ONLINE

info@hirschfeld-eddy-stiftung.de
www.hirschfeld-eddy-stiftung.de



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Stärken Sie diese Menschenrechtsarbeit und
verteidigen Sie die Universalität und Unteilbarkeit
der Menschenrechte!

Stiften Sie Respekt!

Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE64 3702 0500 0005 0100 00

BIC: BFSWDE33

Spenden und Zustiftungen

zugunsten der Hirschfeld-Eddy-Stiftung

sind steuerabzugsfähig.



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Herausgegeben von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung,
Stiftung für die Menschenrechte von
Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender

ISSN 1865-6056

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages